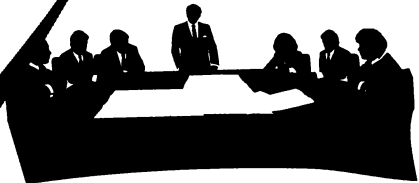


DM 5.-

Zivil! handeln!

**Gewaltfreie
Alternativen**

**Militärisch
eingreifen**



Impressum

Zivil Handeln! Gewaltfreie Alternativen zur militärischen Intervention

Herausgeber:

Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk e.V., Verein für Friedensarbeit und Völkerverständigung der DFG-VK Bayern, Alte Allee 48, 81245 München, in Zusammenarbeit mit dem DFG-VK Bildungswerk Hessen, der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, mit Unterstützung der Stiftung Gewaltfreies Leben, des Kirchlichen Entwicklungsdienstes der Evangelischen Landeskirche Bayern und des Öko-Fonds von Bündnis90/ Die Grünen in Bayern.

Verlag:

Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e.V., Untere Weiden Str. 12, 81543 München

Text und Redaktion:

Thomas Rödl M.A.

Für Anregungen, Kritik und Beiträge danke ich: Helmut, Jens, Jörg, Leo, Ralf, Renate, Siglinde, Tobias

Graphik-Design, Illustrationen, Satz: Karl Lipp

1. Auflage, München 1998, 1- 3. Tsd.

Druck: Ulenspiegel Druck, Andechs

ISBN 3-923121-21-0

Bezugsbedingungen: siehe Bestellkarte Umschlagrückseite

Preise von erwähnten Büchern und Broschüren:

Besemer, Mediation: DM 12.-
Büttner: Friedensbrigaden. Zivile Konfliktbearbeitung DM 10.-
Galtung: Gewaltlosigkeit DM 6.-
Jäger: Soft Power DM 28.-
Lünse u.a.: Zivilcourage DM 19.90
Wustrow, Hg.: Gewaltfreies Handeln gegen den Krieg. DM 16.-
Wustrow, Hg.: Aufstehen gegen Kulturen der Gewalt. DM 24.80

I Staaten und zwischenstaatliche Einrichtungen

- I -1 Die Vereinten Nationen
- I -1-1 Zivile und militärische Instrumente der UNO
- I -1-2 Das Embargo
- I -1-3 Die Agenda für den Frieden
- I -1-4 Präventive Diplomatie und Friedenskonsolidierung
- I -2 Die OSZE
- I -2-1 Mechanismen der OSZE
- I -2-2 Friedliche Regelung von Streitigkeiten
- I -2-3 Weitere Einrichtungen der OSZE
- I -2-4 Die Langzeitmissionen der OSZE
- I -3 Die Rolle der Staaten

II Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO's)

- II -1 Was sind NRO's
- II -2 Gewaltfrei zwischen die Fronten
- II -2-1 Von der Peace Army zum Balkan Peace Team
- II -3 Vorsorgen-Nachsorgen
- II -3-1 Die Peace Brigades International
- I -3-2 Das Balkan Peace Team
- II -3-3 International Alert
- II -3-4 Das Carter Center in Atlanta
- II -3-5 Memorial
- II -3-6 Helsinki Citizens' Assembly
- II -3-7 Das Referat „Hilfen für die Opfer...“
- II -4 Fähigkeiten und Grenzen der NRO's
- II -5 Für eine zivile Lösung!
- II -5-1 Kriegsfolgen lindern...
- II -5-2 ...dem Krieg den Boden entziehen

III Der Zivile Friedensdienst

- III -1 Das Konzept
- III -2 Ausbildung, Organisation und Finanzierung
- III -3 Die Startphase: Von 200 auf 20 in 2 Jahren
- III -4 Ziviler Friedensdienst in der Diskussion

IV Zivile Konzepte

- IV -1 Wer hat ein Konzept?
- IV -2 Entmilitarisierung und Rechtsordnung
- IV -3 Prävention durch Frühwarnung
- IV -4 Gewaltfreiheit
- IV -5 Konfliktregulierung
- IV -6 Vermittlung
- IV -6-1 Vermittlung durch Staaten
- IV -6-2 Mediation

V Was tun?

- V -1 Forschungsbedarf - Vermittlungsbedarf
- V -II Zivil Handeln für zivile Konfliktbearbeitung
- V -III Projekte mit Ausstrahlung

Einleitung

„Zivile Konfliktbearbeitung“ als „Alternative“ zum militärischen Eingreifen wird in der Friedensforschung und in der Friedensbewegung seit einigen Jahren breit diskutiert. Es gibt bereits sehr viele Aufsätze, Bücher, Tagungsberichte, in vielen Foren und Institutionen werden Konzepte entwickelt und diskutiert.

Friedensforschung und Friedensbewegung sind jedoch nicht zu kontinuierlicher und professioneller Öffentlichkeitsarbeit in der Lage. Daher sind diese Konzepte in der Bevölkerung noch weitgehend unbekannt. Diese Broschüre will eine kurz gefaßte Übersicht über Konzepte und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung geben. Wegen der vorgegebenen Kürze können einzelne Themen nicht erschöpfend behandelt werden. Die Broschüre will zum Weiterlesen und Weiterfragen anregen.

Angesichts des Bürgerkrieges zwischen Serben, Muslimen und Kroaten in Bosnien-Herzegowina entbrannte in der Bundesrepublik Deutschland eine öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit einer militärischen Intervention zur Verhinderung von weiterem Völkermord. Für die Reste der Friedensbewegung, die in den 80er Jahren auf den Ost-West-Konflikt und auf die Verhinderung von Atomraketen orientiert war, war diese Debatte ein Auslöser, sich intensiver mit Alternativen zum militärischen Eingreifen zu beschäftigen. Die Vorgeschichte des Krieges in

Bosnien zeigt allerdings, daß vor einer Abstimmung über eine Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas Verhandlungen nötig gewesen wären, um einen Ausgleich zwischen den Unabhängigkeitsbestrebungen der Muslime und Kroaten einerseits und dem Wunsch der Serben, bei Jugoslawien zu bleiben, andererseits, zu erzielen. Die schnelle Anerkennung Bosnien-Herzegowinas (wie schon zuvor Kroatiens) durch die Europäische Gemeinschaft und allen voran durch die Bundesrepublik Deutschland hat zum „Ausbruch“ eines Krieges beigetragen, der vorher vielfach angekündigt bzw. angedroht (Vgl. IV-3) worden war. Dann stand die europäische Gemeinschaft plötzlich hilflos und uneinig vor dem Krieg.

Während manche Politiker und Teile der veröffentlichten Meinung ein militärisches Eingreifen zur Kriegsbeendigung forderten, wiesen führende Militärs auf die unkalkulierbaren Risiken einer solchen Intervention hin. Mit militärischen Mitteln kann ein besetztes Gebiet wieder „befreit“ werden, sofern es einen eindeutigen Gegner und klare Fronten gibt und eine entsprechende Überlegenheit gegeben ist (wie z.B. in Korea und in Kuwait). Für die ungleich kompliziertere Situation in Bosnien gab es keine militärischen Lösungsmöglichkeiten. Der Waffenstillstand von Dayton wurde geschlossen, nachdem beide Seiten ihre Kriegsziele erreicht hatten. Die Bombardements der NATO hatten die serbische Seite geschwächt,

Zivil eingreifen - für welchen Frieden?

Waffenlieferungen trotz des Embargos und logistische Hilfe aus dem Westen hatten die kroatisch-bosnische Seite gestärkt. Nachdem eine Verhandlungslösung vor dem Krieg gar nicht erst versucht worden war, mußte die angebliche Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens als Rechtfertigung für die Existenz der NATO bzw. der Bundeswehr herhalten, die nach dem Ende des Ost-West-Konflikts überflüssig geworden waren. Die Notwendigkeit von „Friedenseinsätzen“ dient auch der Rechtfertigung des Militärs in Österreich, in Holland, in Dänemark, in Frankreich und anderswo.

Der „Bürgerkrieg“ in Bosnien-Herzegowina ist charakteristisch für Konflikte, mit der die Welt gegenwärtig in erster Linie konfrontiert ist: „Befreiungskriege“, Streben ethnischer oder religiöser Minderheiten nach nationaler Eigenstaatlichkeit oder nach kultureller und politischer Autonomie. Die Einschätzung der Konfliktmotive und die Beurteilung einzelner Faktoren - ethnische, religiöse, rassische, kulturelle oder ökonomische Ursachen - gehen im Einzelfall auseinander. Entscheidend ist: Für diese Konflikte bietet das herrschende Staatenrecht keine Regelungen, und es gibt auch keine Konzepte zur Kriegsbeendigung durch eine Militärintervention. Auch die herkömmlichen Konzepte aus der Friedensbewegung - militärische Defensivkonzepte, soziale Verteidigung, gewaltfreie Aktion, - sind nicht unmittelbar anwendbar.

Viele Menschen und Organisationen beschäftigen sich in unterschiedlicher Weise mit ziviler Konfliktbearbeitung. Gemeinsam ist ihnen der Wunsch nach Verhinderung von Krieg und Mord, der Wunsch nach Frieden.

Damit ist mehr gemeint als die Abwesenheit von Krieg. „Frieden“ meint, daß es gesellschaftliche üblich ist, Konflikte nach Regeln und mit dem Ziel des Interessenausgleichs zu lösen. Frieden bedeutet Verständigung, Interessenausgleich und Gerechtigkeit. Es bedarf politischer Konzepte für die Herstellung von „Frieden“, das zeigt die gescheiterte Mission der UNO in Somalia, das zeigt die immer noch unsichere Lage in Bosnien-Herzegowina nach dem Waffenstillstand von Dayton. Dies wird zunehmend auch von Politikern erkannt, die sich traditionellerweise auf militärische Macht stützen.

Militärische Mittel können keinen positiven Frieden herstellen. Zivile Konfliktbearbeitung bedeutet mehr als die Kriegsbeendigung, die Herstellung oder Aufrechterhaltung eines Waffenstillstandes.

Zivile Konfliktbearbeitung zielt darauf ab, gewaltfreie gesellschaftliche Prozesse zu unterstützen, diejenigen Menschen und politischen Gruppierungen zu fördern, die für gewaltfreie Lösungen, für Verständigung und Ausgleich eintreten.

Zivile Konflikt- bearbeitung

Im Begriff Konfliktbearbeitung äußert sich bereits ein bestimmtes Verständnis vom Gegenstand „Konflikt“: Konflikte zwischen Menschen, gesellschaftlichen Gruppen und Staaten wird es immer geben. Sie können nicht vermieden oder verhindert werden, sondern es geht um die Verhinderung der gewaltförmigen, militärischen Austragung von Konflikten.

„Zivile“ Konfliktbearbeitung meint, daß alle (auch Regierungen) lernen müssen, Regeln und Verfahrensweisen einer zivilen, demokratischen Gesellschaft einzuhalten. D. h. die Gesetze und Regeln einzuhalten, die Menschenrechte zu respektieren, Streitfälle vor Gericht oder einer anderen anerkannten Instanz auszutragen und das Gewaltmonopol einer legitimen Regierung anzuerkennen. Sie beinhaltet auch die Möglichkeit von Strafen gegen einen Rechtsbrecher. In den zwischenstaatlichen Beziehungen können und sollen Sanktionen gegen einen Staat, der das Völkerrecht verletzt (Vgl. Kap.I), eine Zwangswirkung entfalten und sind als eine Form der Gewalt zu betrachten.

Gewaltfreiheit als Weltanschauung bedeutet den Verzicht auf verletzende, tötende und zerstörende Gewalt. Dieser Verzicht ist etwas anderes als absolute Gewaltfreiheit, die praktisch kaum möglich ist.

Gewaltfreiheit beinhaltet auch Grundsätze von Verhandlungsführung, z. B.

Ziele offen legen, Transparenz des eigenen Standpunktes, Existenzberechtigung anderer Standpunkte anerkennen. Das heißt, Gewaltfreiheit beschreibt auch eine Vorgehensweise, die zu tragfähigen Ergebnissen eines Dialogs führen will.

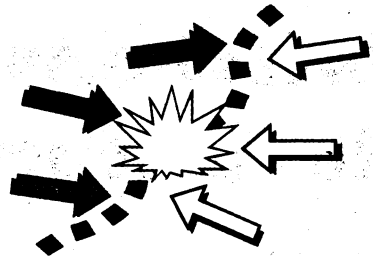
Einzelpersonen oder Organisationen können sich diesen Grundsätzen verpflichtet fühlen. Diese verfügen in der Regel über keine Zwangsmittel oder Sanktionsmöglichkeiten (Vgl. Kap II).

Zivile Konfliktbearbeitung beinhaltet also mehr als gewaltfreies, und nicht nur gewaltfreies Handeln. Wir haben „Zivil Handeln!“ als Titel der Broschüre gewählt, weil sich darunter das gesamte vorhandene Spektrum nicht-militärischer Bearbeitungs- und Handlungsmöglichkeiten aufzeigen läßt.

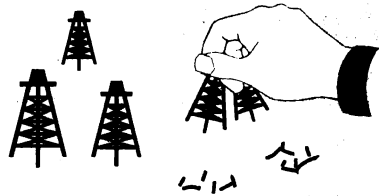
Schaubild rechts:

In dieser Broschüre ist ständig von Konflikten die Rede. Bei einigen Beispielen der Aktivitäten von Friedensgruppen in Krisenregionen wird die jeweilige Konfliktkonstellation in einigen Sätzen beschrieben (Vgl. Kap II). Eine genauere Beschreibung von Konfliktursachen und Konfliktverläufen wäre wünschenswert, ist im Rahmen dieser Broschüre aber nicht zu leisten.

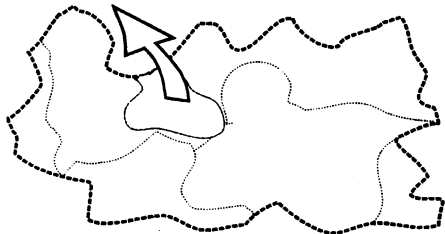
Grenzkonflikt
(Territoriale Streitigkeiten)



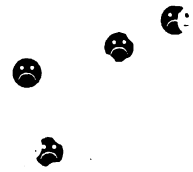
Ressourcenkonflikt
(Bodenschätze, Wasser ...)



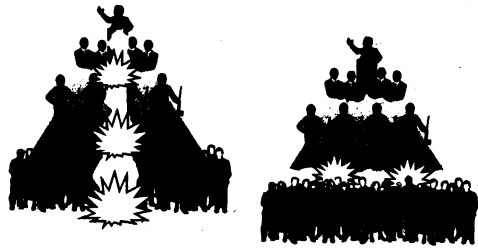
Autonomie-Konflikt
(Sezessionskonflikte)



Mehrheits-Minderheits-Konflikt
(Unterdrückung einzelner Bevölkerungsgruppen)



Machtkonflikt
(Bürgerkrieg)



I Staaten und zwischenstaatliche Einrichtungen

I-1 Die Vereinten Nationen

I-1-1 Zivile und militärische Instrumente der UNO

Die Charta der Vereinten Nationen (UNO, UN) enthält die Grundgedanken eines Systems der kollektiven Sicherheit: Alle Staaten verzichten auf die Anwendung von Gewalt (außer zur Verteidigung), sie verpflichten sich zur friedlichen Beilegung ihrer Streitigkeiten und leisten den Vereinten Nationen Beistand gegen jeden Staat, der das Völkerrecht bricht und Gewalt anwendet (*Artikel 33, 34, 36 der Charta*).

Für den Fall einer „Bedrohung oder Bruch des Friedens oder bei Angriffshandlungen“ sieht die Charta sowohl militärische als auch nicht-militärische Maßnahmen zur Sicherung des Weltfriedens vor (*Kapitel 7 der Charta*).

Artikel 41 beschreibt die Maßnahmen „unter Ausschluß von Waffengewalt“: „Sie können die vollständige oder teilweise Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen, des Eisenbahn-, See- und Luftverkehrs, der Post-,

Telegraphen- und Funkverbindungen sowie sonstiger Verkehrsmöglichkeiten und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einschließen.“ Art. 42 ermöglicht den Einsatz militärischer Mittel, aber erst dann, wenn andere Maßnahmen unzulänglich waren. Dafür sollen Streitkräfte unter ein Oberkommando der Vereinten Nationen unterstellt und ein gemeinsamer Generalstab eingerichtet werden (*Art. 43 - 47*).

Eine Militärmacht der UNO, die auf der Überlegenheit der friedliebenden Staaten beruht, könnte so einen Aggressor militärisch abschrecken und notfalls bestrafen.

Die Einrichtung eines Generalstabs und die Unterstellung von Streitkräften unter ein Kommando der UNO ist nicht verwirklicht worden, weil die atomaren Großmächte, die im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sitzen, sich mit ihrem Vetorecht zu Zeiten des Ost-West-Konflikts gegenseitig blockierten.

I-1-2 Das Embargo

Die stärkste nicht-militärische Maßnahme wird meist als Embargo, Boykott oder Sanktion bezeichnet. Es will die militärische, wirtschaftliche und politische Schwächung eines Rechtsbrechers, um seine Bereitschaft

für eine Lösung durch Verhandlungen zu erhöhen. Ein Embargo will die Lieferung von Kriegsmaterial und Treibstoff verhindern und den Außenhandel weitgehend einschränken, ausgenommen medizinische und andere humanitäre Güter. Zielsetzung und Gegenstand des Embargos sowie die Ausnahmen müssen in dem zugrundeliegenden Beschluß des Sicherheitsrates formuliert werden.

Zur Durchsetzung eines Embargos sind mindestens polizeiliche Mittel erforderlich. Für eine Blockade, d.h. den vollständigen Abbruch der Verkehrsverbindungen (Art. 41 der Charta), sind auch militärische Mittel erforderlich. Bei der Durchsetzung einer Blockade kann es auch zu Kampfhandlungen kommen. Ein Embargo ist meist umstritten. Den Verfechtern militärischer Gewalt geht es nicht weit genug: Ein besetztes Land kann damit nicht geräumt werden. Die Befürworter des Embargos argumentieren, daß Krieg nur scheinbar der schnellere Weg zum Ziel sei. Ein Embargo brauche Zeit, um wirksam zu werden, und die eigentliche Konfliktbewältigung könne immer nur in Verhandlungen erfolgen.

Auch die Meinungen über die Wirksamkeit eines Embargos in einem konkreten Einzelfall gehen auseinander: Hat das Embargo gegen Restjugoslawien zur Kriegsbeendigung in Bosnien beigetragen oder waren die Bombardements der NATO und die Aufrüstung Kroatiens ausschlaggebend?

Wenn der Sicherheitsrat ein Embargo gegen einen Staat beschließt, bedeu-

tet das noch nicht, daß es tatsächlich von allen Nachbarstaaten ernsthaft gewollt und durchgesetzt wird. Ein Ausschuß der UNO erteilt Genehmigungen für Transporte, aber die praktische Kontrolle der Grenzen ist abhängig von Polizei- Militär- und Zolleinheiten, die der UNO von den Nachbarstaaten oder anderen zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Einwände weisen darauf hin, daß ein Wirtschaftsembargo die Falschen treffe, d. h. die Armen in einer Gesellschaft würden noch ärmer, die Schmuggler, die Mafia und die Kriminellen hingegen erhielten Auftrieb. Die Bevölkerung verarme und werde abhängig von humanitärer Hilfe aus dem Ausland. Wie in Restjugoslawien und im Irak zu beobachten, fördert ein Embargo sogar die Solidarität zwischen Regierung und Bevölkerung, statt zum Sturz der Regierung beizutragen (was allerdings nie das deklarierte Ziel der Sanktionen war). Ein Embargo gegen eine Großmacht, die von der Waffenproduktion und von der Rohstoff- und Energieversorgung her autark ist, ist wirkungslos. Untersuchungen zeigen, daß ein Embargo der wirtschaftlich starken gegen die schwächeren am erfolgreichsten ist. Wenn im Zuge eines Embargos auch der Kulturaustausch und der Informationsfluß zum Erliegen kommen, z. B. keine ausländischen Zeitungen erhältlich sind, schwächt das die Stellung einer politischen Opposition, wenn das Medienmonopol bei der Regierung liegt.

Die unmittelbaren Nachbarstaaten erleiden am meisten wirtschaftliche

Nachteile durch ein Embargo. Mit Hilfe eines Ausgleichsfonds, in den alle Mitgliedsstaaten der UNO entsprechend ihrer Wirtschaftskraft einzahlen, könnten Verluste für einen Nachbarstaat ausgeglichen werden (Vgl. Art. 50 der UN-Charta). Der UNO unterstellte, international zusammengesetzte Zoll- und Polizeieinheiten könnten im Bedarfsfall die Einhaltung eines Embargos an den Grenzen eines verurteilten Staates prüfen.⁽¹⁾

Weitere Überlegungen zielen darauf, ein differenziertes Embargo zu entwickeln, das gegen die Eliten eines Landes gerichtet ist, die eine aggressive Politik unterstützen. Sanktionen sollten kombiniert werden mit humanitärer Hilfe, Aufrechterhaltung der Kommunikation, Unterstützung einer

politischen Opposition und Formulierung positiver Anreize. Das alles müßte rechtzeitig geschehen, nicht erst nach einer militärischen Aggression.⁽²⁾

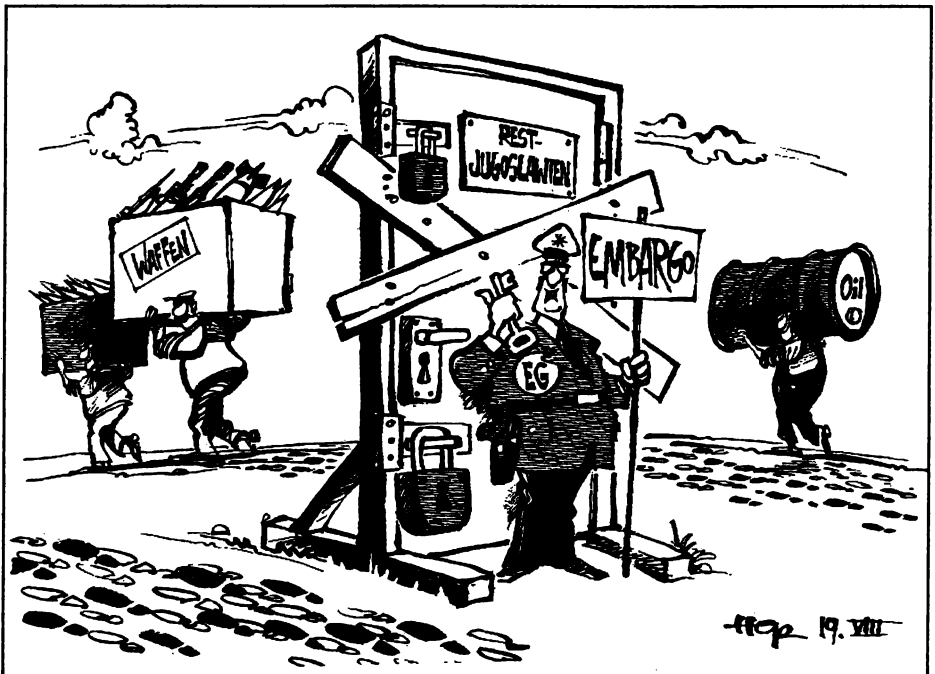
Kommentar:

Diese Vorschläge widersprechen dem Prinzip der Souveränität der Staaten; Maßnahmen von außen auf dem Territorium eines Staates sind gegen den Willen der Regierung nicht möglich.

Anmerkungen

¹⁾ Vorschläge zur Weiterentwicklung der UNO im Beschluß der Bundesversammlung von Bündnis90/Die Grünen vom Dezember 1995 „Leitgedanken für eine Zivilisierung der Außenpolitik“.

²⁾ Zum Weiterlesen: „Sanktionen - hohe Kosten, geringer Nutzen?“ Aufsätze in: Der Überblick, 2/96.



„Verlassen Sie sich darauf, hier kommt keiner durch!“

tz, München

I-1-3 Die Agenda für den Frieden

1992 legte der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, Boutros-Ghali, einen Bericht vor: „Agenda für den Frieden. Vorbeugende Diplomatie, Friedensschaffung und Friedenssicherung“.

In dem Bericht forderte er den Sicherheitsrat und die Mitgliedsstaaten auf, die in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenen Mechanismen der Friedensschaffung mit zivilen und militärischen Mitteln endlich mit Leben zu erfüllen, insbesondere, daß alle Staaten sich der internationalen Gerichtsbarkeit unterwerfen und der UNO Truppen zur Verfügung stellen sollten.

Neu in der Agenda waren Vorschläge zur „präventiven Diplomatie“ und zur „Friedenskonsolidierung“ durch die Vereinten Nationen.

I-1-4 Präventive Diplomatie und Friedenskonsolidierung

Ziel der präventiven oder vorbeugenden Diplomatie ist es, Spannungen zu vermindern und die zugrundeliegenden Ursachen zu beseitigen, bevor es zu einem Krieg kommt.

Folgende Bestandteile werden in der „Agenda“ genannt:

- Frühwarnung vor einem drohenden Krieg durch Informationsbeschaffung über Konfliktherde, unter Einschluß der Berücksichtigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.
- Tatsachenermittlung durch die Entsendung einer Kommission der Vereinten Nationen. Die Anwesenheit einer Delegation der UNO in einem

Konfliktgebiet könnte Spannungen entschärfen.

- Vereinbarung vertrauensbildender Maßnahmen wie den Austausch von militärischen Informationen, den Aufbau von „regionalen Zentren zur Risikominderung“ und „die Überwachung regionaler Rüstungsvereinbarungen“. (Das wird leider nicht genauer ausgeführt.)

- Die Schaffung von entmilitarisierten Zonen auf beiden Seiten oder auch nur auf einer Seite einer bedrohten Grenze.

- Vorbeugende Einsätze der UNO mit Militär-, Polizei- oder Zivilpersonal, sowohl an einer Grenze, wenn ein Land sich bedroht fühlt, als auch bei innerstaatlichen Krisen zur Verhinderung oder Eindämmung von Gewalt. Solche Einsätze mit Truppen, die jederzeit verfügbar sind, würden abschreckend und damit vorbeugend wirken.

In der Agenda wird die Einsicht formuliert, daß dauerhafte Friedenssicherung mit einem Waffenstillstand allein nicht erreichbar ist. Zur Friedenskonsolidierung nach einem Krieg gehört die Entwaffnung der Kriegsparteien, die Räumung von Minen, die Repatriierung von Flüchtlingen, die Überwachung von Wahlen, die Förderung der Menschenrechte und der Demokratie, der Abbau von Feindbildern und die Förderung der gesamten wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Die UNO sollte ermächtigt werden, auf diesen Gebieten aktiv zu werden, so Boutros-Ghali.⁽¹⁾

Kommentar:

Praktisch ist nichts geschehen, um die UNO zu stärken und mit Leben zu erfüllen. Die Vorschläge und Empfehlungen der „Agenda“ wurden von der friedliebenden Staatengemeinschaft im wesentlichen ignoriert. Die westlichen Großmächte im Sicherheitsrat (USA, Großbritannien und Frankreich), haben die Forderung der „Agenda“, der UNO ständig Truppen zur Verfügung zu stellen, zurückgewiesen.⁽²⁾ Sie wollen keine selbständig handlungsfähige überstaatliche Organisation, sie wollen sich als NATO-Militärbündnis nicht der UNO unterordnen. Auch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist nicht bereit, Militär aus nationaler Verfügung zu entlassen und der UNO zu unterstellen.

Anmerkungen:

¹⁾ Die Agenda für den Frieden. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1992. Vgl. auch das Interview mit Boutros-Ghali in: Der Spiegel, No 29/1993

²⁾ z. B.: A. Zumach in der Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung „Zivile Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention“, Köln 1995

Die Friedensausgaben enthalten:
Ausgaben für Minenräumung, Demobilisierung, Flüchtlingsrückführung, Rüstungskonversion, Schließung militärischer Stützpunkte, Kosten der Abrüstung, Hilfen an die ehemalige Sowjetunion, Ausgaben für den internationalen Gerichtshof bzw. das Kriegsverbrechertribunal und für Peacekeeping-Missionen der Vereinten Nationen.

Michael Renner: Die Ausgaben für Entmilitarisierung und Gewaltprävention: Nur Peanuts? Jahrb. Frieden 1996, S. 164, München 1995.

**Militär-
ausgaben
822 Mrd.\$**

Friedensausgaben 15,7 Mrd.\$

I-2 Die OSZE

I-2-1 Mechanismen der OSZE

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) entstand aus den Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die seit 1975 alle zwei Jahre stattfanden.⁽¹⁾

Die OSZE ist eine „regionale Einrichtung“ der Friedenssicherung nach Artikel 52 der UN-Charta. Die Agenda für den Frieden betont die Notwendigkeit solcher regionaler Sicherheitssysteme und die Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsrat der UNO. Im Laufe der Konferenzen wurden Mechanismen und Einrichtungen geschaffen, um Konflikte und Krisen durch Verhandlungen zu lösen. Diese sogenannten Mechanismen bestimmen, in welchen Fällen sich ein Staat bzw ein Betroffener an welche Stelle wenden kann, und welche Verfahren dann eingeleitet werden können.

Es gibt einen Mechanismus

- für Konsultation und Zusammenarbeit in dringlichen Situationen,
- für Konsultation und Zusammenarbeit in Bezug auf ungewöhnliche militärische Aktivitäten,
- der menschlichen Dimension, und
- der friedlichen Regelung von Streitfällen.

I-2-2 Friedliche Regelung von Streitigkeiten

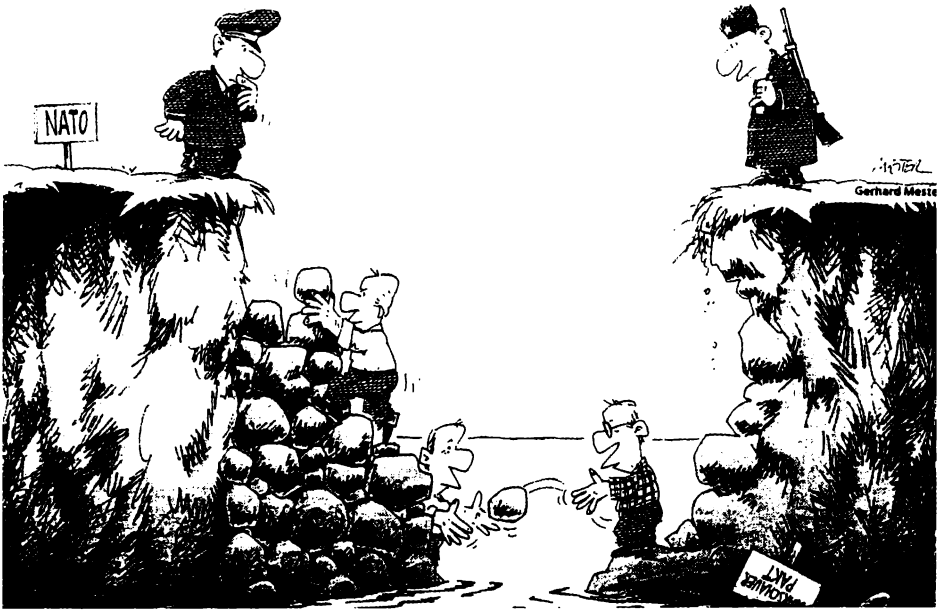
In einem Streitfall kann jeder Staat eine Schlichtungskommission anrufen. Wenn sich die Streitparteien nicht einigen können, kann der „Hohe Rat“

(ein Ausschuß hochrangiger Beamter der Mitgliedsstaaten) auch gegen den Willen der beiden Streitparteien eine Schlichtung eines Streitfalles vorschlagen. Allerdings verfügt die Schlichtungskommission über keinerlei Zwangsmittel oder Sanktionsmöglichkeiten. Außerdem kann sie nicht tätig werden bei territorialen Streitigkeiten, bei Fragen, die die nationale Souveränität berühren, und auch nicht bei innerstaatlichen Konflikten.

Ein Vergleichs- und Schiedshof der OSZE wurde eingerichtet, der in allen Streitfällen Empfehlungen aussprechen oder einen Schiedsspruch fällen kann. Alle Teilnehmerstaaten der OSZE sind aufgefordert, sich vertraglich zu verpflichten, einen solchen Schiedsspruch zu respektieren. Fragen der territorialen Integrität können ausgeschlossen werden. Erst 35 von 53 Staaten der OSZE haben sich zur Teilnahme am Schlichtungsverfahren und zur Respektierung eines Schiedsspruchs verpflichtet.

Kommentar:

Im Rahmen der OSZE wurde nocheinmal neu erfunden, was in der Charta der Vereinten Nationen längst vorgesehen ist, aber von den Staaten nicht genutzt wird. Für Schlichtung und Schiedsgericht wurden aufwendige Prozeduren vereinbart. Aber die meisten Regierungen wollen sich in Fragen von nationaler Bedeutung nicht von vornherein einem Schiedsgericht unterwerfen. Das heißt aber, sie behalten sich die Möglichkeit vor, ihre Interessen mit militärischer Gewalt zu vertreten. Kein Wunder, daß der Vergleichs- und Schiedshof noch nie angerufen wurde (Stand Ende '96).



Trotzdem: In der OSZE sind Mechanismen und Verfahren vereinbart, um im Falle von Krisen friedliche Streitbeilegung zu ermöglichen. Sie könnten modellhaft sein für andere Konfliktregionen in der Welt, in der ebenso „regionale Subsysteme“ der Vereinten Nationen für Friedenssicherung und Abrüstung wirken könnten. Während die NATO angeblich Stabilität exportiert, sind in der OSZE konkrete Mechanismen zur Bewältigung von Krisen bereits vorhanden. Diese sind in der Öffentlichkeit ebensowenig bekannt wie die Erfolge der Langzeitmissionen. Die OSZE hat in der öffentlichen Meinung nicht das Image, für Stabilität sorgen zu können, während die NATO keinerlei Einrichtungen und Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen ihren Mitgliedsstaaten hat (z. B. zwischen Griechenland und der Türkei wegen Zypern oder Hoheitsrechten in der Ägäis).
Die Weiterentwicklung der OSZE zu

einem funktionsfähigen System der kollektiven Sicherheit, das die gegenseitige Beistandsverpflichtung und eigene militärische Mittel beinhaltet, steht auf Betreiben der NATO nicht auf der Tagesordnung.

I-2-3 Weitere Einrichtungen der OSZE

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten soll Konflikte um nationale Minderheiten frühzeitig erkennen und Lösungen empfehlen. Er hat in vielen Fällen Einzelmaßnahmen zur Sprachförderung von Minderheiten und zur Verbesserung von Ausländergesetzen angeregt. Seine Arbeit gilt als Grundlage der Erfolge der OSZE in den letzten Jahren. Das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte mit Sitz in Warschau organisiert Wahlbeobachtungen und veranstaltet Seminare über Rechtsstaatlichkeit, Menschen- und Minderheitenrechte,

Medienpolitik, Demokratie, Migration und verwandte Fragen. Diese Seminare wenden sich sowohl an Regierungsvertreter als auch an Nicht-Regierungs-Organisationen.⁽²⁾

I-2-4 Die Langzeitmissionen der OSZE

Das wichtigste Instrument der OSZE sind die sogenannten „Langzeitmissionen“. Sie sind eine Art Botschaft der OSZE in einer Krisenregion, der Diplomaten, Militärs und verschiedene Experten angehören. Ihre Arbeit beruht auf einem vorher ausgehandelten Mandat, in dem festgelegt ist, was sie tun dürfen. Allgemein ist ihre Aufgabe die Entschärfung von Konflikten, die Unterstützung von Regierungen und Verwaltung beim Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates, Hilfe bei verfassungsrechtlichen Fragen und der Schutz von Minderheiten. Sie können sowohl Vermittlungsdienste anbieten als auch als Ansprechpartner für Betroffene zur Verfügung stehen. Solche Missionen fanden vor allem in den Staaten des früheren Jugoslawien, im Baltikum, im Kaukasus und in Moldawien statt. Die Anwesenheit der OSZE-Missionen hat dazu beigetragen, die Eskalation von Konflikten, das Übergreifen auf Nachbarregionen zu verhindern und die Situation von Minderheiten zu verbessern.

Anhang: Beispiele für Langzeitmissionen der OSZE ⁽³⁾

Serbien und Montenegro (1992 bis Juni '93)
Ziel: Beobachtung der Lage der Menschenrechte in den überwiegend von Minderheiten bewohnten Regionen Wojwodina, Sandzak und Kosovo; Unterstützung der Regierungen bei der Gesetzgebung zum Schutz der Menschenrechte, der Absicherung freier Medien und

demokratischer Wahlen. Das Mandat wurde von der Regierung in Belgrad nicht verlängert.

Sanction Assistance Mission zur Unterstützung der Zollbehörden bei der Umsetzung des Embargos gegen Ex-Jugoslawien. Es wurden nur symbolische Maßnahmen ergriffen.

Mazedonien (seit September 1992)-
Ziel: Beobachtung der Grenzen zu Serbien und dem Kosovo, Verhinderung der Ausweitung des Krieges und Förderung der Menschenrechte.

Nagorny-Karabach (1993)
Eine multinationale Friedenstruppe der OSZE wurde beschlossen, um einen Waffenstillstand mit 2.500 Blauhelmsoldaten zu überwachen. Der Einsatz wurde abhängig gemacht von einem dauerhaften Waffenstillstand in Nagorny-Karabach und der Zustimmung der Vereinten Nationen. Ein vorläufiger Waffenstillstand wurde durch ein Eingreifen Rußlands erreicht.

Georgien/Süd-Ossetien (seit Dezember 1992)
Abchasien und Ossetien wollten bzw. wollen sich von Georgien abspalten. Die „KSZE-Mission für Konfliktmanagement“ im georgisch-ossetischen Konflikt sollte die Friedenstruppe aus Russen, Georgiern und Osseten überwachen. Im georgisch-abchasischen Konflikt sollte sie die Menschenrechte fördern und beim Aufbau demokratischer Strukturen helfen. Nach Einschätzung von gewöhnlich gut informierten Beobachtern wurde eine Wiederaufnahme der Kämpfe verhindert.

Estland (seit Februar 1993)
Eine gesetzliche Regelung der Frage der Staatsbürgerschaft der russischen Bevölkerung wurde durch Vermittlungen unterstützt. Der Abzug der russischen Truppen wurde beobachtet.

Moldawien (seit April 1993)
1991 erklärte sich die überwiegend von Slawen bewohnte „Dnjestr-Republik“ (Transnistrien) für unabhängig. Die Separatisten wollten von Moldawien weg, das zu zwei Dritteln von Rumänen bewohnt wird, weil sie den Anschluß an Rumänien befürchteten. Blutige Kämpfe und Unruhen wurden von russischen Truppen (unter General Lebed) beendet bzw. weitere unterdrückt.⁽⁴⁾ Als Erfolge der Mission gelten, daß eine Einigung über den Status von Transnistrien erzielt wurde (ein

entsprechendes Dokument wurde aber nicht unterzeichnet), ein direkter Dialog zwischen den verfeindeten Gruppen herbeigeführt wurde, Beratung in Menschenrechts- und Minderheitenfragen stattfand und eine politische Lösung für den Abzug der russischen Truppen unterstützt wurde. Ein Autonomiestatus für die gagausische Minderheit wurde vereinbart und in einem Referendum akzeptiert. Weiterhin existieren aber Zensur und Unterdrückung in Transnistrien.⁽⁵⁾ Ein Abkommen wurde im Mai '97 unterzeichnet, nachdem die Dnjestr-Republik Teil Moldawiens bleibt und über ihren Status weiter verhandelt wird.

Tschetschenien (seit April 1995)

Eine „OSZE-Assistenzgruppe“, so die Bezeichnung auf Vorschlag Rußlands, soll auf die Achtung der Menschenrechte drängen, beim Aufbau demokratischer Institutionen helfen, die Abhaltung von Wahlen unterstützen und humanitäre Hilfen erleichtern.

Bosnien-Herzegowina (seit Oktober 1994)

Ziel ist die organisatorische und materielle Unterstützung der Ombudsleute für die drei Bevölkerungsgruppen, die in der neuen bosnischen Verfassung vorgesehen sind. Die bisher umfangreichste Aufgabe übernahm die OSZE nach dem Abkommen von Dayton: Sie soll Wahlen durchführen, die Einhaltung der Menschenrechte überwachen und mit den Kriegsparteien über vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle verhandeln.

Kommentar

„Wenn es zu Waffenstillstandsvereinbarungen kam, die auch eingehalten wurden, wie im Falle Nagorny-Karabachs oder jetzt in Bosnien-Herzegowina, dann war das nicht das Verdienst der OSZE, sondern in erster Linie der Erschöpfung der kriegführenden Parteien und dem Eingreifen einer Großmacht (wie Rußlands in Aserbeidschan oder der USA in Bosnien) zu verdanken.“

(Peter Schlotter, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, siehe Anmerkung 3)

Anmerkungen

¹⁾ Zur Entwicklung der KSZE vgl. AGFP-Material Blickpunkt Sicherheit Band B, München 1991, Bezug siehe Impressum.

²⁾ Entwicklung und Einrichtungen der OSZE: Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995, S. 60 f.

³⁾ Übersicht über Langzeitmissionen der OSZE, Stand Dez. 1995, im Aufsatz von Peter Schlotter: „Die Mühen der stillen Diplomatie. Konfliktprävention und Krisenmanagement durch die OSZE“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, v. 26.1.1996.

Ebenfalls in: Soft Power. Wege ziviler Konfliktbearbeitung. Tübingen 1996, S. 142

⁴⁾ SZ v. 10./11.5.1997

⁵⁾ Zu Moldawien: Stefan Troebst, in: Wissenschaft und Frieden, 1/97

Zu den Langzeitmissionen: Peter Schlotter: Von der KSZE zur OSZE. Marginalisierung oder neue Aufgaben. In: Jahrbuch Frieden 1996, München 1995, S. 111 f.

I-3 Die Rolle der Staaten

Die UNO und die OSZE sind Bündnisse von Staaten - von der Initiative der Regierungen hängt es ab, ob die zwischenstaatlichen Einrichtungen aktiv werden, ob die vorhandenen zivilen Instrumente genutzt werden, ob ein gemeinsames Vorgehen befördert oder behindert wird. Die Staaten sind immer noch die wichtigsten „Akteure“ in der „Staatenwelt“(!). Von den Regierungen hängt es ab, welche finanziellen Mittel sie der UNO bzw. der OSZE für Kriegsverhütung und Friedenssicherung zur Verfügung stellen. Die ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat, die durch ihr Veto Maßnahmen der UNO blockieren können, sind diejenigen, die immer mit militärischer Drohpolitik, direkter

Intervention oder Einflußnahme durch Waffenlieferungen ihre Interessen ohne Rücksicht auf das Völkerrecht durchgesetzt haben bzw. das versuchen und versuchen. Trotz dieser Weltlage haben einzelne Staaten die Möglichkeit, für zivile Konfliktbearbeitung aktiv zu werden.

Präventive diplomatische Mittel sind alle diplomatischen Aktivitäten von Staaten, die auf die Verhinderung von Gewalt oder Entschärfung einer Krise durch Verhandlungen zielen. Ein Staat kann durch seine Diplomatie den Konfliktparteien seine „**Guten Dienste**“ anbieten, er kann informell Kontakt aufnehmen und Räume für Verhandlungen auf neutralem Boden anbieten. Er kann Verhandlungen fördern durch einen „**Unterhändler**“ (Negotiator), der die jeweiligen Standpunkte der Gegenseite übermittelt. Er kann **Konsultationen** anbieten, die problemorientierte Beratung eines Falles an einem runden Tisch. Der Berater macht keine eigenen Vorschläge zu Problemlösung. Präventive Diplomatie kann im Geheimen oder öffentlich wirken. Voraussetzung ist natürlich eine „Frühwarnung“ über einen Konflikt, Tatsachen müssen bekannt sein, die eine Regierung zum Handeln veranlassen. Öffentliche Frühwarnung und Tatsachenermittlung können schon präventiv wirken und auf das Verhalten von Konfliktparteien Einfluß nehmen, wenn internationales Interesse an einer nicht-militärischen Lösung bekundet wird.

Einzelne Staaten können in Bezug auf eine bestimmte Konfliktregion aktiv werden und ihre neutralen Vermittlungsdienste anbieten (Vgl. Kap. IV-6).

Sie sind weniger Regeln und Rücksichten unterworfen als zwischenstaatliche Einrichtungen, in denen immer erst die Interessen von vielen Staaten abgestimmt werden müssen. Sie haben mehr Autorität und mehr Ressourcen (Geld) als Nicht-Regierungs-Organisationen.

Der diplomatische Apparat eines Staates könnte zugunsten der zivilen Komponente reformiert werden. Z. B. könnte jede Botschaft eines Staates einen „Sicherheitsattaché“ oder einen „Menschenrechtsattaché“ zugeteilt bekommen, statt des herkömmlichen Militärattachés.⁽¹⁾

Anmerkung

¹⁾Dieter Bricke: Forderungen an die politischen Institutionen. In: Zivile Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention. Werkstattgespräch Juni 1995 Bonn. Dokumentationen der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 8. Bezug: Heinrich-Böll-Stiftung, Brückenstr. 5-11, 50667 Köln

Kommentar:

Öffentliche präventive Diplomatie stößt schnell an Grenzen: Nach dem Prinzip der Souveränität der Staaten darf sich ein Staat nicht in die „inneren Angelegenheiten“ eines anderen Staates einmischen und/oder auf dessen Territorium aktiv werden.

Das umseitige Schaubild zeigt die im Text erwähnten Akteure und ihre zivilen Instrumente. Im Kapitel I wurden Staaten und die zwischenstaatlichen Einrichtungen UNO und OSZE behandelt. Im folgenden Kapitel II werden die Handlungsmöglichkeiten von Nicht-Regierungs-Organisationen anhand von Beispielen gezeigt. Das Konzept "Ziviler Friedensdienst" wird im Kapitel III dargestellt.

II Nicht-Regierungs-Organisationen

II-1 Rolle und Bedeutung der Nicht-Regierungs-Organisationen(NRO's)

Jede Bürgerinitiative, Lobbygruppe oder sonstige Verein, der sich so nennen will, kann sich als „Nicht-Regierungs-Organisation“ (NRO) (englisch: non-governmental-organisation, NGO) bezeichnen. Es gibt weltweit etwa 50.000 NRO's, davon sind etwa 15.000 bei den Vereinten Nationen akkreditiert (anerkannt, zugelassen). 1990 wurden z.B. 4.600 Internationale NRO's gezählt.⁽¹⁾

Es gibt keine Kriterien für eine Definition als NRO, etwa im Hinblick auf Größe und Strukturen. Der Begriff „NRO“ hat sich erst in den letzten Jahren verbreitet. In Entwicklungsländern bezeichnen sich Selbsthilfegruppen von Bauern, ArbeiterInnen oder Frauen als NRO's, die soziale Aufgaben übernehmen, die bei uns von den längst etablierten Wohlfahrtsverbänden getragen werden, die ihrerseits vor Jahrzehnten aus der Arbeiterbewegung oder aus den Kirchen entstanden sind. Allein in Bangladesh

wird die Zahl der NRO's auf über 10.000 geschätzt.⁽²⁾

Vor der Umwelt-Gipfelkonferenz der UNO in Rio im Jahre 1992 traten die umweltbezogenen NRO's größer in Erscheinung. Für viele NRO's ist die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Vereinten Nationen, unabhängig von der Politik ihrer Regierungen, wichtiger Bestandteil ihrer Arbeit. Durch den Einfluß der NRO's bei der UNO entsteht ein Gegengewicht zum übertragenden Einfluß der Regierungen.

Ein Beispiel dafür ist die Entscheidung des internationalen Gerichtshofs in den Haag, den Einsatz von Atomwaffen für illegal zu erklären, der aufgrund einer Initiative der bei der UNO akkreditierten Friedensorganisationen zustande kam. Wieviele der NRO's sich in irgendeiner Art und Weise mit Frieden bzw. Konfliktbearbeitung befassen, ist nicht bekannt.⁽³⁾

Die Masse der NRO's dürften solche sein, die sich mit Problemen in ihrem Staat befassen, also „nationale NRO's“.⁽⁴⁾ NRO's können also Partei oder Interessensvertretung in einem innergesellschaftlichen Konflikt sein, in dem jeder Mensch auch über seine Zugehörigkeit zur einen oder anderen ethnischen, sozialen oder religiösen Gruppe definiert ist. Das bedeutet aber: Mensch muß im Einzelfall beurteilen, welche Vorstellungen von Gesellschaft

eine NRO verfolgt, ob und inwieweit eine NRO sich der Gewaltfreiheit bzw. der zivilen Konfliktbewältigung verpflichtet fühlt.

Beispiele für Internationale Nicht-Regierungs-Organisationen⁽⁵⁾

Humanitäre Organisationen:

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz
Ärzte ohne Grenzen
Cap Anamur - Deutsche Notärzte e.V.
CARE

Kirchliche Hilfsorganisationen:

Misereor
Brot für die Welt

Friedens- und Menschenrechtsorganisationen:

amnesty international
World Watch Institute
Helsinki Citizens Assembly
International Alert
War Resisters' International
Peace Brigades International
Internationaler Versöhnungsbund
International Peace Bureau, Genf

II-2 Gewaltfrei zwischen die Fronten

Die Geschichte der Überlegungen und Versuche, „Gewaltfrei zwischen die Fronten“ zu gehen, beginnt mit der Katastrophe des ersten Weltkriegs. Sie steht im ideellen Zusammenhang mit der weltweiten Organisation der Kriegsdienstgegner und der Entwicklung der UNO nach dem zweiten Weltkrieg.

1920 Gründung des Service Civil International

Alternative zum Militärdienst, Recht auf Kriegsdienstverweigerung; Freiwillingencamps auf den Schlachtfeldern ; „Versöhnung durch Taten“; Katastrophenhilfe.

1921 Gründung der War Resisters' International (WRI)

Ansatz: Persönliche Verweigerung, gewaltfreier Widerstand gegen den Krieg und seine Vorbereitung, Beseitigung der Kriegsursachen.

1922 Peace Army

Ansatz: Zwischen die Fronten eines Krieges gehen. Nach einer Idee bzw. Anregung von Mahatma Gandhi von 1922. Die Peace Army wollte nach dem Einmarsch Japans in der Mandschurei „eingreifen“.

Maude Royden, die Initiatorin rief auf: **„Meldet Euch! Gebt Euch nicht damit zufrieden, nichts zu tun, dazusitzen und zu warten, bis der Krieg ausbricht, in der Hoffnung, daß Ihr dann eine heroische Tat vollbringen werdet.... Ich möchte jetzt Menschen anheuern, die bereit wären, wenn der Krieg ausbrechen sollte, ihre Körper unbewaffnet zwischen die kämpfenden Streitkräfte zu stellen.“** ⁽⁶⁾

1.000 Freiwillige meldeten sich - sie kamen aber zu spät, die Aktion war ein Flop.

1957 **Shanti Sena** = „Friedensarmee“ in Indien; mehrere Tausend Aktivisten, Einsatz bei Straßenunruhen zwischen Hindus und Moslems. Ansatz: Vermittlung, Versöhnung, Tatsachen verbreiten gegenüber Gerüchten, die zur Gewalt aufstachelten.

1957 **Peace Guards**

Ein Vorschlag an die UNO: Unbewaffnete freiwillige Polizeieinheiten der UNO aufstellen. Es blieb beim Konzept.

1961 **World Peace Brigades**

Ziele: In Kriegen intervenieren, Unabhängigkeitsbewegungen und Widerstandsorganisationen unterstützen und gegen Aufrüstung kämpfen! Die Gründung solcher Friedensbrigaden wurde bei der Konferenz der WRI von 1960 beschlossen. Projekt: Friedensmarsch von San Francisco nach Moskau.

1963 **Friedensmarsch Delhi - Peking** - wurde an der Grenze gestoppt

1962-64 **Friedensmarsch für die Unabhängigkeit von Rhodesien** (heute Sambia); Das Projekt wurde nur vorbereitet, es kam zu spät.

1964-1972 **Nagaland Peace Mission** - eine Region im Nordosten Indiens an der Grenze zu Burma. Ein Waffenstillstand wurde vermittelt und überwacht.

1972 **Cyprus Resettlement Project** Ehemalige Mitglieder der World Peace Brigades beginnen ein Projekt für Flüchtlingshilfe in Cypern, unter Beteiligung der UN. Von der türkischen Besetzung beendet (1974).⁽⁷⁾

1981 **Peace Brigades International** gegründet

Grundsätze: Gewaltfreiheit, Überparteilichkeit, Unabhängigkeit; Unterstützung von gewaltfreien Gruppen; Praktische Arbeit: Präsenz bei Konflikten, Vermittlung und Beobachtung, um „ein Friedensklima zu schaffen“.
(*Genauerer folgt im nächsten Abschnitt*).

1990 **Gulf Peace Team**

Das Team war eine Gruppe von 25 Friedensaktivisten aus 11 verschiedenen Staaten. Sie wollten zwischen den Fronten im Grenzgebiet zwischen Kuwait und Irak ein Camp aufbauen, um durch ihre Anwesenheit einen Krieg zu verhindern. Sie erhielten aber keine Genehmigung von Saudi Arabien bzw. den USA und konnten daher das Gebiet nicht erreichen. Sie blieben im Kriegsgebiet auf irakischer Seite von Weihnachten 1990 bis einige Tage nach Kriegsbeginn. Gleichzeitig war eine „Initiative Frieden Am Golf“ in Bagdad, um Solidarität mit der Zivilbevölkerung zu demonstrieren und humanitäre Hilfe leisten zu können.⁽⁸⁾

1993 **Mir sada - Frieden jetzt**

Eine italienische katholische Friedensorganisation rief im Sommer 1993 zu einem Friedensmarsch von Split nach Sarajewo auf, um einen Waffenstillstand zu erreichen. 3000 Menschen aus verschiedenen Ländern beteiligten sich. Die Aktion wurde nach einem vergeblichen Versuch, Sarajewo zu erreichen, abgebrochen. Sie war schlecht vorbereitet, es gab keine Durchfahrtgenehmigung, es gab Unklarheiten über Prinzipien und Ziele.⁽⁹⁾

Dezember 1993 **Sjeme mira**

Ein Teil der US-amerikanischen Teilnehmer von mir sada rief dazu auf, einen Friedensmarsch von der bosnischen Grenze nach Mostar durchzuführen, um gegen Krieg und Gewalt zu demonstrieren und Solidarität mit den Opfern auszudrücken. Mit Sitzdemonstrationen, Fasten und Gebeten wollten sie Straßensperren überwinden und sich in Mostar

zwischen die Fronten stellen. 19 Menschen aus fünf europäischen Staaten und den USA beteiligten sich an der Aktion. Die Gruppe erreichte nur den kroatischen Teil Mostars, einige wenige in Fahrzeugen des UNO-Flüchtlingskommissars auch den moslemischen Teil. Das kroatische Militär ließ die gesamte Gruppe nicht passieren. In West-Mostar wurde mit Schulklassen ein Friedensfest gefeiert, in beiden Teilen Mostars wurden mitgebrachte Medikamente verteilt. Die Vorbereitungszeit war zu kurz, es gab keine Zusammenarbeit mit örtlichen Friedensgruppen, man stritt sich wegen der Frage der Benutzung von Fahrzeugen der Vereinten Nationen. Dennoch bewerteten die Teilnehmer ihre Aktion als teilweise erfolgreich.⁽¹⁰⁾

1995 Friedensmarsch nach Grosnij

Das Komitee der Soldatenmütter (Rußland), die Union der Frauen des Kaukasus und andere Organisationen wollten einen Marsch zur Hauptstadt Tschetscheniens durchführen. Sie wurden an der tschetschenischen Grenze von russischen Gruppen aufgehalten.⁽¹¹⁾

Anmerkungen

¹⁾ Uli Jäger: soft power. Wege ziviler Konfliktbearbeitung, Tübingen 1996, S. 82.

²⁾ soft power, S. 79

³⁾ oder geht zumindest aus der mir bekannten Literatur nicht hervor

⁴⁾ nicht zu verwechseln mit nationalistisch, national bedeutet nur: Im Rahmen eines Staates, im Gegensatz zu international.

⁵⁾ Till Bastian: Ärztliche Hilfsorganisationen - Wirksame Friedensarbeit? In: Jahrbuch Frieden 1995, München 1994 S. 185 ff.

Werner Lottje: Neuorientierung: Zivile Konfliktbearbeitung durch kirchliche Hilfsorganisatio-

nen. In: Jahrbuch Frieden 1996, München 1995, S. 214 ff. Tobias Damjanov: „Barfuß auf diplomatischem Parkett“ über die Rolle der NRO's, in Zivilcourage 3/97 Uli Jäger: Soft Power, a.a.O.: ami 12/95.

⁶⁾ Zitiert nach: Gewaltfrei Menschen schützen. Dokumentation der Verleihung des Friedrich Siegmund-Schultze Förderpreises für gewaltfreies Handeln an die Peace Brigades International. Herausgegeben von der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), Bremen 1996. (Broschüre, 66 S. Bezug: EAK, Carl-Schurz-Str. 17, 28209 Bremen.)

⁷⁾ nach Christian Büttner: 60 Jahre Friedensbrigaden. Herausgegeben vom Gandhi-Informationszentrum, Berlin 1993. (Broschüre, 20 Seiten, erhältlich bei: Gandhi-Informationszentrum, Lübecker Str. 44, 10501 Berlin) Christian Büttner/ Barbara Müller: Kriegsbeendigung durch gewaltfreie Intervention. in: antimilitarismus-information 12/95

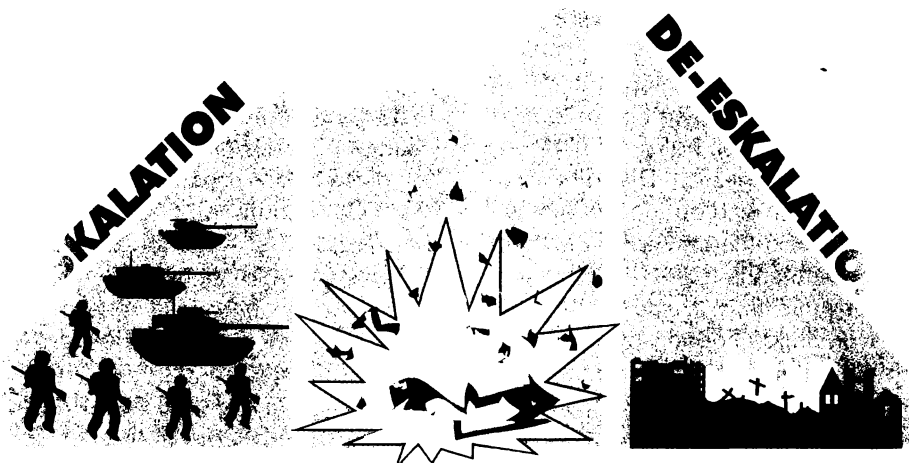
⁸⁾ Büttner/Müller, in: ami 12/95; Bürgerdiplomaten in Bagdad, A.-Hackbarth-Verlag 1991.

⁹⁾ Christine Schweitzer: Gewaltfreies Eingreifen in die Konflikte in Ex-Jugoslawien, in: antimilitarismus-information 12/95.

¹⁰⁾ Bund für Soziale Verteidigung, Rundbrief 1/94.

¹¹⁾ Bernhard Clasen: Gegen den Krieg in Tschetschenien - „Memorial“ und die Friedensarbeit in der GUS, in: Jahrbuch Frieden 1996, München 1995.

Das Schaubild zeigt einen möglichen Konfliktverlauf. "Eskalation" meint die Zunahme von Spannungen, bis schließlich die Schwelle zum Krieg überschritten wird und immer mehr Waffen eingesetzt werden. "De-Eskalation" meint eine Verringerung von Kämpfen bis hin zu einem Waffenstillstand und eine Verringerung von Spannungen bzw. Kriegsgefahr. Ein Konflikt muß nicht notwendigerweise zum Krieg führen. Ziel eines Eingreifens ist die De-Eskalation vor einem Kriegsausbruch. Genauso kann die Nachkriegszeit in eine neue Phase von Spannungen und Kriegsgefahr übergehen, wenn die eigentlichen Konflikte nicht bearbeitet werden. Angesichts der Schwierigkeiten eines Eingreifens in einen "heißen" Krieg konzentrieren sich die Bemühungen der NRO's auf Vor- und Nachsorgen.



Zeitablauf

Vorsorgen

Früherkennung
 Frühwarnung
 Präventive
 Diplomatie
 Vermittlung

Kriegsverhütung
 Konflikt-
 regulierung
 Entmilitarisierung

Eingreifen

Vermittlung
 Boykott
 Embargo
 Blockade
 militärische
 Sanktionen

Waffenstillstand

Nachsorgen

Wiederaufbau
 Zivilisierung
 Versöhnung

Konflikt-
 regulierung
 Friedensvertrag
 Entmilitarisierung

II-3 Vorsorgen - Nachsorgen

II-3-1 Die Peace Brigades International (PBI)

Angesichts der Fehlschläge der Versuche des gewaltfreien Eingreifens in der Vergangenheit hat sich PBI realistischere Ziele gesetzt. Die Aktivitäten konzentrieren sich auf den Schutz von Menschenrechten und auf den Schutz von bedrohten Personen. PBI hat stabile Organisationsstrukturen. Teams von freiwilligen FriedensarbeiterInnen aus verschiedenen Staaten haben in ihren Heimatländern Unterstützerkreise, sie selbst bzw. die UnterstützerInnen finanzieren Reise und Versicherung, PBI finanziert den Aufenthalt vor Ort.

Wichtig ist ein Alarm-Netz zum Schutz der Teams, wenn sie von Verhaftung, Anschlägen oder Folterung bedroht werden. Das Alarm-Netz ist nichts anderes als eine Telefon- oder Fax-Verbindung in verschiedene Büros der PBI in anderen Staaten, die dann Informationen über Verhaftungen, Anschläge usw. an die Unterstützer, aber natürlich auch an Presse und an Politiker weitergeben.

Eine internationale Öffentlichkeit, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte interessiert, ist eine wichtige Rahmenbedingung für die Arbeit der PBI. PBI geht nur auf Anfrage in ein bestimmtes Land. Die Arbeit von PBI ist unspektakulär - erfolgreich ist sie dann, wenn nichts passiert.

Guatemala

Eine jahrzehntelange Militärdiktatur,

ein jahrelanger Guerillakrieg, Terror des Militärs gegen die Zivilbevölkerung, um die Basis der Guerilla zu zerstören, als Folge 100.000 Tote, 40.000 Verschwundene, 1.000.000 Vertriebene - das kennzeichnet die Lage in Guatemala.

1983 verkündete der damalige Diktator eine demokratische Öffnung. Seit diesem Jahr arbeitet ein Team der PBI in Guatemala, anfangs nur, um die „Gruppe der Angehörigen der Verschwundenen“ zu begleiten. Der Schutz von Personen, die von Anschlägen durch die Todesschwadronen (bewaffnete Handlanger der Reichen und Mächtigen) bedroht sind, war die wichtigste Arbeit der PBI. Später wurden auch GewerkschafterInnen, und VertreterInnen der Organisationen der Studenten, der Witwen, der Bauern und der Indianer begleitet. Bei der Wieder-Ansiedlung von zurückkehrenden Flüchtlingen waren Leute vom PBI-Team als BeobachterInnen anwesend.

Auf Anfrage veranstaltet PBI auch Seminare über gewaltfreie Konfliktaustragung, Menschenrechte und Verhandlungstechniken. 1989 wurden Mitglieder des Teams mit Messern angegriffen, im Garten des Hauses von PBI explodierten zwei Granaten. Die Begleitung von gefährdeten Personen trägt zu ihrer körperlichen Sicherheit bei, aber auch das Gefühl der Sicherheit ist für sie von großer Bedeutung.

El Salvador

In El Salvador sind riesige Kaffeeplantagen in den Händen einiger weniger Großgrundbesitzer, während ein

Großteil der Bevölkerung in Armut lebt. Eine bewaffnete Befreiungsbewegung kämpft gegen diese Zustände, aber auch viele soziale Bewegungen wie Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Basisgemeinden und Bauernkooperativen treten auf demokratische und zivile Weise für ihre Rechte ein. Seit 1987 arbeitet ein Team von PBI auf Einladung des lutherischen Bischofs in diesem Lande. Ein wichtiger Aufgabenbereich war wieder die Begleitung von bzw. eine 24-Stunden-Präsenz bei gefährdeten Personen, z. B. beim o. g. Bischof selbst, bei der Dachorganisation der Gewerkschaften und der Organisation der Angehörigen der Verschwundenen, Gefangenen und Ermordeten.

Darüber hinaus entwickelte das Team ein Programm für Friedenserziehung und versuchte, die Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit auf die Lage im Lande zu lenken. Bei der Wiederansiedlung von Flüchtlingen waren BeobachterInnen von PBI zugegen. 1989 wurden fünf Mitglieder des Teams verhaftet und praktisch ausgewiesen. 1990, ein halbes Jahr später, konnten sie ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Sri Lanka

In Sri Lanka starben bereits Tausende in einem Bürgerkrieg, der aus zwei Konflikten besteht. Im Süden hat sich auf dem Hintergrund der wirtschaftlichen Notlage eine Volksbefreiungsbewegung gebildet. Im Norden kämpft eine bewaffnete Befreiungsbewegung der Tamilen gegen die von den Singhalesen gestellte Regierung, für eine autonome tamilische Provinz.

Auch hier „verschwinden“ politische Aktivisten und Regierungsgegner, im Rahmen der Notstandsgesetze brauchen Leichen nicht registriert zu werden. Seit 1989 ist PBI mit einem Team im Lande und begleitet u. a. einen Rechtsanwalt, der sich öffentlich für die Aufklärung von Fällen von Morden und „Verschwindenlassen“ einsetzt.

Kolumbien

In Kolumbien gibt es Hunderttausende von Vertriebenen. Im Norden des Landes werden Kleinbauern von den bewaffneten Banden der Großgrundbesitzer von Ländereien vertrieben, wo Bodenschätze vermutet werden; oder das Militär evakuiert zwangsweise Regionen, um Operationen gegen die Guerillabewegung durchführen zu können. Seit 1994 ist ein Team von PBI im Lande und begleitet auch hier AktivistInnen von Menschenrechtsorganisationen und ist in bedrohten Flüchtlingslagern präsent.

Weitere Anfragen nach einem PBI-Team gab bzw. gibt es aus dem Tschad, aus der Türkei, aus China und aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion sowie aus Chiapas in Mexiko. Die Arbeitsmöglichkeit der Friedensbrigaden ist aber begrenzt durch das geringe Spendenaufkommen.

Genauere und anschaulichere Informationen zur Arbeit der Friedensbrigaden enthält der vierteljährlich erscheinende Rundbrief des deutschen Zweigs von PBI. Bezug: Internationale Friedensbrigaden, Chemnitzstr. 80, 22767 Hamburg

II-3-2 Das Balkan Peace Team

Es klingelt mitten in der Nacht - an der Wohnungstür steht ein schwerbewaffneter Soldat und sagt: „In fünf Minuten seid Ihr alle draußen, sonst sprengte ich Euch in die Luft!“ Aus dem Krieg zurückkehrende Soldaten haben sich auf diese Weise in Kroatischen Wohnungen beschafft, aber auch von Behörden wurden Wohnungen zwangsweise geräumt, um Platz für Soldaten zu schaffen. Das Balkan Peace Team (BPT), in Kroatien genannt „otvorene oci“ (offene Augen) hat solche Fälle beobachtet, dokumentiert und öffentlich bekannt gemacht. Ende 1994 haben die behördlich angeordneten Zwangsräumungen zumindest in Zagreb und Umgebung aufgehört.⁽¹²⁾

Das Balkan Peace Team besteht aus freiwilligen Friedensarbeitern aus mehreren Staaten. Seit 1994 arbeiten sie in Büros in Zagreb, in Split und in Belgrad (vorübergehend in einem Büro im Kosovo in Rest-Jugoslawien). Die MitarbeiterInnen des BPT unterstützen BürgerInnen, die in ihren Rechten verletzt wurden, gegenüber den Behörden, sie vermitteln bei lokalen Konflikten. Sie beobachten und dokumentieren politische Prozesse gegen oppositionelle BürgerInnen, sie begleiten Menschen bei Behörden-gängen. Sie schützen AktivistInnen von Oppositions- und Menschenrechtsgruppen, wobei diese Schutzwirkung häufig durch das bloße Wissen um die Anwesenheit einer ausländischen internationalen Beobachtergruppe entfaltet wird. Sie versuchen Angehörige ethnischer Minderheiten durch ihre Anwesenheit vor Übergriffen zu schützen, so z. B. in

der Krajina die wenigen verbliebenen SerblInnen unmittelbar nach der Rückeroberung und ethnischen Säuberung durch Kroatien im Sommer 1995.

Das BPT will alle Gruppierungen und Organisationen unterstützen, die sich mit gewaltfreien Mitteln für Frieden und für Menschenrechte einsetzen. Es will also keine eigenen Projekte ins Leben rufen, sondern da mit Unterstützung und Anwesenheit zur Verfügung stehen, wo dies von einer Gruppe im Lande gewünscht wird. Es führt Trainings in gewaltfreier Konfliktlösung durch bzw. vermittelt TraineeInnen an interessierte Organisationen.

Das BPT beansprucht nicht, mit seiner Arbeit einen Krieg beenden oder einen neuen Krieg verhindern zu können. Durch den Schutz der Menschenrechte, durch die Unterstützung von Versöhnungsarbeit und Demokratisierung leistet es aber einen wichtigen Beitrag für die Schaffung einer zivilen Gesellschaft. Die nichtstaatlichen Organisationen halten die Arbeit des BPT für nützlich und wichtig.

Nach eigener Einschätzung behindern mangelnde Sprachkenntnisse die Arbeit des Teams. Sie konnten nur innerhalb Kroatiens kontinuierlich tätig werden, im Kosovo mußte ein Büro auf Druck der serbischen Behörden wieder aufgegeben werden. Die jeweilige aktuelle Staatsgrenze (z.B. zur Krajina, solange sie serbisch besetzt war) bildet auch die Grenze für die Tätigkeit des Friedenteams. Einen Dialog zwischen Kriegsparteien über die Grenzen hinweg kann das

BPT nicht bewirken. Seine Arbeit ist auf die Duldung durch die jeweilige Regierung angewiesen.

10 Friedensorganisationen⁽¹³⁾ aus verschiedenen Staaten, die sich zum Grundsatz der Gewaltfreiheit und Unparteilichkeit bekennen, tragen und finanzieren das Balkan Peace Team. Die Organisation und Koordination der Arbeit des BPT, Öffentlichkeitsarbeit, Spendenwerbung usw. erfolgen über ein Büro in Minden (beim Bund für soziale Verteidigung, BSV). Die freiwilligen Mitarbeiter in den Teams erhalten während ihres Aufenthalts ein Taschengeld, ihre sonstige Finanzierung müssen sie selbst bzw. mit Hilfe eines Unterstützterkreises in ihrem Heimatland besorgen. Die Finanzierung dieser Arbeit erfolgt also auch über private SpenderInnen oder Stiftungen.⁽¹⁴⁾

Zum Weiterlesen: Soziale Verteidigung - Rundbrief des Bundes für soziale Verteidigung, Ringstr. 9a, 32427 Minden.

II-3-3 International Alert (IA)

International Alert ist eine internationale Organisation mit Sitz in London. Ziel dieser Organisation ist die „Verhütung von Krieg und gewaltsamer Konfliktlösung“. Sie will „Brücken bauen für Völker, die von ethnischen und inneren Konflikten gespalten sind“. Auf der Grundlage der Unparteilichkeit will sie Konfliktursachen analysieren, Dialog und Mediation ermöglichen, mithelfen, Verhaltensstandards zu errichten, die Gewalt vermeiden, und mithelfen, die Fähigkeit zur gewaltfreien Konfliktlösung zu entwickeln. Sie informiert Regierun-

gen, NRO's und internationale Einrichtungen wie auch die allgemeine Öffentlichkeit über die Notwendigkeit der Prävention, der Hilfe zur Konfliktlösung im frühesten Stadium. Sie will alle praktischen Schritte unternehmen, um die Parteien eines Konflikts davon zu überzeugen, daß sie nach konstruktiven Lösungen suchen sollen. Zur Verwirklichung dieser Ziele will sie regionale und internationale Netzwerke von NRO's aufbauen, die Forschung unterstützen, Seminare und Konferenzen veranstalten und mit Publikationen die Öffentlichkeit erreichen.

International Alert nimmt sich konkrete Kriegs- bzw. Konfliktregionen vor. Mitarbeiter der Organisation reisen vor Ort und stellen Kontakte zu wichtigen Menschen her. Beispiele für die Arbeit der Organisation aus ihrem Jahresbericht 1993:

Sri Lanka Projekt

Der Beauftragte für Sri Lanka nahm Kontakte auf mit der alternativen und Nicht-Regierungs-Presse, mit der Regierung und mit Vertretern aller Parteien, mit dem Militär und mit Universitätseinrichtungen. Die Organisation will also mit allen Bereichen der singhalesischen Gesellschaft zusammenarbeiten, die sie als Schlüssel zum Aufbau des Friedens im Süden des Landes betrachtet.

Kambodscha

International Alert sandte auf Anfrage einer Partnerorganisation einen Berater nach Kambodscha, um die Möglichkeiten weiterer Unterstützung und Zusammenarbeit zu erforschen. Kambodschanische NRO's wiederum

befassen sich dort mit der Beobachtung der Menschenrechte, der Minenräumung und des Waffenhandels. IA entwarf eine Resolution für die Generalversammlung der Vereinten Nationen, die auch verabschiedet wurde. Der Generalsekretär der UNO ernannte daraufhin einen Sonderbeauftragten zur Beobachtung der Menschenrechtssituation in Kambodscha.

Kaukasus-Region

IA veranstaltete ein Beratungstreffen, um Informationen zu verbreiten über die Initiativen sowohl von NRO's als auch von zwischenstaatlichen Einrichtungen und um Lösungen zu erarbeiten angesichts der Gewalt in der Region. 40 Menschen aus Europa und Nordamerika nahmen daran teil, sowohl Vertreter von Regierungen, als auch von NRO's und von akademischen Einrichtungen. Ein informelles Netzwerk wurde geschaffen, um Informationen auszutauschen und Ideen zu entwickeln. Trainingsseminare für Konfliktlösung fanden statt in Moskau 1992, in Piatigorsk und in Nalchik 1993.

Armenien-Aserbaidschan-Initiative:

Im September 1993 kamen 9 Menschen aus Armenien, Aserbaidschan und Nagornyj-Karabach in Kalifornien zusammen, um sich mit den ersten Stufen eines öffentlichen Friedensprozesses zu befassen. Der Zweck des Treffens war, Aktivisten und einflussreiche gesellschaftliche Meinungsführer („opinion leaders“) aus der Region zu einem systematischen Dialog zusammenzubringen, in dem sie Wege zur Beendigung der Gewalt und zum Wiederaufbau des Friedens entwick-

keln könnten. International Alert war Mitveranstalter dieses Treffens, zusammen mit der „Foundation for Global Community“ (Stiftung für globale Gemeinde), dem „Stanford Center on Conflict and Negotiation“ (Zentrum für Konflikt und Verhandlung der Stanford-Universität) und dem „International Negotiations Network“ (INN) (*dazu im nächsten Abschnitt*).

IA sandte eine Ermittlungsmission nach **Karatschajewo-Tscherkessien**, um Informationen über das Zusammenleben der dortigen Bevölkerungsgruppen zu sammeln.

Ein Beauftragter von IA reiste auf die **Krim** (die Zugehörigkeit zu Rußland bzw. zur Ukraine war umstritten) und untersuchte die Lage. Empfehlungen und Lösungsvorschläge wurden erarbeitet und an die betroffenen Regierungen sowie an den Beauftragten für nationale Minderheiten der OSZE gegeben.

II-3-4 Das Carter-Center in Atlanta

Der frühere US-Präsident Jimmy Carter gründete nach seiner Amtszeit 1982 ein Institut für „gewaltlose Lösungen in Konflikten, die die Welt zerreißen“ und für „Vermittlung zwischen Konfliktparteien“. Das Institut betreibt eine Reihe von Projekten und Initiativen, darunter zur Unterstützung von Demokratisierungsprozessen, in deren Rahmen Wahlbeobachtungen in Sambia, Liberia, Panama, Nicaragua und der Dominikanischen Republik durchgeführt wurden. Ein Teil der Arbeit besteht in einem Programm zur internationalen Konfliktbearbeitung,

genannt „International Negotiation Network“ (INN). Ein Stab von MitarbeiterInnen, der sich aus ehemaligen Diplomaten, Experten und Wissenschaftlern zusammensetzt, beobachtet derzeit rund 30 Krisen und Konflikte. Auf Anfrage von Konfliktparteien machen sie Vorschläge zur Konfliktlösung, stellen Räume zur Verfügung oder treten als Vermittler auf. Das INN war Gastgeber für Friedensgespräche zwischen der eritreischen Befreiungsfront und der äthiopischen Regierung.

Durch seine Bekanntheit und sein Ansehen als ehemaliger Präsident konnte Jimmy Carter immer wieder als Vermittler in international bedeutenden Konflikten in Erscheinung treten. Er vermittelte zwischen der Regierung der USA und Nordkorea in der Frage des koreanischen Atomprogramms, 1994 vermittelte er einen Waffenstillstand in Bosnien-Herzegowina, im April 1995 einen zweimonatigen Waffenstillstand im sudanesischen Bürgerkrieg.

In Haiti hatte Carter bzw. sein Insitut schon an der Wahlbeobachtung teilgenommen. 1994 unternahm er eine zweitägige „erfolgreiche“ Vermittlungsmission, begleitet von dem US-Senator Nunn und dem Ex-Stabschef Colin Powell. Seine Vermittlung führte zu einem „Abkommen“ mit den Militärdiktatoren, das ihre gewaltsame Beseitigung durch eine unmittelbar bevorstehende Intervention durch eine internationale Truppe, überflüssig machte. Ein „ehrenhafter Abgang“ wurde ihnen ermöglichte. Der rechtmäßige Präsident Aristide wurde wieder eingesetzt, die UNO-

Truppe zur Überwachung der Demokratisierung wurde stationiert, wie beabsichtigt. Die Militärmacht der USA und die beschlossene Intervention standen als unmittelbare Drohung hinter der Vermittlung von Jimmy Carter. Der Erfolg der Mission bestand darin, daß (größere) Kämpfe zwischen der Interventionsmacht und der haitianischen Armee verhindert wurden. Kritisch wurde aber auch eingewendet, daß durch Carters Abkommen eine sofortige Entmachtung der Armee verhindert wurde und die Verantwortlichen für Massaker und Menschenrechtsverletzungen straffrei ausgingen. Die geheime Vermittlungsmission fand ohne Konsultation der UNO statt, der zuständige Sonderbeauftragte der UNO trat daraufhin zurück.

Das Beispiel „Carter-Center“ zeigt einerseits die Möglichkeiten einer Nicht-Regierungs-Organisation für Vermittlung in Konflikten. Im konkreten Fall zeigt es auch die Verbindung mit der militärgestützten Machtpolitik der USA. Das besondere an dem Ansatz von Mediation bzw. Vermittlung des Carter-Center scheint in der Persönlichkeit des Herrn Jimmy Carter zu liegen.⁽¹⁵⁾

Die Drohung mit der Intervention, mit der Folge der Entwaffnung der haitianischen Militärs war wohl ausschlaggebend für den „freiwilligen“ Abflug der Militärführer. Diese vorher im Rahmen der UNO ausgehandelten Vereinbarungen zeigten der Militärjunta, daß sie vor der Weltgemeinschaft keine Chance gehabt hätten. Vor diesem Hintergrund muß die „erfolgreiche Vermittlungsmission“ betrachtet werden.

II-3-5 Memorial

Memorial ist die bekannteste Menschenrechtsorganisation in Rußland. MitarbeiterInnen dieser Gruppe dokumentierten z. B. Massaker und Menschenrechtsverletzungen der russischen Truppen im Tschetschenienkrieg und in Aserbaidshan. Während des Tschetschenienkrieges war eine Delegation von Memorial in der Hauptstadt Grosnij und trug dazu bei, die Weltöffentlichkeit über die Realität des Krieges zu informieren.

Die Gruppe schickt Beobachtungs- und Friedensmissionen in fast alle Krisen- bzw. Kriegsregionen der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS). Sie führen Gespräche mit Politikern, Gefangenen, Flüchtlingen und Menschenrechtsaktivisten und dokumentieren die Situation für die Öffentlichkeit. Ihre Arbeit wird von den Behörden häufig behindert. Im Rahmen dieser Friedensmissionen haben sie Kontakte zwischen armenischen und aserbaidshanischen Gruppen hergestellt. Zusammen mit der US-amerikanischen Organisation „Human Rights Watch“ haben sie im Grenzkonflikt zwischen Inguschetien und Ossetien vermittelt. Während des Krieges der russischen Regierung gegen Tschetschenien veranstaltete Memorial Mahnwachen in Moskau. Über hundert politische, religiöse und Friedensgruppen in Rußland leisteten politischen Widerstand gegen den Krieg.⁽¹⁶⁾

Informationen über die Arbeit von Memorial können über die Heinrich-Böll-Stiftung, Brückenstr. 5-11, 50668 Köln, angefordert werden.

II-3-6 Helsinki Citizens Assembly (HCA)

Diese Vereinigung wurde 1990 in Prag von fast Tausend engagierten BürgerInnen aus Europa gegründet. Der Name bezieht sich auf Helsinki, weil dort 1975 die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet wurde. Darin wurden unter anderem die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und die Achtung der Menschenrechte als Prinzipien für das Zusammenleben der Staaten vereinbart.⁽¹⁷⁾

Dieses Dokument war ein wichtiger Bezugspunkt für die Bürgerrechtsbewegung in den osteuropäischen Staaten. Die Versammlung in Prag wollte dem „Helsinki-Prozeß“ (*damit ist der Aufbau von Strukturen der gemeinsamen Sicherheit in Europa gemeint, Vgl. Abschn. 1-2*) nach dem „Ende der Blockkonfrontation“ neue Impulse geben.

HCA widmete sich aber auch den aktuellen Konflikten: HCA organisierte im September 1991 eine Friedenskarawane durch die Folgerepubliken Jugoslawiens; in der Wojwodina wurde ein Zentrum für zivile Konfliktbewältigung gegründet, das in ethnischen, sprachlichen und religiösen Konflikten vermitteln sollte. Die Arbeit vor Ort wird von den nationalen Sektionen (inzwischen 33 - Stand 1992!) übernommen, internationale Kommissionen beschäftigen sich mit übergreifenden Fragen, z. B. Privatisierung, gesellschaftlichem Wandel, Rüstungskonversion.⁽¹⁸⁾

HCA veranstaltete Begegnungsprogramme für armenische und aser-

baidtschanische Jugendliche in Tiflis (Georgien); z. B. ein zweiwöchiges Seminar über konstruktives Konfliktverhalten (zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung).⁽¹⁹⁾

II-3-7 Das Referat „Hilfen für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen“

des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche Deutschlands
Ein Beispiel aus der Arbeit dieser kirchlichen Einrichtung: Zusammen mit dem Friedensforschungsinstitut in Oslo und dem Internationalen Netzwerk engagierter Buddhisten veranstaltete das Referat ein Seminar über Konfliktursachen und Lösungsmöglichkeiten in Sri Lanka. „Die Teilnehmer waren Mitglieder des mittleren und höheren buddhistischen Klerus aus Sri Lanka, die sich mit Unterstützung von buddhistischen religiösen Führern aus Kambodscha, Laos, Birma, Japan und Thailand sowie internationalen ExpertInnen mit dem ethnischen Konfliktstoff in ihrer Heimat auseinandersetzen. Teilnehmer aus diesem Seminar organisierten im Februar 1993 den in seiner symbolischen Bedeutung herausragenden Friedensmarsch von buddhistischen Mönchen und Laien nach Jaffna, in das von den „Tamil Tigers“ beherrschte Siedlungsgebiet der Tamilen im Norden der Insel“.⁽²⁰⁾

Anmerkungen

¹²⁾ Interview mit Wolfgang Kaiser, Mitglied im BPT, in: Ohne Rüstung Leben - Info No 71.

¹³⁾ Die Organisationen: Brethren Voluntary Service, Genf; Bund für Soziale Verteidigung, BRD/Minden; Eirene International; Helsinki Citizens' Assembly, Genf; Internationaler Versöhnungsbund, Alkmaar; Mouvement pour une alternative nonviolente, Paris; Peace

Brigades international, London; War Resisters' International, London.

¹⁴⁾ Rundbriefe des Bundes für Soziale Verteidigung No 1 und 4/94, 4/95; antimilitarismus-Sondernummer 12/95; Christine Schweitzer: Das Balkan Peace Team, in: Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 8: „Zivile Konfliktbearbeitung u. Gewaltprävention“, Werkstattgespräch, Bonn, 7/95.

¹⁵⁾ Die Darstellung des Carter-Centers und des Fallbeispiels Haiti beruht ausschließlich auf: Astrid Nissen: „Vermittlung für Haiti: Abschied von der Junta“, in: Jahrbuch Frieden 1996, S. 67 ff, München 1995.

¹⁶⁾ nach: Bernhard Clasen: Gegen den Krieg in Tschetschenien - „Memorial“ und die Friedensarbeit in der GUS. In: Jahrbuch Frieden 1996, München 1995 S. 224 ff.

¹⁷⁾ zur KSZE Vgl. AGFP-Material Blickpunkt Sicherheit Band B; Vgl. Abschnitt I-2.

¹⁸⁾ Andreas Buro: Ein demokratisches Europa. In: Wissenschaft und Frieden No 3/1992.

¹⁹⁾ nach Rexane Dedashti: Friedliche Konfliktbearbeitung, in: ami 12/95.

²⁰⁾ Werner Lottje: Neuorientierung: Zivile Konfliktbearbeitung durch kirchliche Hilfsorganisationen. In: Jahrbuch Frieden 1996, München 1995, S. 214 ff.

II-4 Fähigkeiten und Grenzen der NRO's

Prävention durch Frühwarnung

NRO's haben die genaue Kenntnis einer Konfliktregion und Kontakte vor Ort, sie haben guten Zugang zu den Beteiligten und Kontakte zu VertreterInnen aller Konfliktparteien.

Sie haben weniger guten Zugang zu den Regierungen und zu den Eliten. Eine wesentliche Bedingung für diese Arbeit ist Reise- und Informationsfreiheit im Lande. Die Stärke der NRO's liegt in der frühzeitigen und informellen Beschäftigung mit Konflik-

ten und in der Prävention, ungehindert durch staatliche Interessenspolitik und diplomatische Gepflogenheiten. Sie können sich unter Berufung auf Friedens und Menschenrechte von außen einmischen ohne auf die Souveränität eines Staates Rücksicht nehmen zu müssen. Sie haben in der Regel keine Sanktionsmöglichkeit sondern nur ihre Argumente und ihre Sachkompetenz.

Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung

NRO's können an den tieferliegenden Ursachen eines Konfliktes arbeiten,

- indem sie z. B. dazu beitragen, Feindbilder abzubauen und Kommunikationsbarrieren zu überwinden;
- indem sie Spannungsfelder bearbeiten in einer Gesellschaft mit ethnischen Minderheiten, sozialer Ungerechtigkeit und undemokratischen Strukturen;
- indem sie alternative Staatsmodelle diskutieren und die Kenntnis darüber verbreitern (z. B. föderalistische statt zentralistische Strukturen, Autonomiestatus für ethnische Minderheiten).

Sie können für die Etablierung von Formen der zivilen Konfliktaustragung arbeiten, indem sie z.B. für die Einhaltung der Menschenrechte und die Demokratiesierung und die dafür notwendige Veränderung einer Gesellschaft wirken.⁽²¹⁾

Grenzen

NRO's finanzieren sich zum größten Teil über Stiftungen und Spenden. Wegen ihrer begrenzten Finanzmittel

können sie längst nicht alle Hilfswünsche beantworten bzw. sich intensiv und umfassend genug mit gewaltträchtigen Konfliktregionen befassen. Daher ertönt immer wieder der Ruf nach stärkerer staatlicher Unterstützung für die NROs.⁽²²⁾

Eine stärkere staatliche Finanzierung wirft natürlich irgendwann die Frage nach der Unabhängigkeit der NRO's von staatlichen Interessen auf. (Vgl. *Die Diskussion um den zivilen Friedensdienst, Kap. III-4*)

Die begrenzten Mittel sind natürlich auch die Ursache für die geringe Bekanntheit der Arbeit der NRO's in der Öffentlichkeit, und das bedingt wieder ihren geringen Einfluß auf die Medien und die politischen Entscheidungsträger.

Die Menschen in den reichen Ländern dieser Welt sind immer wieder dann zum Spenden zu bereit, wenn die Medien großangelegt über Hunger- und andere Katastrophen berichten. Eine realistische Strategie wäre es, die Mittel von Entwicklungs- und humanitären Organisationen zum Teil für Zwecke der Frühwarnung und Prävention zu verwenden.⁽²³⁾

Berührungspunkte mit Staaten und zwischenstaatlichen Einrichtungen

Faktisch arbeiten NRO's und staatliche Stellen weitgehend getrennt, ja es gibt ein (allzuberechtigtes!) Mißtrauen von weltanschaulich (pazifistisch) orientierten NRO's, die mit privater Initiative und ehrenamtlichen Engagement für zivile Konfliktbearbeitung eintreten, gegenüber staatlicher

„Friedenspolitik“, die letztlich militär-
gestützt ist, und die gern den „inte-
grierten Einsatz“ von militärischen
und nichtmilitärischen Mitteln hätte.⁽²⁴⁾

Verwunderlich ist nur, daß sich Staats-
vertreter und FriedensforscherInnen
über diese Distanz verwundern. An-
dererseits: Ein Drittel der finanziellen
Mittel der NRO's stammt aus staatli-
chen Haushalten oder aus Mitteln von
internationalen Organisationen.⁽²⁵⁾

Die NRO's geben natürlich ihre Infor-
mationen, Meinungen und Einschät-
zungen weiter - und zielen auf die
Veränderung des Handelns der Regie-
rungen bzw. auf Aktivitäten der UNO
(vgl. *das Beispiel International Alert in
Kambodscha Kap II-3-3*).

Anmerkungen

²¹⁾ Vgl. z. B. Rexane Dehdashti: Friedliche
Konfliktbearbeitung im internationalen System.
ami 12/95.

²²⁾ Vgl. Till Bastian: Ärztliche Hilfsorganisatio-
nen - wirksame Friedensarbeit? In Jahrbuch
Frieden 1995, München 1994, S. 185.

⁽²³⁾ Vgl. Werner Lottje: Neuorientierung: Zivile
Konfliktbearbeitung durch kirchliche Hilfsorga-
nisationen. In: Jahrbuch Frieden '96. S. 214 ff).

²⁴⁾ Vgl. Birckenbach/Jäger: Frieden kritisch
gestalten. In: Jahrbuch Frieden 1995, Mün-
chen 1994, S. 171f.)

²⁵⁾ Gemeint sind wahrscheinlich zwischenstaat-
liche Einrichtungen und nicht internationale
NROs. - Rexane Dedashti in ami 12/95. Die
Zahl bezieht sich auch nicht auf die internati-
onalen NRO's, die für den Frieden arbeiten.

II-5 Für eine zivile Lösung

In den vorangegangenen Abschnitten
wurden eine Reihe von Beispielen für
die Arbeit von NRO's in Krisen- und
Kriegsgebieten vorgestellt. Dabei
wurde immer wieder der internationa-
le Zusammenhang und die Bedeu-
tung einer interessierten Welt-Öffent-
lichkeit betont. Diese interessierte
Öffentlichkeit entsteht nicht automa-
tisch, sondern letztlich durch die
Arbeit von NRO's in vielen Ländern,
die Kontakte zu Kriegsgebieten
haben, Informationen und Daten
sammeln und aufbereiten und sie den
Medien zur Verfügung stellen.

Die Auseinandersetzung über die
Berechtigung einer militärischen
Intervention in den Bürgerkrieg in Ex-
Jugoslawien wurde in der Einleitung
dieser Broschüre erwähnt. Oft wurde
in diesem Zusammenhang die Frage
gestellt, „was hat denn die Friedens-
bewegung in Jugoslawien gemacht?“
Wer so fragt, verkennt, daß „die Frie-
densbewegung“ keine Strukturen,
keine festen Mitgliedschaften, kein
Geld und daher auch keinen Apparat
hat (etwa den Gewerkschaften, den
Kirchen oder dem ADAC vergleich-
bar), mit denen sie irgendwie tätig
werden könnte.

Die Friedensbewegung in der BRD ist
ein loser Zusammenschluß von
verschiedenen Organisationen und
Initiativen, die sich in der Regel nicht
als NRO's bezeichnen. Der Protest
gegen die Stationierung von Atomra-
keten einte die Friedensbewegung der
80er Jahre. In Ihrer Gesamtheit war

SOS aus Schutt und Asche

Hilfe für die Opfer von Krieg und Vertreibung im ehem. Jugoslawien

UNSERE BISHERIGE ARBEIT:

- Medikamente für das Krankenhaus in Bugojno / Bosnien-Herzegowina
- Kleidung für Flüchtlinge in Dubrovnik
- Mitfinanzierung und Ausstattung der Friedensgruppen in Belgrad, Zagreb und im Sandzak
- Kuscheltiere für Flüchtlingskinder in kroatischen und deutschen Auffangslagern
- Blutbeutel nach Bosnien-Herzegowina
- Rollstühle für serbische Kriegsgesopfer
- Sammlung, Lagerung und Transport verschiedener Hilfsgüter
- Treffpunktarbeit für Flüchtlinge in München
- Lebensmittel für besetzte Dörfer um Dubrovnik
- Schulmöbel für Slano / Kroatien
- Deutschkurse für Flüchtlinge
- Seminare, Vorträge, interreligiöse Friedensgebete, Mahnwachen, Gespräche
- Blutspendeaktion für Kriegsgesopfer in Zusammenarbeit mit der Stadt München
- Vielfältige, persönliche Kontakte zu verschiedenen Friedensgruppen im ehem. Jugoslawien
- Öffentlichkeitsarbeit
- Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge
- Petitionen für Einreise von Flüchtlingen und Embargo-Lockerungen für Medikamente
- Spendenaktionen u. v. a. m.

UNSERE STÄRKE:

- Zusammenarbeit mit humanitären Organisationen im ehem. Jugoslawien
- Persönliche Kontakte zu Flüchtlingen
- Effektive, flexible und unbürokratische Hilfe
- Ehrenamtliche Mitarbeiter/innen
- Kooperation mit Behörden

UNSER PROBLEM:

- Abnehmende Spendenmittel bei wachsender Notlage im Winter

UNSER PRINZIP:

- Hilfeleistungen ohne Rücksicht auf Nationalität und Religionszugehörigkeit
- Unterstützung der gewaltfreien und versöhnungsbereiten Kräfte auf allen Seiten

UNSERE BITTE:

- Helfen Sie uns, diese Arbeit fortzusetzen
- Helfen Sie den Opfern von Krieg und Vertreibung

Anzeige in einer Tageszeitung 1993

sie bestenfalls eine atompazifistische Bewegung. Pazifistische, der Idee der Gewaltfreiheit verbundene Strömungen, stellten nur einen Teil dieser Bewegung.⁽²⁵⁾

Der in den 90er Jahren verbliebene aktive und gewaltfreie Rest der Friedensbewegung argumentierte gegenüber einer traditionell gewaltbereiten Regierung und Bevölkerung - „da muß man mal kräftig dreinschlagen“ - für die zivilen Lösungen. Das bedeutete aufzuzeigen, daß eine politische Lösung für den Vielvölkerstaat Bosnien gar nicht erst versucht wurde und das beschlossene Embargo nicht ernsthaft durchgesetzt wurde. Daß es zu keiner größeren militärischen Intervention durch die NATO kam, lag in erster Linie an der Uneinigkeit

zwischen den Großmächten in der Frage, gegen wen eigentlich wie vorzugehen sei, nicht an der politischen Bedeutung der gewaltfreien Bewegung hierzulande.

Dem geringen Organisationsgrad und den geringen Mitteln der Friedensgruppen ist es auch geschuldet, daß ihre differenzierten Argumente einer breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt sind.

Ebensowenig bekannt ist die durchaus praktische Friedensarbeit in der BRD angesichts des Bürgerkrieges in Ex-Jugoslawien.

Daher im folgenden zwei Beispiele aus dem Blickwinkel einer Friedensorganisation.

**Absender:
Name:**

Str.:

PLZ:

Ort:

Bitte
freimachen
1.-DM

POSTKARTE

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Bernd Horn

Postfach 2304
32380 Minden

**Absender:
Name:**

Str.:

PLZ:

Ort:

Bitte
freimachen
1.-DM

POSTKARTE

PAZIFIX

Alberichstr. 9
76185 Karlsruhe

- Ich wüßte gerne mehr über den Zivilen Friedensdienst und bitte um Informationsmaterial (5.- DM in Briefmarken liegen bei).
- Ich möchte dem Verein **forum ZFD e.V.** beitreten und bitte um die nötigen Unterlagen.
- Ich bitte um die Zusendung des Ausbildungsentwurfs zum Zivilen Friedensdienst (5.- DM in Briefmarken liegen bei).
- Ich bitte um die Zusendung von _____ Exemplar/en der Broschüre "18 Fragen 18 Antworten zum Zivilen Friedensdienst".
- Ich überweise eine Spende von DM _____ und bitte um eine Spendenquittung.

Ort: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

Materialien zum Thema Frieden



Schalplatten Buttons Bücher Postkarten Ziviler Ungehorsam Totalverweigerung

Stempel Poster Briefpapier Alternative Sicherheitskonzepte

Jute-Taschen Plakate Briefumschläge Soziale Verteidigung

T-Shirts Luftballons Pazifismus Friedensforschung

Aufkleber Anstecker Kriegsdienstverweigerung Frauen und Militär

Flugblätter Broschüren Abrüstung Friedenserziehung Gewaltfreier

Spuckis Ausstellungen Antimilitarismus Friedensbewegung

Zivildienst

PAZIFIX - Materialvertrieb
 der DFG-VK Baden-Württemberg
 Alberichstr. 9 - 76185 Karlsruhe
 Tel.: 0721/55 22 70 - Fax: 0721/55 86 22

Bitte kostenloses Materialverzeichnis anfordern!

- Ich will mehr Informationen über das Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk
- Bitte schickt mir regelmäßig das Veranstaltungsprogramm des Bildungswerkes zu
- Ich möchte mehr Informationen zum Projekt: "Broschüre Rüstungskonversion"
- Ich möchte mehr Informationen zur Ausstellung "BRD ohne Armee Gewaltfrei Handeln"
- Ich bestelle _____ Expl. des Werbeprospektes für die Broschüre "Zivil Handeln! Gewaltfreie Alternativen zur militärischen Intervention"

Ort: _____ Datum: _____ Unterschrift: _____

Wählen Sie!

Jährlich über 50 Mrd. DM für Rüstung und Militär	<input type="radio"/>
Einsatz der Bundeswehr in aller Welt	<input type="radio"/>
Weitere Abrüstung in Europa und weltweit	<input type="radio"/>
Abschaffung der Bundeswehr	<input type="radio"/>

Wir sind wie etwa 40% unserer MitbürgerInnen der Meinung, daß die Bundeswehr überflüssig ist. Daher betreiben wir die Abschaffung der Bundeswehr:

BRD ohne Armee (**B.o.A.**). Sie wissen vielleicht auch, daß man in diesem Staate über die wichtigsten Dinge gar nicht abstimmen darf.

Wir möchten aber unseren Volksvertretern gerne mal die Meinung des Volkes mitteilen.

Dabei können Sie uns unterstützen!

Verteilen Sie diese Karte unter FreundInnen und Bekannten und senden Sie die ausgefüllten Karten an uns zurück.

Wir geben zweimal jährlich ein Zwischenergebnis bekannt.

**Absender:
Name:**

Bitte
freimachen
1.-DM

Str.:

PLZ: **Ort:**

POSTKARTE

Helmut-Michael-Vogel-
Bildungswerk

Alte Allee 48
81245 München

**Absender:
Name:**

Bitte
freimachen
1.-DM

Str.:

PLZ: **Ort:**

POSTKARTE



Ich will mehr Infos über B.o.A.

B.o.A.-Agentur
c/o DFG-VK

Ich will Stck. dieser
Wahlkarte, um sie in meinem
Bekanntenkreis zu verteilen.

Alte Allee 48
81245 München

II-5-1 Kriegsfolgen lindern ...

Während in Politik und Medien über die Einrichtung von Schutzzonen und die Notwendigkeit einer humanitären Intervention in Bosnien-Herzegowina debattiert wurde, wurden im zivilisierten Europa die Grenzen geschlossen. Niemand kam (legal) aus dem Kriegsgebiet heraus, der/die sich nicht ein Visum besorgen konnte (oder einen kroatischen Paß). Die Einreise in die BRD war nur denen möglich, die ein Visum hatten. Das erhielten sie nur, wenn sie eine Verpflichtungserklärung eines in Deutschland lebenden Bürgers vorweisen konnten, der/die versprach, für den Unterhalt des Flüchtlings aufzukommen. Die BRD nahm auf Staatskosten nur einige Tausend BosnierInnen auf, Hunderttausende kamen bei Verwandten unter, die die Selbstverpflichtungserklärung abgegeben hatten.

Bürgerkriegsflüchtlinge werden in Deutschland lediglich geduldet, obwohl die BRD die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat und ihnen dementsprechend Schutz und Aufenthalt gewähren mußte. Bei der Abschaffung des Asylrechts 1993 wurde eine besondere Regelung für Kriegsflüchtlinge versprochen. In der Praxis wurden die entsprechenden Paragraphen im Ausländergesetz nie angewendet.

Durch den Verein „Den Krieg überleben“ wurde Tausenden von Flüchtlingswilligen in Bosnien deutsche Gastfamilien vermittelt und ihnen damit eine legale Ausreise ermöglicht. Die Betreuung von Flüchtlingen hier in Deutschland und die Unterstützung von Projekten zur Betreuung von

Flüchtlingen in Ex-Jugoslawien durch Spenden und Freiwillige war ein wichtiger Teil der Arbeit der Friedensbewegung. Trotz des humanitären Geredes der Bundesregierung gibt es eine ausländerfeindliche Stimmung in der Bevölkerung - „Das-Boot-ist-voll-Gefühl“ - und eine schikanöse Bürokratie: „Da könnte ja jeder kommen und bei uns arbeiten wollen“ (Originalton im Ausländer-Arbeitsamt in München). Eine Bürokratie, mit der ein/e Deutsche/r normalerweise nicht konfrontiert ist.

Parallel zur praktischen Betreuung lief die politische Öffentlichkeitsarbeit, um auf die Situation der Flüchtlinge aufmerksam zu machen und die Ausländerbehörden auf die humanitären Verpflichtungen hinzuweisen. Das bedeutet aktuell: Nur eine freiwillige Rückkehr ist sinnvoll.

Zu der Aufgabe „die Kriegsfolgen lindern“ gehört auch humanitäre Hilfe - Medikamente, Kleider Lebensmittel usw. für die Zivilbevölkerung.⁽²⁷⁾

II-5-2 ... dem Krieg den Boden entziehen!

Der ideologische Nährboden für einen Krieg ist eine lange vorausgehende Hetze und Propaganda gegen angebliche Feinde. Den nationalistischen und militanten Medien gegenüber waren diejenigen Menschen unterlegen, die für ein friedliches Zusammenleben von Völkern und Religionen in einem Staat eintraten. Die Unterstützung von Anti-Kriegs- und Friedensgruppen und ihrer Medien in den Nachfolgerepubliken Jugoslawiens war eine weitere wichtige Aufgabe der Friedensbewegung. Das bedeute-



Gewaltfreie Aktion der DFG-VK München im Juni 1993. Vor dem Eingang zum Kreisverwaltungsreferat wurden symbolische Leichensäcke abgelegt, um auf die menschenfeindliche Ausländerpolitik hinzuweisen.

te auch, hierzulande erst einmal bekannt zu machen, daß es solche Gruppen gibt - gegenüber der Tendenz in den Medien „die Serben“ als Aggressoren und „die Kroaten“, „die Bosnier“ undifferenziert als Opfer darzustellen.

Jeder Krieg braucht Soldaten - doch diese, man spricht nicht gerne laut darüber, wollen nicht gerne sterben, und wenn, dann muß es einen höheren Sinn dafür geben. Wenn Soldaten keine Lust haben in einen völlig sinnlosen Krieg zu ziehen, tun sie das, was sie immer getan haben - sie drücken sich, am besten vorher. So

auch in Ex-Jugoslawien. Nach Schätzungen von Friedensorganisations sind in Serbien 50% der Wehrpflichtigen der Einberufung nicht gefolgt. Aber auch in Bosnien sind Soldaten desertiert - alle geflüchteten gesunden Männer im wehrfähigen Alter kann man als Deserteure betrachten. Während Rest-Jugoslawien als Aggressor gebrandmarkt wurde, konnten Deserteure aus Serbien nicht legal in die BRD gelangen und kein politisches Asyl erhalten! Die Wehrpflicht bestehe zu Recht, auch in einem Staat, der vielleicht nicht so demokratisch ist wie der unsere, argumentierten Politiker und Gerichte.

Wenn ein Deserteur mit Strafen zu rechnen hat, weil er sich der Wehrpflicht entzogen hat, so ist das alleine keine politische Verfolgung. Es gab keine legalen Möglichkeiten für die Soldaten, sich dem Krieg zu entziehen. Die DFG-VK wies ab Ende 1992 mit einem offenen Brief und einer Petition an den Bundestag auf diese widersinnige und unhaltbare Situation hin.

In einigen wenigen Bundesländern oder Städten gab es später Regelungen, daß auf die Abschiebung von Deserteuren verzichtet werden sollte; leider manchmal nur auf dem Papier. Auf mehreren Ebenen versuchte die DFG-VK, mit ihren Büros in München und Frankfurt, Deserteuren zu helfen und sie zu ermutigen mit:

- Praktischen Hilfen, um in ein „sicheres“ Bundes- oder europäisches Land zu gelangen;
- Informationen über die rechtliche Lage;
- Finanziellen Hilfen bei Gerichtsverfahren;
- Politischer und Öffentlichkeitsarbeit.

Die DFG-VK dokumentierte konkrete Fälle von bedrohten Deserteuren, und allmählich berichtete die Presse. ⁽²⁹⁾

Durch Veranstaltungen, Anzeigen und Unterschriftensammlungen wurde eine Entschließung des europäischen Parlaments und ein Aufruf des europäischen Bürgerforums bekannt gemacht, in dem die europäischen Staaten, aber auch die Städte und Gemeinden aufgefordert werden, Deserteure aufzunehmen. Bei internationale Treffen von Gruppen aus der

BRD, der Schweiz, Österreich, Ungarn, Kroatien und Serbien wurde über konkrete Zusammenarbeit beraten.

Kommentar: Humanität mit militärischen Mitteln

Nachdem das Völkerrecht (UN-Charta) den Krieg nur noch zum Zwecke der Verteidigung zuläßt, müßte automatisch jeder Soldat, der sich nicht an einem Aggressionskrieg beteiligen will, mit offenen Armen empfangen und vor dem Zugriff seiner Militärjustiz geschützt werden - so könnte menschlichen meinen. Inzwischen vertritt auch der Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) die Auffassung, daß den Deserteuren Schutz gewährt werden sollte, die sich nicht an völkerrechtswidrigen Aktionen beteiligen wollen. ⁽²⁹⁾

Der staatliche Umgang mit den Deserteuren zeigt aber, daß das traditionelle militärische Denken in den Kabinetten dominiert: Jeder Staat hat seine Armee, und es steht dem gemeinen Soldaten nicht zu, zu entscheiden ob ein Krieg zulässig ist oder nicht. Das wäre nämlich situative Kriegsdienstverweigerung. Das Grundgesetz der BRD schützt die „Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen“, (ähnlich die Vereinbarungen in der Charta von Paris, vgl. Kap. 1-2, zur OSZE) und die Regierungen haben im Lauf der Zeit gelernt, Kriegsdienstverweigerung als Sache religiöser Fanatiker oder pazifistischer Spinner zu akzeptieren, die die Existenz der Armee und die staatliche Macht nicht in Frage stellt. Genau das wäre der Fall, wenn eine Regierung anfangen würde, über die

Grenze hinweg die Soldaten eines anderen Staates aufzufordern, zu desertieren.⁽³⁰⁾

Da droht man also lieber mit einer militärischen Intervention, was nichts anderes bedeutet, als Unschuldige zu zwingen, Unschuldige (Wehrpflichtige) zu töten - statt die Unschuldigen, die sich dem Zwang zum Töten entziehen wollen, aufzunehmen.

Ich schreibe das hier so ausführlich, weil manche im Zusammenhang mit ziviler Konfliktbearbeitung die Strategie der massenhaften Kriegsdienstverweigerung als illusionär betrachten.

Dieser Text wurde in Deutschland als Plakat und Flugblatt und in Ex-Jugoslawien als Anzeige in verschiedenen Zeitungen verbreitet.

AN ALLE MENSCHEN AUS DEM FRÜHEREN JUGOSLAWIEN:

SVIM LJUDIMA SA PODRUČJA BIVŠE JUGOSLAVIJE:

Wenn nur noch die Herren Generale miteinander kämpften, wäre der Krieg schnell zu Ende. Kriegsdienstverweigerung und Desertion sind effektive Mittel gegen die Fortsetzung des furchtbaren Krieges im ehemaligen Jugoslawien.

Alle Soldaten und Milizangehörigen der kriegführenden Parteien sollten sich überlegen, ob sie der Armee bzw den paramilitärischen Verbänden des Rückens kehren.

Wenn Sie Verwandte oder Bekannte haben, die (noch) in diesem Krieg kämpfen (müssen): Helfen Sie ihnen, die Armee zu verlassen und nach Deutschland zu kommen.

Wie informieren Sie über die rechtlichen und praktischen Möglichkeiten:

Deutsche Friedensgesellschaft -
Vereinigte Kriegsdienstgegnerten
DFG-VK Bayern
Alte Allee 48
81245 München
089/8342693



Kada bi samo gospoda generali ostali na bojištima da vode rat, on bi se brzo privleo kraju. Dezertiranje i odbijanje vojne službe su efikasna sredstva protiv nastavljanja surovog rata na području bivše Jugoslavije.

Svi vojnici i pripadnici ostalih oružanih formacija zaradecih strana treba da razmisle o tome da vojski i paravojnim formacijama okrenu leđja.

Ako imate rođake ili prijatelje koji se (još uvijek) bore, ili su prisiljeni da se bore: Pomozite im da napuste svoje jedinice, i dodju u Njemačku!

Mi ih informisemo o tim mogućnostima:

Bündnis 90/Grüne
München
Baumstr. 4
80469 München
089/2014488
DFG-VK Hessen
Vogelsbergstr. 17
60316 Frankfurt
069/431440
Friedensbüro
Nürnberg
Ebenseestr. 6
90482 Nürnberg
0911/546662

Zur Unterstützung dieser Arbeit für Deserteure erbitten wir Spenden auf das

POSTGIROKONTO DER DFG-VK, „HILFE FÜR DESERTEURE“
KTO-NR. 743 18-804, BLZ 700 100 80, PVA MÜNCHEN

Es rufen auf: DFG-VK, Bündnis 90/Grüne in Bayerischen Landtag, Friedensbüro Nürnberg

Dabei übersehen sie, daß Organisationen wie die DFG-VK nichts anderes tun können, als denen zu helfen, die es geschafft haben, zu fliehen. Eine aktive Hilfe zur Desertion vor Ort kann sie nicht anbieten. UNO-MitarbeiterInnen vor Ort, „bewaffnet“ mit Radiosendern, Flugblättern und dgl., könnten das sehr wohl.

Anmerkungen

²⁶⁾ Vgl. meinen Aufsatz „Wieviel Frieden darfs denn sein“ in der GEW-Broschüre „Krieg und Frieden“, München 1995, Bezug über AGFP, siehe Impressum.

²⁷⁾ Mehr Informationen dazu in der Broschüre „Hilfsprojekte für das ehemalige Jugoslawien“, Bezug: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn.

²⁸⁾ Vgl. „Jugo-Info“ der DFG-VK Bayern, Restexemplare auf Anfrage; Bezug: Alte Allee 48, 81245 München.

²⁹⁾ Stefan Telöken. UNHCR Bonn: Wann wird ein Deserteur zum Flüchtling? Zitiert nach Rundbrief Nr. 6/97 der AG „KDV im Krieg“, Bezug siehe Zeitschriften.

³⁰⁾ Die Alliierten im zweiten Weltkrieg haben deutsche Soldaten sehr wohl aufgefordert, überzulaufen und z. B. mit Hilfe von Broschüren informiert, wie man Krankheiten simulieren kann, um sich zu drücken. Z. B.: Dr med. Wohltat: Krankheit rettet. Nach: Peter Riedesser/Axel Verderber: Aufrüstung der Seelen. Militärpsychologie und Militärpsychiatrie in Deutschland und Amerika. Freiburg 1985. S. 113, S. 146.

Zum Weiterlesen:

„Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten“, Zeitungsflugblatt von Pro Asyl und Connection e.V. (Offenbach '97)

Zur Lage der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in Ex-Jugoslawien Vgl. z. B. den „Rundbrief KDV im Krieg“, Nr. 4, 5 u. 6 1997, Bezug: Connection e.V., Gerberstr. 5, 63065 Offenbach.

Schwerpunkt Jugoslawien, Friedensforum 1/92;

Friedensbewegung und Ex-Jugoslawien. Friedensforum 5/95. Bezug: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn.

Broschüren des Komitees für Grundrechte und Demokratie:

„Was tut die Friedensbewegung im Balkankrieg?“ (August 1992);
„Militärischer Lebens- und Zivilisationsschutz statt Gewaltfreiheit?“ (Andreas Buro, Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack; August 1995)

Andreas Buro im Auftrag des Netzwerks Friedenskooperative:

„Alternative zum Krieg. Nicht-

militärische Konfliktlösungen im jugoslawischen Krieg“, in: Wissenschaft und Frieden No 3/92.

Christine Schweitzer:

Gewaltfreies Eingreifen in die Konflikte Ex-Jugoslawiens, in: ami 12/95

Bosnien-Herzegowina. Die Chancen für eine gerechte Lösung.

Hrsg. Pax Christi u. DFG-VK. Komzi Verlag, Idstein 1994.

„...Ultima Ratio?! Die Friedensbewegung im Streit um Militäreinsätze“ Hrsg. Pax Christi. Komzi Verlag,

Idstein 1996.

III Der zivile Friedensdienst

III-1 Das Konzept

Internationale Teams von freiwilligen Friedensarbeitern kommen auf Anfrage von BürgerInnen in eine Krisenregion. Sie sind ausgebildet und staatlich finanziert. Mit gewaltfreien Mitteln versuchen sie, den Ausbruch von Krieg und offener Gewalt zu verhindern bzw. zu Versöhnung und Wiederaufbau einer zivilen Gesellschaft beizutragen. Das ist der Kerngedanke des Konzeptes Ziviler Friedensdienst.

Eine wichtige Erfahrung aus der Arbeit der Friedensbrigaden steht hinter der Entwicklung des Konzeptes: Ohne öffentliche Mittel, nur mit privaten Spendern, können Einsätze der zivilen Konfliktbearbeitung nicht im notwendigen Umfang geleistet werden. NRO's können erfolgreicher sein, wenn sie Geld, Personal und Logistik in ähnlichem Umfang zur Verfügung haben, wie Regierungen oder zwischenstaatliche Einrichtungen. Auch andere Elemente - Freiwilligkeit, Einsatz nur auf Anforderung, Konzentration auf Vor- und Nachsorge - entspringen der Erfahrung der Arbeit der Friedensbrigaden.

Die ökumenische Versammlung der Kirchen in Basel 1989 regte die Gründung gewaltfreier Friedensdienste an. In der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg wurde ein Entwurf für einen „zivilen Friedensdienst“ erarbeitet und 1991 veröffentlicht.

Der Bund für soziale Verteidigung (BSV) hat 1994 einen eigenen umfassenden Entwurf für einen zivilen Friedensdienst vorgelegt. Im folgenden die Kurzbeschreibung aus der Broschüre des BSV:

„Der zivile Friedensdienst (ZFD) ist ein staatlich geförderter und finanzierter freiwilliger Dienst, der Männer und Frauen jeden Alters dazu befähigen soll, mit gewaltfreien Mitteln planvoll in Krisen und gewaltsame Konflikte einzugreifen. Er ist nicht an die Wehrpflicht gekoppelt. Träger sind freie Organisationen, die nach dem Subsidiaritätsprinzip durch staatliche Rahmenbedingungen zu diesem Dienst befähigt werden. ...

Ziel der Einsätze sollen vorbeugende Maßnahmen im Vorfeld gewaltsamer Konflikte, die Beendigung und Überwindung von gewaltsamen Auseinandersetzungen, die Suche nach konsensfähigen Lösungen und die Unterstützung der Kräfte sein, die für Versöhnung, gewaltfreie Konfliktaustragung und die Herstellung gerechter Verhältnisse eintreten. Der ZFD soll den Einsatz militärischer Mittel überflüssig machen. ... Der ZFD sucht die Zusammenarbeit und Vernetzung mit ausländischen zivilen Friedensdiensten, sowie anderen internationalen Organisationen. ... „ Der zivile Friedensdienst soll zu einem Instrument einer Politik werden, die nach

Frieden und Gerechtigkeit strebt.

Nach einer zwanzigjährigen Aufbau- und Ausbauphase sollen 100.000 ausgebildete freiwillige Friedensarbeiter zur Verfügung stehen. Ein Kern von hauptberuflichen „Friedensdienstern“ soll die kontinuierliche Ausbildung und die Einsätze des Friedensdienstes organisieren.

III-2 Ausbildung, Organisation und Finanzierung

Die Ausbildung der Freiwilligen soll theoretisch in Kursen von mehreren Monaten Dauer erfolgen. Gegenstand der Kurse kann z. B. sein: Theorie der Gewaltfreiheit, Mediation, gewaltfreies Verhalten in bedrohlichen Situationen. Weiterhin denken die Vertreter des Konzepts an eine Schulung der Persönlichkeit, die Selbstkritik, situationsgerechtes Handeln und Fähigkeit zur Zusammenarbeit fördern soll. Die Ausbildung soll aber auch in praktischen Einsätzen in innergesellschaftlichen gewaltträchtigen Konflikten erfolgen (z. B. Gewalt gegen AusländerInnen).⁽¹⁾

In der Aufbauphase des ZFD müssen erst einmal hauptberufliche Ausbilder ausgebildet werden, die später über Jahre hinweg immer neue Freiwillige ausbilden.

Der zivile Friedensdienst sollte nach dem Prinzip der Subsidiarität funktionieren, das im sozialen Bereich be-

währt ist: Wohlfahrtsverbände sind die Träger von sozialen Einrichtungen, z. B. Krankenhäusern, Kindergärten, Altenheimen. Sie erhalten saftliche Zuschüsse für ihre Arbeit und haben ansonsten im Rahmen von gesetzlichen Vorgaben einen gewissen Spielraum zur Gestaltung ihrer Einrichtungen. Es könnte dementsprechend eine größere Zahl von Trägerorganisationen des zivilen Friedensdienstes geben, die Ausbildung und Einsatz des Dienstes (der „FriedensdienerInnen“) selbständig gestalten.

III-3 Die Startphase: Von 200 auf 20 in zwei Jahren

Auf Einladung von zwei evangelischen Bischöfen kam es Ende 1995 und Anfang 1996 zu Gesprächen zwischen PolitikerInnen der Fraktionen des deutschen Bundestages und VertreterInnen des Forums ziviler Friedensdienst. Dabei wurde der Vorschlag für eine Startphase des zivilen Friedensdienstes besprochen. Die ersten 200 FriedensarbeiterInnen sollten im ehemaligen Jugoslawien zum Aufbau ziviler Strukturen eingesetzt werden. Konkrete Vorschläge für Trägerschaft, Ausbildung, Aufgaben und Projekte der Startphase wurden vorgelegt. Die Gespräche wurden von großen Hoffnungen begleitet. Ein positiver Beschluß des Bundestages und die Bewilligung von 20 bis 30 Millionen DM wurden erwartet. Bedenken kamen dann aber aus der Fraktion der CDU/CSU: „Der zivile

Friedensdienst könne nur eine Ergänzung des militärischen Friedensdienstes der Bundeswehr sein, kein Ersatz dafür.“⁽²⁾

Die Zuständigkeit für das Projekt wurde dem „Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“ (BMZ) zugeschoben, das dann die „Startphase“ als zu teuer bezeichnete und keine neuen Strukturen wollte. Das BMZ wollte nur herkömmliche Entwicklungsdienste, garniert mit ein bißchen Frieden. So zerschlugen sich die Hoffnungen: „Widerstände in der Unionsfraktion, Kompetenzgerangel zwischen Auswärtigem Amt und BMZ, ideologische Vorbehalte gegen die Friedensbewegung, Ängste um die Wehrpflicht und „Sparzwänge“ haben das Projekt zusammenschrumpfen lassen“.⁽³⁾

Während 20 Millionen DM für zivile Konfliktbearbeitung nicht vorhanden sind, wurden gleichzeitig 700 Millionen DM für den Einsatz der Bundeswehr zur Unterstützung der IFOR-Truppe bewilligt und auch ausgegeben - das zeigt die Prioritäten bei Union und Bundesregierung.⁽⁴⁾

Die VerfechterInnen der Idee eines zivilen Friedensdienstes ließen sich durch die Blockadepolitik in Bonn und das geringe Interesse der Medien nicht entmutigen. Sie entwickelten ein „Modellprojekt zur Ausbildung in ziviler Konfliktbearbeitung“ um die Anforderungen an die Ausbildung für einen zukünftigen zivilen Friedensdienst genauer herauszuarbeiten. Eine etwa vier Monate dauernde Ausbildung zur Vorbereitung von etwa 20 Fachkräften auf Aufgaben der

zivilen Konfliktbearbeitung begann im April 1997.

Wer kann teilnehmen?

Menschen, die mindestens 23 Jahre alt sind und eine Berufsausbildung haben; die mindestens für ein Jahr Friedensarbeit machen wollen, und die einen entsprechenden Vertrag mit einer Friedensorganisation vorlegen können, die ein Projekt im ehemaligen Jugoslawien durchführt oder unterstützt; auch Menschen aus Ex-Jugoslawien, aber mindestens 50% der TeilnehmerInnen des Pilotprojekts müssen aus dem Bundesland Nordrhein-Westfalen kommen - letzteres liegt an der

Finanzierung:

Diese erfolgt mit einem Zuschuß des Bundeslandes NRW und aus Eigenmitteln der Trägerorganisationen des Projektes (Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Bund für Soziale Verteidigung, Forum Ziviler Friedensdienst), diese wiederum sind auf Spenden angewiesen.

An welche Aufgaben ist gedacht?

- Schutz von Menschenrechten,
- Arbeit mit Frauen, Jugendlichen und Flüchtlingen,
- Ermöglichung des Zusammenlebens von verfeindeten Bevölkerungsgruppen,
- Aufarbeitung von Kriegstraumata,
- Aufbau zivilgesellschaftlicher Strukturen

Inhalte der Ausbildung:

- Sprachkurs, Landeskunde;
- Grundlagen von Gewaltfreiheit,
- Konfliktlehre; Konfliktbearbeitung.
- Geschlechterrollen, persönliche Motivation.

Daran schließt sich ein zweiwöchiger Kurs beim jeweiligen Projektträger an.⁽⁵⁾

Das „Forum ziviler Friedensdienst“ wurde im November 1994 mit dem Ziel gegründet, die Idee des ZFD weiter zu verbreiten und dadurch zu seiner Verwirklichung beizutragen. Es ist ein offener Zusammenschluß verschiedener Organisationen und Einzelpersonen. Benutzen Sie die eingelebte Bestellkarte, um weitere Informationen anzufordern.

III-4 „Ziviler Friedensdienst“ in der Diskussion

Viele Mißverständnisse mit dem zivilen Friedensdienst beginnen bei dem Begriff „Dienst“, der immer mit der Wehrpflicht in Zusammenhang gebracht wird. „Friedenshelfer“, „Friedensfachkräfte“, „Friedensarbeiter“, „Friedensfachdienst“ ? Der deutlichste Begriff scheint noch nicht gefunden.

Kann der ZFD zum außenpolitischen Instrument eines Staates werden, der Waffen exportiert, der zu den reichen Staaten in einer ungerechten Weltwirtschaft gehört und der über militärische Mittel verfügt? Werden die FriedensdienerInnen tatsächlich als unabhängig betrachtet werden, oder als „Agenten“ einer ausländischen Großmacht mit Interessen am Konfliktgeschehen? Welchen Einfluß kann der Staat über den Hebel der Finanzierung auf die Ausgestaltung und den Einsatz eines ZFD ausüben?

Kann man von Freiwilligkeit sprechen, solange eine allgemeine Wehrpflicht besteht und die „Ableistung“ des ZFD einen anderen Dienst erübrigt? Leistet das Konzept eines ZFD gar einer allgemeinen Dienstpflicht vorschub? Können ein ziviler Friedensdienst und bewaffnete Kräfte nebeneinander existieren, oder wird er zum zivilen Feigenblatt für militärische Machtpolitik? Solche Fragen werden in der Friedensbewegung diskutiert.⁽⁶⁾

Das weiterentwickelte Konzept sieht keinen Zusammenhang mit der Wehrpflicht vor, sodaß die Freiwilligkeit gewährleistet ist.

Kommentar

Ganz offensichtlich ist die Kenntnis der Sprachen einer Konfliktregion eine entscheidende Voraussetzung für irgendeine Art des Eingreifens. Ist es sinnvoll, hier Hunderten von Friedensarbeitern Gratis-Sprachkurse in kroatisch, singhalesisch, russisch und georgisch zu geben, während bestehende Organisationen wie International Alert und Helsinki Citizens' Assembly bereits vor Ort arbeiten, dafür aber zu wenig Geld vorhanden ist und ihre Arbeit von der Öffentlichkeit nicht wahrgenommen wird? Der zivile Friedensdienst soll zum Zwecke von Ausbildung und Training innerhalb unserer Gesellschaft eingesetzt werden, z.B. um ausländische Übergriffe zu verhindern. Das kommt den Leuten etwas komisch vor, die in Städten und Gemeinden immer wieder feststellen müssen, daß für sozial-arbeiterische Gewaltprävention kein Geld vorhanden ist. Nicht zuletzt deswegen, weil die Gemeinden die Sparpolitik des Bundes ausbaden müssen... Dann soll

der Bund über den Umweg der Finanzierung eines zivilen Friedensdienstes wieder in die Lücke springen, die er vorher aufgerissen hat.⁽⁷⁾

Anmerkungen

¹⁾ nach der Broschüre des BSV „18 Fragen und Antworten zum zivilen Friedensdienst“, Bezug: Bund für Soziale Verteidigung, Ringstr. 9a, 32427 Minden.

Siehe auch: Ziviler Friedensdienst - ein Konzept des Bundes für soziale Verteidigung, in: Friedens- statt Militäreinsätze. KomZi-Verlag, Idstein 1994.

²⁾ Heiner Geißler nach ami 9/96.

³⁾ Rundbrief des BSV 2/96.

⁴⁾ vgl. Heinz Wagner in Friedensforum 3/96, Bezug s.o.

⁵⁾ nach: Rundbrief des BSV 1/97. Zur Startphase des ZFD vgl. auch: Ohne Rüstung Leben, Info 80 (2/97) (ORL, Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart). Christine Schweitzer in Friedensforum 1/96. Ebenfalls: Friedensforum 5/97, Schwerpunkt Ziviler Friedensdienst, Bezug s.o.

⁶⁾ Vgl. Theodor Ebert: Ziviler Friedensdienst als Hausaufgabe der Friedensbewegung. In: ami 12/95; derselbe in ami 7-8/96. Vgl.: Komitee für Grundrechte und Demokratie: Ziviler Friedensdienst am Scheideweg. Juni 97. Bezug s.o. Ein kritischer Artikel von Ralf Cüppers und Siglinde Neher zum ZFD erschien in „tilt“ und anderen Zeitschriften, zu beziehen über B.o.A.-Nord, PF 1426, 24904 Flensburg.

Beiträge zur Diskussion und aus der Praxis: Die Wahrheit einer Absicht ist die Tat. Friedensfachdienste für den Süden und den Norden. Hrsg. Pax Christi, KomZi-Verlag, Idstein 1997.

⁷⁾ In der Broschüre der AGFP: „Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Gewaltbereitschaft“, München 1993, werden konkrete Einrichtungen, Maßnahmen und Projekte für das kommunale Handlungsfeld vorgeschlagen. Bezug über AGFP, Bezug s. Impressum.

IV Zivile Konzepte

IV-1 Wer hat ein Konzept?

Anhand von verschiedenen sogenannten Akteuren der Politik haben wir in den ersten drei Abschnitten gezeigt, wer mit welchen Mitteln zivile Konfliktbearbeitung betreiben könnte. Das Konzept der kollektiven Sicherheit in der Charta der Vereinten Nationen funktioniert nicht, solange die Großmächte nicht freiwillig auf Macht verzichten; was im Rahmen der OSZE ausgehandelt wurde, folgt keinem großen Konzeptentwurf, sondern ist ein Kompromiß zwischen den Interessen der vielen beteiligten Staaten - soweit die kritische Zustandsbeschreibung.

Die Basisgruppen (NRO's) handeln unabhängig von oder in kritischer Distanz zu der Politik der Regierungen, selbst untereinander wenig koordiniert, spontan auf Kriege reagierend, ohne Wissen von früher gemachten Erfahrungen (Vgl. II-1) und mit viel zu geringen Mitteln. Ein übergreifendes Konzept für alle Handlungsebenen wird zwar gefordert, gibt es aber nicht.⁽¹⁾

Die ForscherInnen widmen sich Teilbereichen, in der Literatur gibt es unterschiedliche Auflistungen von „Konzepten“, „Instrumenten“ und

„Methoden“ der Konfliktbearbeitung. Organisationen und Gruppierungen der Friedensbewegung verfassen Programme, Forderungskataloge oder Positionspapiere. Die einen wie die anderen erzielen keine große öffentliche Wirkung.

Daher abschließend einige konzeptionelle Überlegungen und eine kritische Darstellung von Methoden, die nicht einzelnen Handlungsebenen (Akteuren) zuzuordnen sind.

IV-2 Entmilitarisierung und Rechtsordnung

Zivile Konfliktbearbeitung muß gegen die traditionelle Bereitschaft zur kriegerischen Gewaltanwendung durchgesetzt werden. In der Agenda für den Frieden wurden Rüstungskontrolle und die Schaffung entmilitarisierter Zonen als präventive Maßnahmen vorgeschlagen (I-1-3). Entmilitarisierung als übergreifendes Konzept muß am Bewußtsein ansetzen - der Machthaber wie der Bevölkerung. Das bedeutet Informations-, Öffentlichkeits- und Medienarbeit zum Abbau von Feindbildern und zur Verbreitung der Kenntnis der Möglichkeiten aktiver Gewaltfreiheit. Entmilitarisierung be-

deutet auch politische Überzeugungsarbeit für allgemeine Abrüstung - nicht nur in den Krisengebieten, und nicht erst dann, wenn ein Krieg droht. Die allgemeine Abrüstung und der Aufbau einer überstaatlichen Rechtsordnung zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten war letztlich das hundert Jahre alte Konzept des bürgerlichen Pazifismus.⁽²⁾

Es ist nicht gescheitert, es geriet mit zunehmenden zeitlichen Abstand von den Weltkriegen wieder in Vergessenheit. Es enthält andererseits keine Aussage über Konfliktregulierung in innerstaatlichen Konflikten und keine Vorschläge für die gewaltfreie Einmischung von Bürgergruppen.

Ein Konzept der „Entmilitarisierung“ kann glaubwürdig nur von Basisgruppen (NRO's, Friedensorganisationen) vertreten werden, nicht von Staaten

oder Staatengruppen, die ihre Macht letztlich auf Militärmacht stützen. Mit dem Aufbau und Ausbau zwischenstaatlicher Einrichtungen wie z. B. der OSZE (Vgl. Kap I) beschäftigen sich heute die Experten in Friedensforschungsinstituten. Der Zusammenhang mit der pazifistischen Utopie der allgemeinen und vollständigen Abrüstung ging aber zwischenzeitlich verloren.

Gemeinsame Sicherheit kann nicht funktionieren in einer Welt hochgerüsteter Nationalstaaten. Der Übergang „vom Recht des Stärkeren zur Stärke des Rechts“⁽³⁾ scheitert am Beharrungsvermögen des militärischen Machtdenkens. Der organisierte Pazifismus ist zu schwach, um ein überzeugendes Gesamtkonzept für Entmilitarisierung und kollektive Sicherheit, das heißt für eine OSZE ohne militärische Mittel, vorlegen oder gar durchsetzen zu können.⁽⁴⁾

Ein Bild aus der Ausstellung:
„BRD ohne Armee - Gewaltfrei handeln“.



Anmerkungen

¹⁾ Vgl. Norbert Ropers: Vgl. „Multi-Track-Diplomacy“ in: Präventive Diplomatie, Wissenschaft und Frieden 4/95

²⁾ Guido Grünewald: Nieder die Waffen! Hundert Jahre Deutsche Friedensgesellschaft. Bremen 1992 (Donat Verlag) Bezug über Helmut-Michael-Vogel Bildungswerk.

³⁾ Unter diesem Leitmotiv veröffentlichte das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) eine Reihe von Studien, zuletzt

unter dem Titel „Europäische Sicherheitsgemeinschaft“ ein Modell für Sicherheit in Europa. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995.

⁴⁾ DFG-VK Baden-Württemberg: „Pazifistisches Thesenpapier“, Stuttgart 1996, Bezug: Pazifix.

IV-3 Prävention durch Frühwarnung

Im Oktober 1992 wies International Alert (Vgl. II-2-1) darauf hin, daß sich in Tschetschenien ein außerordentlich brisanter Konflikt aufbaut.⁽⁵⁾

Wer hätte darauf hin was tun können oder sollen? Die Unabhängigkeitsbestrebungen in Tschetschenien werden als inneres Problem Rußlands betrachtet. Rußland als Mitglied im Sicherheitsrat hätte durch ein Veto Maßnahmen der Vereinten Nationen verhindern können. Was nützt die Frühwarnung, wenn es die Öffentlichkeit nicht interessiert, die Politik andere Interessen verfolgt, die informierten FriedensforscherInnen keinen politischen Einfluß haben... und eine internationale, handlungsfähige Friedensorganisation, die gewaltfrei vor Ort eingreifen kann, nicht existiert?

Das gleiche gilt in Bezug auf den Golfkrieg: Die Golfregion war über Jahre hinweg die Region, in die die meisten Waffen geliefert wurden. Etwa 200 Publikationen der Friedens- und Konfliktforschung haben auf die gefährliche und instabile Lage hingewiesen.⁽⁶⁾

Die Unterstützung des Irak als Gegengewicht zum ungeliebten Iran war für die Politik der westlichen Großmächte wichtiger.

Ein weiteres, noch aktuelles Beispiel: Die bosnische Regierung wies in der zweiten Jahreshälfte 1991 mehrfach darauf hin, daß eine Anerkennung Sloweniens und Kroatiens unweigerlich zu einem Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina führen würde.⁽⁷⁾

Die Bundesrepublik Deutschland hat als erste diese Staaten anerkannt und in der Europäischen Gemeinschaft für die Anerkennung Bosniens Druck gemacht. Die bosnischen Serben haben vor der Abstimmung über die Unabhängigkeit Bosnien-Herzegowinas ganz deutlich gewarnt, daß es Krieg geben werde, wenn Bosnien gegen ihren Willen unabhängig wird (das könnte man auch als Drohung bezeichnen).⁽⁸⁾

Die Warnung war ausgesprochen - was ist geschehen?

Kommentar

Der Aufbau von Datenbanken und Informationsstellen über Konflikte reicht zur Verhinderung von Kriegen nicht aus. Kriegsverhütung durch Frühwarnung setzt voraus, daß eine interessierte Öffentlichkeit bzw. eine Friedenslobby vorhanden sei, die die Politik beeinflussen kann, so daß im Falle einer Warnung tatsächlich die vorhandenen Instrumente genutzt werden.

Anmerkungen

⁵⁾ Norbert Ropers, s.o. in Wissenschaft und Frieden 4/95

⁶⁾ Karl-Heinz Koppe in ami 12/95

⁷⁾ Norbert Ropers, s.o. Der Spiegel, Nr. 29/1991, schrieb: „Ganz Südosteuropa ist ein Pulverfaß, das ein einziger Funke, eine völkerrechtlich anerkannte territoriale Neugliederung, zur Explosion bringen könnte“ (S. 125)
⁸⁾ Z.B. in: Probleme des Friedens 4/1994: Bosnien-Herzegowina. Die Chancen für eine gerechte Lösung. Hg. Pax Christi, Idstein 1994.

IV-4 Gewaltfreiheit

Gewaltfreiheit im Sinne einer weltanschaulichen Orientierung ist mehr als der Verzicht auf Gewaltanwendung. Während der passive Verzicht auf Gewalt allgemein anerkannt und weitgehend praktiziert wird (im Sinne von gesellschaftspolitischer Passivität), zielt aktive Gewaltfreiheit auf eine gerechte Gesellschaft ohne Herrschaft und Unterdrückung. Verletzende und tödende Gewalt zur Lösung von Konflikten wird deshalb abgelehnt, weil sich Ziel und Mittel entsprechen müssen. Gewaltfreiheit ist also mehr als eine Verhandlungstaktik oder ein Mechanismus zur Konfliktbearbeitung.⁽⁹⁾

Aktive Gewaltfreiheit setzt nicht notwendig bei kriegerischen Konflikten an, aber viele gewaltfreie Gruppen beschäftigen sich damit. Die gewaltfreien Aktionen richten sich entweder an die „Graswurzelebene“ (die BürgerInnen), an die mittlere Ebene (lokale Führer, Verwaltung), oder an die politische Führung. Sie zielen entweder darauf,

a) die Konfliktparteien zu trennen (dissoziativ),

oder,

b) die gemeinsame Konfliktbearbeitung zu unterstützen (assoziativ). (Vgl. die Beispiele in Kap.II)

Zu a):

- Gruppen von Freiwilligen begeben sich zwischen die Fronten, um einen Waffenstillstand herbeizuführen.
- Bedrohte Personen werden begleitet, um sie vor Verhaftung oder Anschlägen zu schützen.
- Anwesenheit in einem Kriegsgeschehen, um konkrete Situationen, z. B. eine Demonstration, zu beobachten; Information der internationalen Öffentlichkeit.
- Gewaltfreie Aktionen, symbolisch oder durch körperlichen Widerstand, um einen Konflikt zu eskalieren und politische Beachtung zu erreichen.
- Embargo gegen eine kriegführende Partei - nicht gegen die Bevölkerung.

Zu b):

- Aufklärung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung in einem Krisengebiet, z.B. zur Entkräftung von Gerüchten.
- Förderung der Antikriegskräfte, materiell und ideell. Erarbeitung und Aufzeigen von Zukunftsperspektiven für Opfer und Täter.
- Vermittlung zwischen Konfliktparteien auf dem Grundsatz der Nichtparteilichkeit.
- Allen Parteien den Zugang zu vorhandenen zivilen und internationalen Einrichtungen (z. B. ein Schiedsgericht, Beauftragter für

Minderheiten) ermöglichen.

- Versöhnung, Aufklärung und Aufarbeitung der Kriegsgeschichte (z.B. die Wahrheitskommissionen in Südafrika).
- Betreuung von Flüchtlingen und Opfern der Gewalt.
- Humanitäre Hilfe, Beitrag zum Wiederaufbau.⁽¹⁰⁾

Kommentar

Die Idee, einen Krieg durch gewaltfreies Eingreifen zu stoppen, wurde immer wieder neu erfunden und scheiterte immer an denselben Hindernissen: Die gewaltfreie „Friedensarmee“ kommt gar nicht dahin, wo sie will, weil sie nicht gegen den Willen einer Polizei- oder Militärmacht „einmarschieren“ kann. In den inneren religiösen und ethnischen Auseinandersetzungen in Indien war die Friedensarmee als Teil der Bevölkerung schon in den Städten und Dörfern anwesend. Im Krieg oder Bürgerkrieg ist der Zugang zum Kampfgebiet gegen den Willen der Kriegspartei, die das Territorium kontrolliert, nicht möglich. Oder es gibt diese Fronten erst gar nicht, in einem Krieg, der von Guerilla-Überfällen, Terror, Heckenschützen oder Todesschwadronen gekennzeichnet ist.

Der gewaltfreie Unabhängigkeitskampf Gandhis hat die öffentliche Meinung in Großbritannien und die Kosten-Nutzen-Kalküle der herrschenden Führungselite der Kolonialmacht beeinflusst- so wurde Indien in die Unabhängigkeit „entlassen“.

Auf den moralischen Appell an die „Werkzeuge“ des Aggressors und auf die Beeinflussbarkeit des politischen

Willens einer rational handelnden politischen Führung baut auch die Konzeption der sozialen Verteidigung. Nicht ein Territorium kann verteidigt werden, sondern eine Gesellschaft, eine Lebensform. Sie setzt voraus, daß der einzelne Soldat, oder wer immer die Besatzungsmacht vertritt, keine persönlichen Haß- und Rachegefühle gegen einen gewaltfreien Verteidiger hegt, sondern bestenfalls und zunächst der Propaganda seiner Regierung glaubt.

In einem solchen Umfeld kann der „moralische Appell“ der gewaltfreien Aktion zum Tragen kommen, der dem Unterdrücker bzw. seinem Personal die Unrechtmäßigkeit ihres Verhaltens vor Augen führt. Soziale Verteidigung setzt also auch darauf, daß eine überschaubare Konfrontation stattfindet, in der der Dialog und damit Lernen und Verhaltensänderungen möglich sind.

In den aktuellen Bürgerkriegen ist das bedauerlicherweise alles anders. Entweder es gibt die offene Konfrontation nicht - s. o. - oder die Parteien sind emotional aufgeheizt, aufgehetzt, von Vorurteilen, Wut, Rache und Feindbildern geleitet. Eine Gruppe von gewaltfreien Menschen zwischen den Fronten eines heißen Krieges ist automatisch als Agent des Gegners zu betrachten und damit ist die Rechtfertigung gegeben, sie aufzuhalten und notfalls auszuschalten. Gewaltfreie Methoden können der Selbstverteidigung einer Gesellschaft oder der sozialen Veränderung dienen. Sie können bewaffnete Kriegsparteien nicht physisch aufhalten. Gewaltfreie Aktionen können also nur auf den politischen Willen von Kriegsparteien

wirken, um die politischen und ökonomischen Kosten einer militärischen Politik zu erhöhen.

Konsequenterweise haben sich gewaltfreie Aktionsgruppen auf die Konfliktbearbeitung vor bzw. nach einem Krieg konzentriert (Vgl. Kap. II-3). Gewaltfreie Aktionsgruppen brauchen eine internationale „Friedenslobby“ und die Solidarität einer interessierten Öffentlichkeit.

Anmerkungen

⁹⁾ Diese Vorbemerkung scheint mir notwendig, weil die Idee der Gewaltfreiheit keineswegs weit verbreitet ist, und diese Grundsätze aus den praktischen Beispielen nicht zwingend deutlich werden. Darüberhinaus ist anzumerken, daß unterschiedliche gewaltfreie Gruppen ihre Grundsätze unterschiedlich formulieren und darstellen.

¹⁰⁾ Diese Darstellung lehnt sich an an: Jörg Rohwedder: Gewaltfreiheit in Kriegs- und Krisengebieten. Erschienen in dem Buch: Gewaltfreies Handeln gegen den Krieg. Menschenrechts- und Versöhnungsarbeit in Sri Lanka. Verlag Weber, Zucht und Co, Bezug über: Kurve Wustrow, siehe Adressen. Weitere Quellen zum Thema: Hagen Berndt: Gewaltfreier Widerstand, aktive Gewaltfreiheit in politischen Konflikten. Flugblatt, Wustrow o.J., s.o.

Karl-Heinz Bittl-Drempetic: Gewaltfrei Handeln, München 1993.

Johan Galtung: Anders verteidigen, Reinbek 1992.

IV-5 Konfliktregulierung

Mit der Verhinderung der kriegerischen Austragung bzw. mit der Beendigung eines Krieges durch einen Waffenstillstand ist der eigentliche Konflikt noch unerledigt. Wäh-

rend für die Streitbeilegung zwischen Staaten (Vgl. I-1) Institutionen vorhanden sind, braucht es Konzepte für Zivilisierung und Konfliktregulierung in innerstaatlichen bzw. gesellschaftlichen Konflikten. Diese Konzepte sind auch mehr als die gewaltfreien Methoden der Konfliktbearbeitung. Konfliktregulierung zielt auf dauerhafte, demokratisch legitimierte gesellschaftliche Institutionen und Strukturen zur Einhegung und zivilen Austragung von Konflikten.

Das Streben nach Eigenstaatlichkeit oder Autonomie einer nationalen bzw. ethnischen Minderheit einerseits, gegenüber den Machtinteressen einer Zentralregierung andererseits, ist die wichtigste Konfliktformation der Gegenwart (ethno-politische oder ethno-nationale Konflikte). Neben den bestehenden 190 Staaten gibt es 170 ethnische Gruppen ohne einen eigenen Staat.⁽¹¹⁾

Es gibt keine Regelungen im Völkerrecht, wie und unter welchen Umständen eine Volksgruppe zu einem eigenen Staat kommt. Die UN-Charta erwähnt immer wieder die Durchsetzung der Menschenrechte als Bezugspunkt. Die Einhaltung der Menschenrechte und der Aufbau demokratischer Strukturen, zur Artikulation und Durchsetzung von Interessen einer ethnischen/nationalen Minderheit sind Grundvoraussetzungen für eine friedliche Konfliktbewältigung. In der Konfliktforschung werden „Machtteilungskonzepte“ diskutiert, die den Minderheiten mehr Rechte einräumen, die eigene Sprache und Identität garantieren und den Zentralstaat als solchen nicht antasten.⁽¹²⁾

Ein Autonomiestatus für die Regionen, in denen die Minderheit die Mehrheit stellt und föderale und dezentrale politische Strukturen mit weitgehender Selbstverwaltung können die Interessen einer ethnischen Minderheit respektieren (Vgl. Baskenland, Südtirol und andere Regionen in Europa).

Leider reicht es nicht, politische und demokratische Strukturen vorzuschlagen, wenn das Verhältnis zwischen Bevölkerungsgruppen auch durch ungleiche Verteilung von Macht, Einfluß und Wohlstand gekennzeichnet ist und durch jahrzehntelange teils gewalttätige Auseinandersetzungen belastet ist.⁽¹³⁾

Zur Entwicklung demokratischer Strukturen muß also die Erarbeitung sozialer Gerechtigkeit und eine Veränderung der gesamten Verhaltens- und Umgangsweisen zwischen den Bevölkerungsgruppen kommen. Es ist wohl unmittelbar einleuchtend, daß eine solche massive Einmischung in fremde Gesellschaften nur auf der Ebene der Partnerschaft zwischen NRO's erfolgen kann, als Angebot, zu helfen und zu vermitteln (Vgl. II-3).

Kommentar

Die oben erwähnten Beispiele Tschetschenien und Bosnien-Herzegowina zeigen den willkürlichen Umgang der Regierungen mit den Bestrebungen nach Eigenstaatlichkeit. Während Tschetschenien als Teil Rußlands betrachtet wird, wird im anderen Fall die schnelle Anerkennung eines neuen Staates betrieben; im Fall des kurdischen Volkes wird eine ebenfalls militante Autonomie-

bewegung mit Terrorismus gleichgesetzt. Die Bundesregierung wird ihre guten machtpolitischen Gründe haben, sich einmal so und das andere mal so zu verhalten; vom Standpunkt der Gewaltfreiheit her gibt es keinen Grund, den militanten bewaffneten Weg zum eigenen Nationalstaat zu unterstützen.

Anmerkungen

⁹⁾ Vgl. die Agenda für den Frieden, Pkt 17, Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1992.

¹⁰⁾ Christiane Rix und Norbert Ropers in: Machtteilungskonzepte - Mittel zur friedlichen Konfliktbearbeitung, in: Wissenschaft und Frieden 1/97.

¹¹⁾ Vgl. u.a. Norbert Ropers: Präventive Diplomatie, in: Wissenschaft und Frieden, 4/95. Allgemeiner: Christian P. Scherrer: Selbstbestimmung statt Fremdherrschaft. In: Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995.

IV-6 Vermittlung

Das englische Wort „mediation“ bedeutet wörtlich „Vermittlung“. Vermittlung in Streitfällen ist ein klassisches Instrument, um in politische Konflikte einzugreifen. Im Zusammenhang mit ziviler Konfliktbearbeitung begegnet uns „Vermittlung“ im klassischen, im weiten Sinne, aber auch im Sinne von „Mediation“, einem strukturierten und moderierten Gespräch zwischen Konfliktparteien.

Das Instrument der Vermittlung kann sowohl präventiv als auch während einer Krise oder eines Krieges eingesetzt werden. Vermittler kann eine Regierung eines Staates sein, eine

prominente Persönlichkeit oder ein Kirchenmann. Nirgendwo ist definiert, was Vermittlung im internationalen Bereich bedeutet. Der Präsident von Peru vermittelt im Krieg um die Falkland-Inseln zwischen Großbritannien und Argentinien, die algerische Regierung vermittelt in der Geisels-Affäre zwischen Iran und den USA, die USA vermitteln in Camp David einen Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel, die russische Regierung vermittelt in Gebietskonflikten in Georgien. Diese wenigen Beispiele sollen andeuten, welches breite Spektrum unter „Vermittlung“ fällt. Klar ist nur soviel: Es gibt zwei Konfliktparteien, die selber nicht mehr weiter kommen, und es gibt einen dritten von außen, der eben vermittelt. Diese Vermittlung kann sich auf die Unterstützung der Kommunikation zwischen den Streithähnen beziehen, sie kann sich auf Verfahrensfragen beziehen, sie kann neutral sein, oder sie kann mit „Zuckerbrot und Peitsche“ Einfluß nehmen zugunsten einer Regelung.

Die USA waren der aktivste Nationalstaat auf diesem Feld und die Beispiele ihrer „Vermittlungstätigkeit“ zeigen einen fließenden Übergang vom Angebot „guter Dienste“ bis zur Androhung oder Durchsetzung wirtschaftlicher Sanktionen (Welpolizei ohne Polizeiaufgabengesetz). Die „Vermittlung“ der USA z. B. im Nahostkonflikt bedeutet die Verfolgung von Machtinteressen mit nicht-kriegerischen Mitteln, sie ist aber von der militärischen Einflußnahme nicht zu trennen.

Die Forschung über Vermittlung bzw. Mediation (die Begriffe werden oft austauschbar verwendet) steht noch

am Anfang, so daß auch gar nicht klar ist, wann überhaupt Mediation stattgefunden hat und ob vergleichbare Fälle untersucht werden. Dementsprechend ist es auch schwer zu beurteilen, unter welchen Bedingungen eine Vermittlung erfolgreich war, bzw. wie Vermittlung in Zukunft erfolgreich sein kann.

IV-6-1 Vermittlung durch Staaten

Ein einsames Beispiel für gelungene Vermittlung durch einen Staat ist das „Gaza-Jericho-Abkommen“. Nach einer Reihe von blutigen Kriegen und jahrelangen erfolglosen Verhandlungen kam 1993 in Norwegen ein Abkommen zwischen Israel und der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zustande. Letztere erkannte das Existenzrecht Israels an, Israel erkannte die PLO als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes an. Das Übereinkommen wurde in einer langen Reihe von vertraulichen und geheimen Verhandlungsrunden in norwegischen Landhäusern erreicht. Norwegische Wissenschaftler und Nahostexperten mit persönlichen Kontakten zu beiden Konfliktparteien hatten in Zusammenarbeit mit dem norwegischen Außenministerium die Voraussetzungen für die Gespräche organisiert. Sie standen während der Verhandlungen für persönliche Gespräche zur Verfügung, nahmen aber selber nicht an den Verhandlungen teil. In den Gesprächen unter Ausschluß der Öffentlichkeit konnten die Verhandlungsdelegationen Mißtrauen abbauen und die Positionen der Gegenseite kennenlernen.⁽¹⁴⁾

Vermittlung

Konflikte

Von allen untersuchten Konflikten (663 Konflikte im Zeitraum von 1945 bis 1995) wurden 276 ohne militärische Gewaltanwendung ausgetragen.



Vermittlung in Konflikten

In 58% aller Fälle wurde von außen vermittelt.



In 29% aller Fälle wurde durch die UNO vermittelt.

Vermittlung in kriegerischen Konflikten

...durch eine dritte Partei

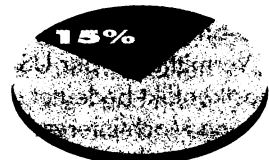


in 90% aller Fälle

...durch die UNO ...durch die USA



in 43% aller Fälle



in 15% aller Fälle

Vermittlung ist die am häufigsten angewandte Form des zivilen Eingreifens in kriegsträchtige Konflikte. Die USA treten am häufigsten als Vermittler auf und sind gleichzeitig der weltweit größte Exporteur von Waffen.⁽¹⁵⁾

Das Abkommen war die notwendige Voraussetzung für weitere offizielle Verhandlungen über die zukünftige Autonomie der Palästinenser.

In diesem Beispiel hat ein Staat die Initiative ergriffen und seine „guten Dienste“ aus einer neutralen Position heraus angeboten, ohne selber mit Vorschlägen oder gar mit Drohungen einzugreifen (Genauer betrachtet waren es zuerst ein paar Wissenschaftler mit persönlichen Kontakten!).⁽¹⁶⁾

IV-6-2 Mediation

Mediation ist ein Verfahren der Konfliktlösung im Gespräch, in dem ein „Mediator“, das ist ein unparteiischer Vermittler, anwesend ist. In einem Mediationsgespräch, das nach einer vorgegebenen Struktur abläuft und vom Mediator geleitet wird, sollen die Konfliktparteien ihre Sichtweisen darstellen und eine gemeinsame Lösung erarbeiten.

Das Verfahren der Mediation ist informell, d. h. es gibt keine gesetzlichen Regeln oder Strafandrohungen. Die Teilnahme ist strikt freiwillig. Der Ablauf wird vom Mediator vorgegeben bzw. Verfahrensfragen können auch zwischen den Beteiligten nochmals erörtert werden. Ein Verhandlungsergebnis ist erst dann bindend, wenn alle Beteiligten zugestimmt haben.

Der Mediator hilft mit, die streitenden Parteien an einen Tisch zu bringen, er sorgt für die räumlichen Voraussetzungen für das Gespräch und achtet auf die Einhaltung der vereinbarten Regeln. Der Mediator hat nicht die

Aufgabe, selber ein Urteil oder einen Schiedsspruch zu fällen. Vielmehr sollen im Gespräch die Beteiligten zur Überzeugung kommen, daß eine gemeinsame Lösung für alle von Vorteil ist. Dahinter steht die Annahme: Alle gewinnen durch eine Übereinkunft.

Im Mediationsgespräch hat jede Seite Gelegenheit, ihre Sichtweise des Konflikts darzustellen. Grundregeln für das Gespräch sind: Ausreden lassen! Keine Beleidigungen oder Handgreiflichkeiten! Der Mediator kann eingreifen, wenn es erforderlich ist.

Die KontrahentInnen sollen im Gespräch die Interessen und Wünsche, aber auch die Probleme und Gefühle der Gegenseite erfahren können. Aus dem Konflikt soll im Gespräch ein gemeinsames Problem werden, für das dann Lösungsvorschläge gesammelt werden.

Schließlich soll eine Übereinkunft erarbeitet werden, die überprüfbar sein muß und schriftlich fixiert wird. In einer Umsetzungsphase halten der Mediator und die Konfliktparteien weiter Kontakt, gegebenenfalls sind weitere Verhandlungen notwendig. Unterschiedliche Denkrichtungen von Mediation unterscheiden sich in der Aufgabenbeschreibung des Mediators - soll er nur moderieren, oder soll er auch Lösungsvorschläge einbringen.⁽¹⁷⁾

Wie kommt es zur Mediation? Ein berufsmäßiger Mediator kann von einer Konfliktpartei angesprochen werden, das dürfte die Regel sein im privaten Bereich. Im politischen Bereich kann ein Mediator aber auch

von sich aus aktiv werden und auf die Kontrahenten zugehen. Selbstverständlich kann auch ein Team von Frauen und Männern als Mediator aktiv werden- nur der Einfachheit halber wurde hier bisher nur vom „Mediator“ gesprochen. Auch eine politische Persönlichkeit, ein Staatsmann oder einfach ein bekannter und geachteter Mensch kann als Mediator auftreten.

„Voraussetzung für eine erfolgversprechende Mediation ist die Bereitschaft aller Beteiligten, aktiv an dem Gespräch teilzunehmen und nach einer einvernehmlichen Problemlösung zu suchen“.⁽¹⁷⁾

Das bedeutet selbstverständlich den Verzicht auf Gewalt und den Verzicht auf eine Überlegenheits- oder Machtposition.

„Mediation ist sowohl in persönlichen Streitfällen als auch in Gruppenkonflikten und in politischen Konflikten anwendbar“⁽¹⁹⁾ meint ein bekannter Trainer in Mediation. Weit verbreitet ist Mediation inzwischen in den USA in Ehe- und Scheidungskonflikten, auch bei Miet- und Arbeitsplatzkonflikten wird sie angewendet. Es gibt Modellversuche, Mediation im Täter-Opfer-Ausgleich einzusetzen. Mediation wurde auch benutzt bei Konflikten zwischen Bürgerinitiativen und Verwaltung wegen Straßenbauvorhaben, Müllentsorgung und Industrieprojekten. „In größeren sozialen Konflikten und im internationalen Bereich gab es schon einige erfolgreiche Beispiele für politische Mediation (sudanesischer Bürgerkrieg 1972, Camp-David-

Abkommen 1978, Miskito-Konflikt in Nicaragua 1988/89).“⁽²⁰⁾

Kommentar

Mediation wird immer wieder aufgeführt als Methode der gewaltfreien zivilen Konfliktbearbeitung. Bei genauer Betrachtung erscheint es fraglich, ob Mediation bei relevanten kriegsträchtigen Konflikten anwendbar ist. Gibt es deutlich abgrenzbare Konfliktparteien? Haben diese anerkannte und akzeptierte VertreterInnen? Sind diese in der Lage, getroffene Vereinbarungen auch durchzusetzen? Gibt es den Willen zur Beteiligung am Mediationsverfahren, bzw. wie ist dieser herzustellen?

Mediation setzt die Bereitschaft der Konfliktparteien voraus, auf Gewalt und Machtpositionen zu verzichten. Mediation in persönlichen oder innergesellschaftlichen Konflikten findet in der Regel in einem rechtsstaatlichen Rahmen statt, d.h. die Beteiligung an der Mediation ist die vernünftiger Alternative zu einem unkalkulierbar teuren Gerichtsverfahren oder gar zu einem Rückgriff auf Gewalt. Genau dieser Rahmen ist ja in Kriegs- und Bürgerkriegssituationen nicht gegeben, solange jeder Kriegspartei der Rückgriff auf militärische Gewalt offensteht.

Wie bringt man also den stärkeren dazu, sich an der Mediation zu beteiligen? Durch „Zuckerbrot und Peitsche“, notfalls durch Drohung mit militärischer Gewalt, würden die einen sagen - durch gewaltfreien Widerstand und durch gewaltfreie Aktion, die anderen. VertreterInnen bzw. FührerInnen von Konfliktparteien

vertreten „höhere Werte“ (Nation, Religion, Freiheit und dergleichen), nicht ihre persönlichen Interessen, und verhalten sich daher anders als Menschen, die ihre eigenen Probleme klären wollen. Darüberhinaus ist es fraglich und bisher wenig erforscht, ob die „westliche“ (angelsächsische) Denkweise, die hinter dem Konzept der Mediation steht, auf Konflikte in anderen Kulturkreisen bzw. auf Konflikte zwischen unterschiedlichen Kulturen übertragbar ist. Diese Denkweise geht ja davon aus, daß es möglich ist, einen Konflikt zu definieren und auf ein Sachproblem einzugrenzen.⁽²¹⁾

Anmerkungen

¹⁴⁾ Nach: Soft Power, S. 183 ff; Bernhard J. Trautner: Sanfte Vermittlung auf dem Nebengleis: Das Gaza-Jericho-Abkommen. Jahrbuch Frieden 1995.

¹⁵⁾ Quelle zum Schaubild: Zahlen auf der Grundlage der Datenbank des Heidelberger Instituts für internationale Konfliktforschung, ergänzt durch die Listen von T. R. Gurr (1995) und von Klaus Schlichte von der Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (1996), zitiert nach: Frieden statt Krieg. Gelungene Aktionen der Friedenserhaltung und der Friedenssicherung 1945 bis 1995, von Volker Matthies, Christoph Rohloff und Sabine Klotz, in: Interdependenz Nr 21, Materialien der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1996.

¹⁶⁾ Wolfram Rittmeyer: Vermittlungsaktionen in kriegerischen Konflikten. In: ami 12 / 95, S. 37 ff. Vgl. auch: Die Vermittlungstätigkeit der Supermächte; in: Peter Billing: Zuckerbrot und Peitsche. Vermittlungsaktionen der Supermächte in internationalen Konflikten. In: Friedliche Konfliktbearbeitung. Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995.

Wolfram Rittmeyer a.a.O. 103, verschiedene Taktiken und Methoden der Mediation. Jacob Bercovitch: Mediation in der Staatenwelt, in: Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995. Frieden statt Krieg. Interdependenz- Materialien der Stiftung Entwicklung und Frieden, Nr: 21, Bonn 1996, S. 32

¹⁷⁾ soft power, Tübingen 1996 S. 178.

¹⁸⁾ Christoph Besemer, Mediation. Karlsruhe, Königfeld oder Freiburg 1993, S. 16. Bezug: Pazifix Materialvertrieb, Alberichstr. 9, 76185 Karlsruhe.

¹⁹⁾ Besemer, s.o., S. 21.

²⁰⁾ Besemer, s.o., S.21

²¹⁾ dazu Norbert Ropers: Interkulturelle Konfliktbearbeitung, Dossier No 21 von „Wissenschaft und Frieden“, (Vierteljahrszeitschrift) No 4/95.

**Trainings und Ausbildung in Mediation
bietet die Werkstatt für gewaltfreie
Aktion, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg,
Tel. 06221-16 19 78, an.**

V Was tun?

V-I Forschungsbedarf - Vermittlungsbedarf

Für diese Broschüre konnte mit Sicherheit nicht alles berücksichtigt werden, was zum Thema geforscht und publiziert wurde. Selbstverständlich ist für Konzepte und Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung von Bedeutung, welche Vorstellungen von Konflikt und seinen Ursachen zugrundeliegen. Friedensgruppen entwickeln ihre Ideen und Aktionen oft spontan, aus der Situation heraus, ohne Kenntnis von Geschichte und Theorie (Vgl. Kap.II).

Die Vermittlung und Aufbereitung der Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung hinkt der Forschung immer hinterher, diese hinkt der Realität hinterher. Es ist nicht möglich, all das zu lesen und zu verarbeiten, was hierzulande laufend geschrieben und veröffentlicht wird. Es gibt keine Institutionen und keine Mittel für die allgemeinverständliche bzw. zielgruppenspezifische und mediale Aufbereitung für Schule, Bildungsarbeit und für ein interessiertes, aber wissenschaftlich nicht vorgebildetes Publikum. Die landläufige Auffassung von Konflikt und seinen Ursachen, mit der FriedensaktivistInnen auf der Straße konfrontiert werden, ist weit entfernt vom differenzierten Verständnis in der Forschung.

Wie fließen andererseits Fragestellungen aus der Praxis der Friedensarbeit

in die Forschung ein? Z. B.: Welche Bedingungen fördern gewaltfreien gesellschaftlichen Wandel? Wie entstehen die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen für gewaltfreies Eingreifen? (z. B. der Friedensbrigaden in El Salvador und Guatemala nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg) Welche Faktoren haben die Parole „Keine Gewalt“ des Wendjahres 1989 hervorgebracht, die eine unblutige Veränderung in Europa bewirkte? Welchen Anteil hatte die Ausstrahlung der Friedensbewegung der 80er Jahre in beiden Teilen Deutschlands?

Darüberhinaus: Welche Konzepte zivilen Eingreifens sind vorstellbar? Welche Methoden und Instrumente könnten entwickelt werden, wenn die kreativen Fähigkeiten von Friedensorganisationen mit den Mitteln von zwischenstaatlichen Einrichtungen kombiniert werden könnten?

Solche Forschung gewinnt erst praktische Bedeutung, wenn die allgemeinverständliche Aufbereitung und die Verbreitung in Bildung, Öffentlichkeit und Politik mitgedacht und mitgefördert wird. Das ist die Voraussetzung, daß der politische Wille entsteht, für solche Konzepte Mittel zur Verfügung zu stellen, für sie auszubilden und sie zu erproben.

Die Vermittlung selbst müßte Gegenstand der Forschung werden: Warum glauben die Menschen an militärische Konfliktlösung? Warum glauben sie, Frieden schaffen mit Waffen sei möglich? Andererseits: Welche Ansatzpunkte in den Erfahrungen, Überzeugungen und Meinungen der Bürger-

Innen hierzulande gibt es, um sie für die Unterstützung ziviler Konzepte zu gewinnen? Damit beschäftigt sich die Friedensforschung nicht, und auf den Tagungen der Friedensbewegungen diskutiert man über Globalisierung, Militarisierung, Kapitalstrategien und Machtinteressen usw. Auch das ohne erkennbare praktische Folgen.

V-II Zivil Handeln - für zivile Konflikt- bearbeitung

Den HerausgeberInnen dieser Broschüre geht es um tatsächliche Veränderung, um konkrete Schritte auf dem Weg zu einer Welt ohne Krieg. Die Kenntnis von Konzepten der zivilen Konfliktbearbeitung ist notwendig, aber nicht hinreichend, um Politik zu verändern. Es reicht nicht aus, das bessere Konzept zu haben. Aus der Sicht der Friedensbewegung war es schon immer das bessere Konzept, Probleme durch Verhandlungen zu klären, statt aufzurüsten bzw. Waffen zu liefern, war es schon immer die bessere Idee, abzurüsten und kollektive Sicherheit aufzubauen, war es schon immer das bessere Konzept, sich notfalls gewaltfrei zu verteidigen.

Es genügt nicht, den erfolglosen Versuchen militärischer Konfliktlösung „das bessere Konzept“ der zivilen Konfliktbearbeitung gegenüberzustellen. Militär war und ist ein Instrument der Machtpolitik, nicht der Konfliktbearbeitung. Freilich beruht die Zustimmung der Mehrheit der Bevölke-

rung auf der Annahme, daß Militär ein Instrument für den Erhalt von Frieden und Sicherheit sei. Viele Menschen fragen ernsthaft: „Wie kann man Frieden schaffen, wenn nicht in manchen Fällen eben doch mit Militär?“

Die Verbreitung und Vermittlung der Kenntnis ziviler Methoden und der Erfahrungen mit ihrer Anwendung ist wichtig, um die Zustimmung dieser BürgerInnen für die Abschaffung der Armeen zu bekommen und zu bestärken. Die Kenntnis ziviler Methoden kann das Argument, Militär sei ein notwendiges Übel, entkräften. Zivile Konfliktbearbeitung wird sich nur in dem Maße durchsetzen lassen, wie die Zustimmung zu militärischen Mitteln abnimmt. Das betrifft alle Krisen und kriegsträchtigen Konflikte. Aber zivile Konfliktbearbeitung ist nicht das Problem von irgendwelchen Staaten in der dritten Welt oder auf dem Balkan, wohin wir, die aufgeklärten und vernünftigen Bürger, ein paar Experten hinschicken, um „de-nen da“ zu zeigen, wie mensch ohne Gemetzel und Massaker auskommt. Gleichzeitig wollen wir hier, die Bundesrepublik Deutschland, keineswegs auf unser Militär verzichten.

Im Kapitel I wurde deutlich gemacht, daß der Vorrang der Militärpolitik die Entwicklung der UNO und der OSZE blockiert. Die Regierung der BRD ist im Einklang mit den Regierungen der übrigen Staaten der NATO für diese Politik verantwortlich. Um diese Politik verändern zu können, bedarf es der Auseinandersetzung über „zivil“ oder „militärisch“ hier und jetzt in der Bundesrepublik Deutschland, um den

politischen Willen für zivile Methoden herzustellen. Erst dann werden sich politische und finanzielle Prioritäten verändern und Finanzmittel bereitgestellt werden.

Die Frage lautet: Wie erreicht die Friedensbewegung diese gesellschaftliche Auseinandersetzung? Indem sie den Gegensatz zwischen militärischen Mitteln und zivilen Mitteln aufzeigt: Zivile Konfliktbearbeitung setzt auf Interessensausgleich zwischen Menschen und auf fairen gleichberechtigten Umgang miteinander. Wer an wirtschaftlichen und politischen Machtinteressen festhält, muß auch weiterhin seine Handelswege und seine Rohstoffversorgung mit militärischen Mitteln sichern.

Die Geschichte der Friedensdiskussion zeigt auch, daß die oben angesprochenen Konzepte weder die Massen mobilisieren, noch die Politik beeinflussen.⁽¹⁾

Der „zivile Friedensdienst“ z. B. ist bisher nur in einem kleinen Kreis in der Friedensbewegung bekannt, und wenn z. B. Bündnis90/Die Grünen vernünftige Initiativen zur Entwicklung der OSZE in den Bundestag einbringen, dann interessiert das niemanden; wenn in einem Programmentwurf über die Auflösung der NATO und der Bundeswehr nachgedacht wird, dann blasen sich viele auf, die sich ihr Spielzeug nicht nehmen lassen wollen.

Es braucht also einen Ansatzpunkt für Öffentlichkeitsarbeit, konkrete Impulse, um eine Auseinandersetzung zu provozieren und zum Nachdenken anzuregen, um überhaupt Interesse

für zivile Konzepte zu erreichen. Bewußtseinsbildung und Öffentlichkeitsarbeit ist auch eine gewaltfreie Aktion - sie ist nicht so spektakulär wie die symbolische Aktion an einem Bauzaun, die Blockade einer großen gelben Restmülltonne, oder der show-down auf einer Bohrinsel in der Nordsee. Die Phase der Bewußtseinsbildung ist gleichwohl die notwendige Bedingung für spätere spektakuläre, medienwirksame Aktionen. Um aber überhaupt Impulse für eine öffentliche Diskussion setzen zu können, bedarf es Strukturen und Finanzen, Organisationen als Mittel zum Zweck der Aufklärungsarbeit.

Die „Friedensbewegung“ tritt meist dann größer in Erscheinung, wenn irgendwo ein Krieg stattfindet mit deutscher Beteiligung „Hallo, äh, da sind wir jetzt dagegen, irgendwie...“ oder wenn gefährliche Dinge vor die Haustür gestellt werden (Protestbewegung gegen Atomraketen). Nun reicht es offensichtlich nicht aus, dann „gegen den Krieg zu sein“, wenn es wieder irgendwo kracht. Viele der NRO's, die in dieser Broschüre erwähnt wurden (Kap. II), und die Friedensorganisationen, die diese Broschüre finanziert und herausgegeben haben, sind letztlich entstanden aus der Empörung und dem Entsetzen über das Verbrechen des Krieges. Sie sind Bürgerinitiativen für den Frieden. Das Interesse am Frieden muß ständig politisch vertreten werden - aber es reicht nicht „für den Frieden zu sein“. „Für den Frieden“ sind auch diejenigen, die nur ihre Macht erhalten wollen. Der Friedenswille muß sich in konkreten politischen Forderungen ausdrücken.

Handlungsmöglichkeiten

Gespräch

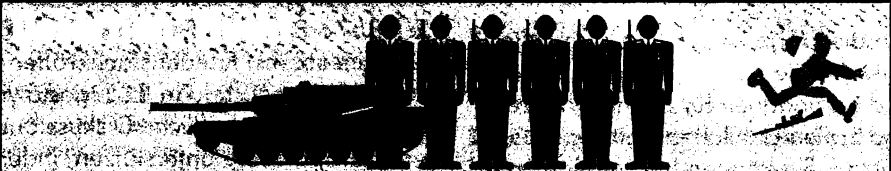


Ziviles Handeln ist jederzeit erforderlich, um Kriege zu verhindern und zivile Konfliktbearbeitung durchzusetzen. Es muß auf das Verhalten von Regierungen und auf die Stärkung der Friedensorganisationen zielen.

Meinungsbildung, Organisation



Meist reagieren die Menschen erst auf Krisen und Krieg, wenn sie unmittelbar betroffen sind.



Diese können letztlich nur durchgesetzt werden, wenn der Wille zum Frieden organisiert und als Interessensgruppe in Erscheinung tritt - als Lobby und Interessenvertretung wie der ADAC, die Bauernverbände oder die Gewerkschaften.

Auf die Frage: „Was tun, um zivile Konfliktbearbeitung politisch zu verwirklichen?“ eine erste Antwort: Die Organisationen, Initiativen und Verbände unterstützen, die Abrüstung fordern, die die militärischen Mittel ablehnen und die die zivilen Mittel fordern und erproben.⁽²⁾

Anmerkungen

¹⁾ Dies ist auch eine Erfahrung aus der über zwanzigjährigen Arbeit der AGFP: „Alternative Sicherheitskonzepte“ - „soziale Verteidigung“, „Defensivkonzept“, „Gemeinsame Sicherheit“, präsentiert in der Ausstellung „Schreck' lass nach“ (1986) erzielten weniger Resonanz als die emotionale und provokative Ausstellung „Es ist so schön Soldat zu sein...“ (1977)

²⁾ Sie können gerne auch eine neue Organisation gründen, wir beraten Sie gerne dabei, wenn Sie uns verraten, woher Sie das Geld dafür nehmen wollen.

V-III Projekte mit Ausstrahlung

Auf die Frage „was tun“ eine zweite Antwort: Sie können einzelne Projekte und Kampagnen für Entmilitarisierung und zivile Konfliktbearbeitung unterstützen. Sie können Informationsmaterialien bestellen und weitergeben. Um Impulse für eine andere Wahrnehmung und Bewertung des Militärs zu schaffen, müssen immer mehr Menschen Erfahrungen mit gewaltfreier Konfliktregelung im Alltag ma-

chen, müssen konkrete anschauliche Projekte der zivilen Konfliktbearbeitung bekannt gemacht werden. Die Arbeit der NRO's, die solche Arbeit betreiben, scheitert häufig am Geldmangel, meist reichen die Mittel nicht aus, die geleistete Arbeit zu dokumentieren, aufzubereiten und medienwirksam darzustellen. Sie können konkret durch Spenden unterstützt werden.



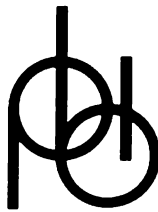
forum ZFD **Ziviler Friedensdienst**

Postfach 2304, 32380 Minden
Tel. 8571-850779, Fax 0571-23019
Der Einsatz von Friedensfachkräften zum Friedensaufbau in Ex-Jugoslawien kann gesellschaftliche Diskussions- und Lernprozesse unterstützen, indem die praktischen Möglichkeiten am konkreten Beispiel deutlicher werden (Vgl. Kap.III).

Mit der in der Heftmitte eingeklebten Bestellkarte können sie mehr Informationen zum Zivilen Friedensdienst bestellen.

Peace

Brigades



International

Deutscher Zweig Chemnitzstr. 80,
22767 Hamburg, Tel 040 - 380 69
03, Fax 040-386 94 17

PBI Deutschland gibt einen vierteljährlich erscheinenden Rundbrief heraus. Er berichtet anschaulich über einzelne Projekte und Einsatzgebiete der Friedensbrigaden in aller Welt. PBI veranstaltet Info-Seminare für Interessentinnen und Trainingsseminare zu einzelnen Staaten, in denen aktuell Teams von PBI eingesetzt sind. PBI hat Kontaktgruppen in mehreren Städten Deutschlands und schickt auf Anfrage ReferentInnen. Die Arbeit von PBI wird von Spenden finanziert, Spenden sind steuerlich absetzbar.

Kto.Nr. 200105, SPK Neuwied, BLZ 574 50 20.

Bildung, Training und Begegnung

Eine Reihe unabhängiger Bildungswerke bietet Seminare und Kurse in Gewaltfreiheit, Konfliktlösung und Mediation an. Mensch kann den gewaltfreien Umgang mit Konflikten lernen und unmittelbar erfahren.

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden

Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg,
Tel/Fax 06221-16 19 78

Die Werkstatt bietet Seminare, Trainings und Workshops an zu den Themen:

- Einführung in gewaltfreies Handeln
 - Training in gewaltfreier Aktion
 - Mediation
 - Soziale Verteidigung
 - Entscheidungsfindung in Gruppen
 - Die Macht des Boykotts
 - Konflikte gewaltfrei Austragen
- Die Werkstatt gibt Publikationen zum Thema

und ein Mitteilungsblatt heraus. Sie können ein aktuelles Veranstaltungsprogramm anfordern. Die Materialien der Werkstatt sind über den „Pazifix-Materialvertrieb“ erhältlich. Spenden werden erbeten auf das Konto Nr. 227 144-756, Postbank Karlsruhe, BLZ 660 100 75, Stichwort „Zivil handeln“.

Kurve Wustrow, Bildungs- und Begegnungszentrum, für gewaltfreie Aktion e.V.

Kirchstr. 14, 29462 Wustrow,
Tel. 05843-507, Fax 05843-1405

Die „Kurve“ veranstaltet Seminare und Trainings in gewaltfreier Aktion und Konfliktlösung, für Multiplikatoren und Interessenten. Gewaltfreie Trainings werden auch in internationaler Zusammenarbeit angeboten (Türkei, Westsahara, Bosnien). Die Kurve ist beteiligt an der Ausbildung von freiwilligen Fachkräften zum Einsatz in Ex-Jugoslawien. Zusammen mit anderen Vereinen wird eine „Ausbildung zum Trainer/in in gewaltfreiem Handeln“ (berufs begleitender Kurs zur Pädagogik kreativer Konfliktbearbeitung) angeboten. Kurve Wustrow, Spendenkonto Nr. 556633-309 Postbank Hannover BLZ 250 100 30.

Veröffentlichungen der Kurve Wustrow:

Gewaltfreiheit in Krieg und bewaffnetem Konflikt. Wustrow 1997

Kleine Inseln der Menschenwürde. Kassel 1996

Gewaltfreies Handeln gegen Krieg. Kassel 1997

Aufstehen gegen Kulturen der Gewalt.

Kurve Wustrow, Bildungswerk NRW der DFG-VK, Kriegsdienstgegner Izmir, Ökologiestiftung NRW, KOMZI-Verlag 1997.

Gorleben International Peace Team. Wustrow 1997

Das Seminarhaus Deinsdorf (Oberpfalz)

Internationales Begegnungszentrum für Gewaltfreiheit, Ökologie und Völkerverständigung

Fordern Sie das aktuelle Seminarprogramm an: Deinsdorf 2, 91249 Weigendorf, Tel. 09154-946564

- Seminare an zum Themenkreis
- Abbau von Fremdenfeindlichkeit
 - Konstruktive Konfliktlösung
 - Politisches Theater
 - Ökologie und Naturerfahrung



Spenden sind steuerlich absetzbar: Verein Internationales Begegnungshaus, Kto.Nr. 190 060 137, SPK Hersbruck, BLZ 760 502 10.

Kampagnen der Friedensbewegung

Die Zeitschrift „Friedensforum“ berichtet über die Aktivitäten der Friedensbewegung und bietet ein Forum für Information und Diskussion aktueller Fragen. Sie können ein Probeheft anfordern: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn.

Kampagne gegen Rüstungsexport



Diese Kampagne ist ein Zusammenschluß von 7 christlichen Friedensorganisationen, die zusammen mit weiteren unterstützenden Organisationen ein Büro und Materialien für Informations- und Öffentlichkeitsarbeit finanzieren. Im Kampagnenbüro werden Informationen über einzelne Rüstungsprojekte, über einzelne Fälle von konkreten Waffenexporten aus Deutschland und Informationen über Krisen- und Kriegsgebiete gesammelt. Unterschriftensammlungen, Protestpostkarten, Protestfaxe, offene Briefe, Presseerklärungen, Veranstaltung von Mahnwachen, Beratung von Abgeordneten der Grünen und vieles mehr gehört zu den Arbeitsweisen der Kampagne.

Immer wieder weist das Büro der Kampagne Politik und Öffentlichkeit auf die Rolle der Bundesrepublik Deutschland hin, die mit Waffenlieferungen zur militärischen Austragung von Konflikten und zur Verletzung von Menschenrechten beiträgt. Wichtige Arbeitsbereiche sind aktuell die Unterstützung der Kampagne gegen den Eurofighter und der weltweiten Kampagne zur Ächtung und Abschaffung der Landminen. Zu diesem Thema ist bei der Kampagne eine Ausstellung mit 10 Tafeln erhältlich. Ein Rundbrief „Kampagne Aktuell“ informiert über die laufende Arbeit der Kampagne.

Kampagne gegen Rüstungsexport
Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden.
Tel. 0611-9102350, Fax 061-371838



Die Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr provoziert und löst Diskussionen aus. Sie benennt den entscheidenden Unterschied zwischen Friedenspolitik und Machtpolitik: Die Bereitschaft, Militär einzusetzen - oder darauf zu verzichten. Viele BürgerInnen erkennen unmittelbar, daß sie als SteuerzahlerInnen und WählerInnen mitverantwortlich sind. Die häufig auftauchende Frage „wie denn - ohne Militär? ...“, ist der willkommene Anlaß, um auf gewaltfreie Alternativen, Entmilitarisierung und die in dieser Broschüre beschriebenen Konzepte hinzuweisen. Die Idee zur Erarbeitung dieser Broschüre entstand aus den Diskussionen über eine „BRD ohne Armee“. Im Rahmen der Kampagne entstanden weiterhin „Impulsmaterialien“, „Einsteiger-Infos“ und kleine Broschüren zu verschiedenen Teilaspekten. Seit 1994 erscheint ein B.o.A.-Rundbrief, der über Materialien und Aktionen informiert und zur Vernetzung von interessierten Menschen beiträgt. Sie können sich an unserer selbstorganisierten Abstimmung über die Bundeswehr beteiligen, die Karte „Wählen Sie“ aus dem Einhefter in der Mitte der Broschüre ausschneiden und mehr Informationsmaterial anfordern.

Impulsausstellung „BRD ohne Armee - Gewaltfrei Handeln“

12 Tafeln zum Aufhängen, Farbmotive Format DIN A 0

Tafel 1: Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit Ein großformatiges Dokumentarfoto zeigt Kriessopfer und Kriegsfolgen.

Tafel 2: Verteidigung = Selbstzerstörung Die These der Nichtverteidigbarkeit von Industriegesellschaften wird veranschaulicht.

Tafeln 3 u. 4: Kein Frieden - durch Krieg Die These, Frieden schaffen mit Waffen sei unmöglich, wird an den Beispielen Korea, Irak, Somalia und Bosnien mit Dokumentarbildern und kurzen Texten erläutert.

Tafel 5: Abrüstung These: Die Fortsetzung des Abrüstungsprozesses in Europa kann durch einseitige Abrüstungsschritte Deutschlands beschleunigt werden.

Tafel 6: BRD ohne Armee Gründe für die völlige Abschaffung der Bundeswehr werden formuliert und Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit gezeigt.

Tafel 7: Konflikte erkennen ... These: Kriege sind zu verhindern durch vorausschauende Politik. Cartoon „Bedrohung“ (zwei gegenüberstehende mit Kanonen bestückte Häuserreihen), Reihe von Dokumentarfotos mit Anzeichen für kriegsträchtige Konflikte.

Tafel 8: ...und gemeinsam lösen These: Die OSZE ist das politische Forum für gemeinsame Sicherheit in Europa und als solche weiterzuentwickeln. Variation des Cartoons von T.7: Statt Kanonen in den Häusern ein runder Verhandlungstisch zwischen den Häusern.

Tafeln 9 u. 10: Ohne Waffen - aber nicht wehrlos Beispiele für gewaltfreie Widerstandsmethoden der Bevölkerung in Prag 1968, im zweiten Bild Grundelemente der Sozialen Verteidigung in einem Schaubild.

Tafeln 11 u. 12: Gewaltfrei ... Handeln Handlungsmöglichkeiten von Nicht-Regierungsorganisationen, die darauf abzielen, die Menschenrechte zu schützen und die gewaltfreien Strömungen in Konfliktkonstellationen zu unterstützen um gewaltfreie Lösungen zu ermöglichen. Bei jedem Handlungsaspekt sind Kontaktadressen von relevanten Organisationen zu finden.

Verleih über AGFP, siehe Bestellkarte im Umschlag. Kosten 250.- DM für die erste, plus 150.- DM für jede weitere Woche. Dazu kommen die Kosten des An- und des Rücktransports.

Projekttag zivile Konfliktbearbeitung

In Schule, Hochschule und Universität muß zivile Konfliktbearbeitung thematisiert werden. Ihre eigene Aktivität ist erforderlich! Sie Können

- Materialien der aufgeführten Einrichtungen bestellen,
- ReferentInnen einladen,
- sich anhand der angegebenen Literatur selber schlau machen,
- die Impulsausstellung bestellen und ausstellen,
- diese und andere Broschüren bestellen und weitergeben,
- mit Hilfe der angegebenen Adressen Kontakt mit der nächstgelegenen Friedensgruppe aufnehmen,
- usw....

Adressen

AG KDV im Krieg, c/o Franz Nadler, Querstr. 23, 63065 Offenbach

Amnesty international
Postfach, 53108 Bonn

Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)
Beethovenallee 4, 53173 Bonn

Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung
Altensteinstr. 48a, 14195 Berlin

B.o.A.-Agentur
c/o DFG-VK, Alte Allee 48, 81245 München

Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Bayern, Christophstr. 1, 80538 München
Bund für Soziale Verteidigung (BSV) Ringstr. 9a, 32427 Minden

Connection e. V.
Gerberstr. 5, 63065 Offenbach
Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Schwanenstr. 16, 42551 Velbert

Forum Ziviler Friedensdienst e.V.
Postfach 2304, 32380 Minden

Gandhi-Informationszentrum
Lübecker Str. 44, 10501 Berlin

Helsinki Citizen's Assembly, deutsche Sektion, Augustastr. 41, 53173 Bonn

Heinrich-Böll-Stiftung

Brückenstr. 5-11, 50667 Köln

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Leimenrode 29, 60322 Frankfurt/M.

Institut für Friedensforschung u. Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Falkenstein 1, 22587 Hamburg

Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung e.V.

Hauptstr. 35, 55491 Wahlenau

International Alert

1 Glyn Street, London SE 11 5 HT, UK

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutsche Sektion c/o Marianne Brün, Trabener Str. 41, 14193 Berlin

Kampagne "Produzieren für das Leben – Rüstungsexporte stoppen!"

Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden

Komitee f. Grundrechte u. Demokratie e.V.

Bismarckstr. 40, 50672 Köln

Kurve Wustrow Bildungs- und Begegnungsstätte für Gewaltfreie Aktion e.V.

Kirchstr. 14, 29462 Wustrow

Netzwerk Friedenskooperative

Römerstr. 88, 53111 Bonn

Ohne Rüstung Leben . Ökumenische Aktion für Frieden und Gerechtigkeit

Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart

Pax Christi, Deutsches Sekretariat

Postfach 1345, 61103 Bad Vilbel

Pazifix Materialvertrieb der DFG-VK

Baden-Württemberg

Alberichstr. 9 76185 Karlsruhe

Peace Brigades International (Internationale Friedensbrigaden)

Chemnitzstr. 80, 22767 Hamburg

Rüstungs-Informationsbüro Baden-Würtbg.

Umkircher Str. 37, 79112 Freiburg.

Seminarhaus Deinsdorf e.V., Internationales Bildungs- und Begegnungshaus,

Deinsdorf 2, 91249 Weigendorf

Verein für Friedenspädagogik e.V.

Bachgasse 22, 72070 Tübingen

Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, Geschäftsstelle in Heidelberg: Renate Wanie, Eine-Welt-Zentrum/Kulturbahnhof, Am Karlstor 1, 69117 Heidelberg

antimilitarismus-information

Eißholzstr. 11, 10781 Berlin

Der Überblick . Zeitschrift für ökumenische Begegnung und internationale Zusammenarbeit.

Quartalschrift der Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED).

Redaktion: Esplanade 14, 20354 Hamburg

Friedensforum c/o Netzwerk Friedens-

kooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn

Global Lernen. Zeitschrift für Lehrerinnen und

Lehrer. Kostenloser Bezug: Brot für die Welt,

Stafflenbergstr. 76, 70184 Stuttgart

Hamburger Vorträge am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik,

IFSH, Falkenstein 1, 22587 Hamburg

Ohne Rüstung Leben – Informationen.

Bezug: ORL, Sophienstr. 19, 70178 Stuttgart

Probleme des Friedens Vierteljahresschrift, herausgegeben von Pax Christi, Bezug: KOMZI

GmbH, Magdeburgstr. 11, 65510 Idstein

Rundbrief "Kriegsdienstverweigerung im Krieg", herausgegeben von AG KDV imKrieg

und Connection e.V., c/o Franz Nadler, Querstr. 23, 63065 Offenbach

Rundbrief der Peace Brigades International, Chemnitzstr. 80, 22767 Hamburg

Sicherheit und Frieden, Vierteljahresschrift, herausgegeben von Dieter S. Lutz, Falkenstein

1, 22587 Hamburg

Soziale Verteidigung. Rundbrief des BSV,

Bezug: BSV, Ringstr. 9a, 32427 Minden

Zivilcourage c/o DFG-VK, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert

Wissenschaft und Frieden (Vierteljahresschrift) Reutterstr. 44, 53113 Bonn

Literatur

antimilitarismus-information No 12/95

Sonderheft „**Gewaltfreie Konflikt-**

bearbeitung“ Bezug: Siehe Zeitschriften. *Besemer, Christoph: Mediation. Vermittlung in Konflikten.* Herausgegeben von der

Stiftung Gewaltfreies Leben, Königsfeld und

der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden.

Bezug: Pazifix - Bestellkarte benutzen.

Bittl-Drempetic, Karl-Heinz: Gewaltfrei

Handeln. München 1993

Bürgerdiplomaten in Bagdad 1990/91. Die

Vision einer gewaltlosen Friedensarmee.

Broschüre 71 S. Angela-Hackbarth-Verlag, St.

Georgen 1991

Büttner, Christian: Sechzig Jahre Friedens-

brigaden. Berlin 1993. Broschüre, 16 Seiten.

Zeitschriften

AFB-Info, Mitteilungen der Arbeitsstelle

Friedensforschung Bonn

Beethovenallee 4, 53173 Bonn

Bezug: Gandhi-Informationszentrum (siehe Adressen)

Büttner, Christian: Friedensbrigaden: Zivile Konfliktbearbeitung mit gewaltfreien Methoden. Broschüre, 60 Seiten. Bezug: BSV DFG-VK Baden Württemberg: **Pazifistisches Thesenpapier (Pazifismus und zivile Konfliktbearbeitung).** Bezug: Pazifix - Bestellkarte benutzen!

Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden: Die Agenda für den Frieden. Analysen und Empfehlungen des UN-Generalsekretärs. , Bonn 1993.

Die Neue NATO. Themenschwerpunkt der Vierteljahresschrift „Sicherheit und Frieden“ Nr. 3/1996. Bezug: Siehe Zeitschriften.

Gewaltfrei Menschen schützen. Dokumentation der Verleihung des Friedrich Siegmund-Schultze Förderpreises für gewaltfreies Handeln an die Peace Brigades International. Herausgegeben von der Evang. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), Bremen '96. (Brosch., 66 S. Bezug: EAK, Carl-Schurz-Str.17, 28209 Bremen.)

Dokumentation der Heinrich-Böll-Stiftung Nr. 8: „Zivile Konfliktbearbeitung und Gewaltprävention. Beiträge gesellschaftlicher Akteure zur Umsetzung der Agenda für Peace.“ Mit Beiträgen von Andreas Buro, Heike Spieker, Dieter Wellershoff, Christine Schweitzer, Evita Schmiege, Andreas Zumach u.a. Köln 1995. Bezug: Siehe Adressen.

Galtung, Johan: „Kein Zweifel: Gewaltlosigkeit funktioniert! Wirkungsweise und Aktualität gewaltlosen Widerstands.“

Herausgegeben von der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, 1995. Bezug: Pazifix - Bestellkarte benutzen!

Gugel, Günther/Jäger, Uli: Gewalt muß nicht sein. Verein für Friedenspädagogik, Tübingen 1994. Bezug siehe Adressen.

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg: Die Europäische Sicherheitsgemeinschaft. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995.

Jaberg, Sabine: Nichtmilitärische Konfliktbearbeitung. Möglichkeiten, Grenzen, Ansätze und Anforderungen in und für Europa. IFSH 1994.

Jahrbuch Frieden 1994, 1995, 1996.

Herausgegeben von Hanne-Margret Birckenbach, Uli Jäger und Christian Wellmann in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung. Beck Verlag.

Lünse, Dieter/Rohwedder, Jörg/Baisch, Volker: Zivilcourage. Anleitung zum kreativen Umgang mit Konflikten und Gewalt.

Agenda Verlag, Münster.

Meyer, Berthold/Müller, Harald/Schmidt, Hans-Joachim: NATO 96: Bündnis im Widerspruch. Report der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) Nr. 3/1996. Bezug: Siehe Adressen.

Netzwerk Friedenskooperative (Hrsg.):

„Hilfsprojekte für das ehemalige Jugoslawien“. Bonn o.J., Bezug siehe Adressen.

Probleme des Friedens, Politische Vierteljahresschrift von Pax Christi, Komzi Verlag: Nr. 3/1995: „...Ultima Ratio?!“ **Die Friedensbewegung im Streit um Militäreinsätze.**

Nr. 2-3/1994: „Friedens- statt Militäreinsätze. Freiwillige Friedensdienste im Aufwind“.

Nr. 4/1994: „Bosnien-Herzegowina. Die Chancen einer gerechten Lösung.

Nr. 1/1997: „Friedensbewegung u. Medien“.

Nr. 2/1997: „Die Wahrheit einer Absicht ist die Tat. Friedensfachdienste für den Süden und den Norden“.

Nr. 3/1997: „Aufstehen gegen Kulturen der Gewalt. Beispiel Türkei“.

Riedesser, Peter/Verderber, Axel: Aufrüstung der Seelen. Militärpsychologie und Militärpsychiatrie in Deutschland und Amerika. Freiburg 1985.

Rödl, Thomas: „Wieviel Frieden darfs denn sein?“ zur Geschichte der Friedensbewegung in der BRD in der Broschüre „Krieg und Frieden“, herausgegeben von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bayern, München 1995, Bezug über AGFP, Bestellkarte benutzen!

Ropers, Norbert / Deibel, Tobias (Hrsg.):

Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn 1995.

Scherrer, Christian P.: Überlegungen zu einer Neuorientierung der Friedens- und Konfliktforschung angesichts der ethno-nationalistischen Herausforderung. AFB-Texte 1/96. Bezug: Siehe Adressen.

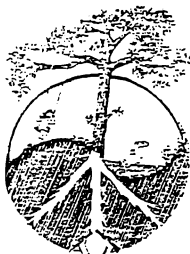
Uli Jäger: Soft Power. Wege ziviler Konfliktbearbeitung. Herausgegeben von Brot für die Welt und Verein für Friedenspädagogik, Tübingen 1996. Bezug siehe Adressen.

Vack, Klaus: Friedenspolitik mitten im Krieg. Das Exempel Jugoslawien. Herausgegeben vom Komitee für Grundrechte und Demokratie 1996. Bezug: Siehe Adressen

Zu den Herausgebern

Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk

Verein zur Förderung der Friedensarbeit und der Völkerverständigung der DFG-VK Bayern mit Sitz in München. Die Angebote des Bildungswerkes sollen theoretisch und praktisch vermitteln, wie Konflikte ohne Gewaltanwendung gelöst werden können. Dazu bietet das Bildungswerk Wochenendseminare und Abendveranstaltungen an und gibt Publikationen heraus. Das Bildungswerk ist parteipolitisch, konfessionell und finanziell unabhängig. Ein bayernweiter Förderkreis finanziert eine Halbtagsstelle und das Veranstaltungsprogramm. Mit der eingehafteten Bestellkarte können Sie weitere Informationen über die Arbeit des Vereins anfordern.



Kontakt: HMV-Bildungswerk, Alte Allee 48, 81245 München
Spenden erbitten wir auf das Konto Nr. 33 60 68 - 851 bei der Postbank Nürnberg, BLZ 760 100 85, Stichwort Zivil Handeln.

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

Zweck der Bertha-von Suttner-Stiftung ist die Förderung der Völkerverständigung, des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit. Die Stiftung fördert wissenschaftliche Publikationen, Veranstaltungen und Forschungsvorhaben mit dem Ziel, die Kenntnisse und das Verständnis für Grundlagen und Methoden gewaltfreier Konfliktaustragung zu verbreitern und zu vertiefen.

Kontakt: Bertha-von-Suttner-Stiftung c/o DFG-VK, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert.

Spenden werden erbeten auf das Konto No 817 46 07, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00, Stichwort Zivil Handeln.

Diese Broschüre entstand mit Unterstützung der **Stiftung Gewaltfreies Leben** mit Sitz in Königswald im Schwarzwald. Ziel der Stiftung ist die Erforschung und Förderung der Voraussetzungen für ein gewaltfreies Leben. Zur Lösung von Konflikten müssen Mittel entwickelt, erprobt, gelehrt und angewandt werden, die frei von Gewalt sind. Die Arbeit der Stiftung zielt auf ein „kreisfähiges Handeln“, das eine zukünftige Bewohnbarkeit der Erde gewährleisten



Stichwort Zivil Handeln.

Verlag und Kooperationspartner bei der Erarbeitung der Broschüre ist die **Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik**

Der Verein erarbeitete Materialien für die Friedenserziehung, z.B. Wanderausstellungen, Medienpakete, Broschüren und Unterrichtsmaterialien. Schwerpunkt der letzten Jahre waren die Ausstellung „Phantastische Zeiten - Frieden-Umwelt-Gerechtigkeit“, das Projekt „United Culture“ und „Schule aus - was dann“ und weitere Projekte auf kommunaler Ebene. Mit der Bestellkarte in der Umschlagrückseite können Sie Broschüren und Informationen über die AGFP bestellen.

Kontakt: AGFP, Untere Weiden Str. 12, 81543 München

Spenden werden erbeten auf das Konto Nr. 234 34 - 805, Postbank München, BLZ 700 100 80, Stichwort Zivil Handeln.

Zum Autor

Thomas Rödl M.A., derzeit freiberuflicher Politologe, studierte Philosophie, Politologie und Psychologie in München.

Mitarbeit am Projekt der AGFP „Schreck lass nach - Alternative Sicherheitskonzepte“ zum Bereich kollektive Sicherheit und Abrüstung; Mitarbeit am Material „Das Bild vom Feind“; Erarbeitung des Unterrichtsmaterials „Blickpunkt Sicherheit“ (Rüstungskontrolle, Sicherheit, Abrüstung), Mitarbeit an der Ausstellung „Phantastische Zeiten“ zu den Bereichen Atompolitik, Mobilität, Gerechtigkeit, Ökosteuer und Geld ohne Zinsen. Aufsatz zur Geschichte der Friedensbewegung in der BRD; Referententätigkeit zu Rüstung, Abrüstung, Soziale Verteidigung und Rüstungskonversion.

Thomas Rödl ist ehrenamtlicher Sprecher der DFG-VK Bayern und entwickelte u.a. das Verbreitungskonzept für die Kampagne BRD ohne Armee.

soll.

Kontakt: Stiftung gewaltfreies Leben, Tannenweg 6, 78126 Königswald, Spendenkonto Nr. 85218, Sparkasse Villingen-Schwenningen, BLZ 694 500 65,

Ich bestelle gegen Rechnung

- Expl. der Broschüre **"Zivil Handeln! Gewaltfreie Alternativen zur militärischen Intervention"**
für 5.- DM pro Expl. zuzüglich einer Versandkostenpauschale von 6.- DM pro Bestellung.
für 3.- DM pro Expl. Ab 10 Expl. zuzügl. einer Versandkostenpauschale von 6.- DM und Porto.
- Expl. der Broschüre **"Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen. Anforderungen an Jugendund Erwachsenenbildung."** Eine Ideen-
skizze von Immo Freisleben, AGFP München 1993
für 22.- DM zuzüglich einer Versandkostenpauschale von 6.- DM.
- Expl. der Materialmappe **"Gegen Volk und Vaterland. Kriege in der Geschichte"**. AGFP
1985
für 20.- DM zuzüglich einer Versandkostenpauschale von 6.- DM.
- Expl. der Broschüre **"Das Bild vom Feind"**, AGFP München 1983
für 7.- DM zuzüglich einer Versandkostenpauschale von 6.- DM.
- Expl. der Broschüre **"Krieg und Frieden"** Schriftenreihe der Bayerischen GEW in
Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik und dem Bildungswerk der
Humanistischen Union Bayern, München 1995, mit einem Beitrag von Thomas Rödl zur
Geschichte der Friedensbewegung in der BRD.
Für 7.- DM zuzüglich einer Versandkostenpauschale von 6.- DM.

Bitte Anschrift und Unterschrift auf der Rückseite nicht vergessen!

Im Rahmen der B.o.A.-Kampagne sind folgende Broschüren erschienen (Format DIN A6):

- Argumente für eine Bundesrepublik ohne Armee**
Ein Leitfaden für diejenigen, die gerne wissen wollen, warum die Bundeswehr überflüssig und schädlich ist und eine Argumentationshilfe für diejenigen, die sie schon immer für schädlich und überflüssig hielten.
- Wie vermeide ich die Wehrpflicht?**
Ein praktischer Ratgeber für alle jungen Männer, die auf keinen Fall Kriegsdienst bei der Bundeswehr ableisten wollen, aber auch den Zivildienst als Zwangsdienst ablehnen.
- Wie Militär zur Gewalt gegen Frauen beiträgt**
Diese Broschüre will aufzeigen, daß Frauen in kriegerischen Konflikten gleichzeitig Mitunterstützerinnen, Mittäterinnen und Opfer sind. Darüberhinaus gibt sie Informationen über die militärische Verplanung der Frauen in unserer Gesellschaft.
- Wie Militär Demokratie verhindert**
In dieser Broschüre wird nachgewiesen, daß der Dienst bei der Bundeswehr gegen beinahe alle Artikel des Grundgesetzes verstößt und die Notstandsgesetze die freiheitlichdemokratische Grundordnung außer Kraft setzen können.
- Wie verweigere ich die Kriegssteuerzahlung?**
Wer nicht gerne bereit ist, Rüstung und Militär durch seine Steuergelder zu finanzieren, findet hier praktische Tips im Umgang mit den Finanzbehörden und konkrete Ratschläge zur Steuerersparnis.
- Militär und Rechtsextremismus**
In dieser Broschüre wird der Zusammenhang von militärischer Gewalt und Gewalttaten mit rechtsradikalem Hintergrund aufgezeigt.

Bitte Anschrift und Unterschrift auf der Rückseite nicht vergessen!

Absender:

Name:

Bitte
freimachen
1.-DM

Str.:

PLZ:

Ort:

POSTKARTE

Ort: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

Arbeitsbemeinschaft
Friedenspädagogik e.V. (AGFP)

Untere Weiden Str. 12
81543 München

Absender:

Name:

Bitte
freimachen
1.-DM

Str.:

PLZ:

Ort:

POSTKARTE

Ich bestelle alle umseitig genannten
Broschüren und lege DM 10.- in
Briefmarken plus DM 3.- für Porto bei.

Ich bestelle die umseitig angekreuzte/n
Broschüre/n und lege pro Broschüre
DM 2.- in Briefmarken plus DM 3.- für
Porto bei.

Ort: _____ Datum: _____

Unterschrift: _____

DFG-VK

Postfach 1426
24904 Flensburg